

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Günter C. Behrmann
Geschichte und aktuelle Struktur
des Antiamerikanismus

Anita M. Mallinckroth
Medienberichterstattung
über die Bundesrepublik
in den USA

Elisabeth Dröser
Klaus D. Frankenberger
Jakob Schissler
Politisch-ideologische
Strömungen in den USA
seit Reagans Regierungsantritt

B 29-30/84
21. Juli 1984

Günter C. Behrmann, Dr. phil., geb. 1941; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Germanistik in Freiburg und Tübingen; 1971—1975 Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Seminar der Universität Tübingen; seit 1975 Professor für Didaktik der politischen Bildung an der Universität Osnabrück, Abt. Vechta.

Veröffentlichungen u. a.: Soziales System und politische Sozialisation, Stuttgart 1972, 2. Aufl. 1975; Geschichte und Politik. Didaktische Grundlegung eines kooperativen Unterrichts (zusammen mit K.-E. Jeismann und H. Süßmuth), Paderborn 1978.

Anita M. Mallinckrodt, Dr. phil., geb. 1929 in St. Louis (Miss.); Studium des Journalismus, der internationalen Beziehungen und der politischen Wissenschaften an den Universitäten Missouri und George Washington. Promotion an der George Washington University, Washington (D.C.), freie wissenschaftliche Arbeit insbesondere im Bereich der politischen Kommunikation.

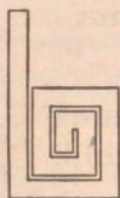
Veröffentlichungen u. a.: Propaganda hinter der Mauer, Stuttgart 1971; Wer macht die Außenpolitik der DDR?, Düsseldorf 1972; (Mitautor) Politics in the German Democratic Republic, New York 1975; Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, Köln 1980.

Elisabeth Dröser, geb. 1956; Studium der Geschichte und Amerikanistik in Frankfurt/M., Staatsexamen 1981, Studienaufenthalt 1977/78 am College of William and Mary, Williamsburg/USA; seit 1982 Mitarbeiterin am Projekt „Amerikanischer Konservatismus“ des Zentrums für Nordamerikaforschung, Universität Frankfurt/M.

Klaus D. Frankenberger, M.A., geb. 1955; Studium der Amerikanistik, Politikwissenschaft und Staatswirtschaftslehre in Frankfurt/M.; seit 1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Projekt „Amerikanischer Konservatismus“ des Zentrums für Nordamerikaforschung, Universität Frankfurt/M.

Jakob Schissler, Dr. phil., geb. 1940; Studium der Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaft in Frankfurt/M.; zwischen 1972 und 1983 wissenschaftlicher Assistent und Mitarbeiter in Osnabrück, München und Frankfurt/M.

Veröffentlichung u.a.: Neokonservatismus in den USA. Eine Herausforderung, Opladen 1983.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Geschichte und aktuelle Struktur des Antiamerikanismus

I. Wandlungen im deutschen Amerikabild?

1. Veröffentlichte Meinung und Umfragedaten

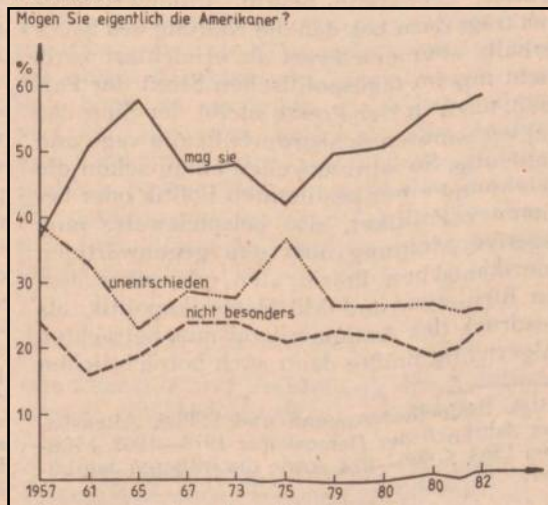
Im Amerikabild nicht weniger Deutscher zeigen sich seit geraumer Zeit stark negativ verzerrte Züge. Vor allem in den jüngeren Generationen mehren sich die Zeichen für einen ausgeprägten Antiamerikanismus. Er ist zumindest in meinungsbildenden und ihre politische Gesinnung demonstrativ äußernden Gruppen verbreitet.

So läßt sich knapp zusammenfassen, was für viele Beobachter des deutsch-amerikanischen Verhältnisses festzustehen scheint. Wer auch nur einige der zahlreichen Kommentare zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen in die Hand nimmt, die in den letzten Jahren in deutschen und amerikanischen politischen Zeitschriften, Tages- und Wochenzeitungen erschienen sind, wird alsbald auf Warnungen vor dem wachsenden Antiamerikanismus stoßen. Bilder von der Straße machen ihn evident: Sprühaufschriften mit amerikafeindlichen Parolen, Anschläge auf amerikanische Einrichtungen und deren Personal, gewaltsame Ausschreitungen bei Besuchen amerikanischer Präsidenten und Vizepräsidenten scheinen die Verbreitung eines aggressiven Antiamerikanismus und die von ihm ausgehenden Gefahren zumal dann schon hinreichend zu dokumentieren, wenn man sie mit den Bildern jener jubelnden Massen vergleicht, welche in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren bei Besuchen amerikanischer Präsidenten und Vizepräsidenten die Straßen säumten.

Sucht man sich indes den mit dem Stichwort Antiamerikanismus bezeichneten Erscheinungen zu nähern, so verschwimmen deren scheinbar fest umrissene Konturen. Umfragen, die das Feld der Meinungen über die USA breit ausleuchten, fehlen. Aus Studien unterschiedlichen Zuschnitts lassen sich zwar Impressionen zusammenfügen¹⁾, eine verlässliche Grundlage für die Einschätzung der

Meinungen über die USA und das deutsch-amerikanische Verhältnis läßt sich hieraus aber nicht gewinnen. Immerhin sind einige Daten verfügbar, mit deren Hilfe überprüft werden kann, ob die These, in der Bundesrepublik breiteten sich anti-amerikanische Einstellungen aus, durch Umfragedaten gestützt wird. Seit den fünfziger Jahren hat das Allensbacher Institut für Demoskopie in seinen Repräsentativumfragen auch Meinungen über die USA und das deutsch-amerikanische Verhältnis erkundet. So wurde in unregelmäßigen Abständen gefragt: „Ganz allgemein gefragt: Mögen Sie eigentlich die Amerikaner oder mögen Sie sie nicht besonders?“ oder: „Mit welchen von diesen Ländern“ — vorgegeben werden neben Frankreich, England und anderen westeuropäischen Staaten die USA, Polen und die Sowjetunion — „sollten wir möglichst eng zusammenarbeiten?“ Anzeichen für eine sich in der westdeutschen Bevölkerung verbreitende kritisch-distanzierte oder gar feindliche Haltung gegenüber den Amerikanern und den Vereinigten Staaten findet man in diesen Daten nicht. Die Amerikaner genießen nicht nur die im Vergleich mit allen anderen für die Bundesrepublik wichtigsten Nationen höchsten Sympathien (Schaubild 1). Mehr als zwei Drittel der Befragten wünschen auch — mit nur geringen Schwankungen im Zeitverlauf — eine enge Zusammenarbeit mit den USA. Auch hier

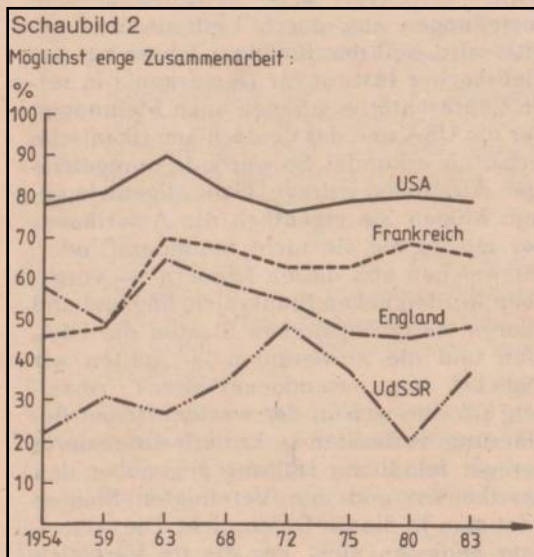
Schaubild 1



¹⁾ Guter Überblick bei K. Schleicher, Völkerverständigung und nationales Völkerverständnis. Diskrepanzen im Amerikabild der Deutschen und Deutschlandbild der Amerikaner in Öffentlichkeit und Schule, in: Internationale Schulbuchforschung, 5 (1983) 3, S. 239—263.

nehmen die USA eine Spitzenposition ein (Schaubild 2). Für die Validität dieser Befunde spricht, daß sich auch bei anderen Daten, die in den letzten Jahrzehnten durch Umfragen dieses Instituts gewonnen wurden, die gleiche Tendenz zeigt²⁾.

Ist der deutsche Antiamerikanismus, genauer: ist die These, in der Bundesrepublik verbreite sich ein ausgeprägter Antiamerikanismus also eine Erfindung von Kassandra in Politik und Publizistik, die die aggressiven Äußerungen einer kleinen Minderheit überschätzen und die feste amerikafreundliche Haltung einer großen Mehrheit übersehen?



2. Antiamerikanismus: Mehr als ein Schlagwort?

Die Frage läßt sich nicht bündig beantworten. Es mangelt nicht nur an Daten zur genaueren Auslotung der Einstellungen gegenüber den Vereinigten Staaten. Schon der inzwischen allerorten verwandte Begriff Antiamerikanismus trägt dazu bei, daß die Klärung des Sachverhalts eher erschwert als erleichtert wird. Nicht nur im tagespolitischen Streit der Parteien, auch in der Presse bleibt der Sinn des viel verwandten Schlagworts häufig vage und vieldeutig. So wird zuweilen allein schon die Ablehnung einer bestimmten Politik oder bestimmter Politiker, also beispielsweise eine negative Meinung über den gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten oder über dessen Rüstungs- und Mittelamerikapolitik, als Ausdruck des Antiamerikanismus betrachtet. Folgerichtig müßte dann auch beträchtlichen

Teilen der Opposition in der amerikanischen Bevölkerung und im Kongreß eine anti-amerikanische Haltung unterstellt werden. Dies ist offenkundig unsinnig.

Zu dieser Überdehnung des Begriffs haben nicht zuletzt die hitzigen Auseinandersetzungen über die Nachrüstung beigetragen, in denen der Vorwurf des Antiamerikanismus häufig als Dreschflügel im politischen Meinungsstreit benutzt wurde. Der Begriff bereitet aber auch ganz unabhängig von diesem politischen Gebrauch Schwierigkeiten. Sie werden deutlich, wenn man einen Blick auf andere Antiamerikanismen, etwa den Antikommunismus oder den Antikapitalismus, wirft. Auch antikommunistische oder antikapitalistische Einstellungen sind zumal dort, wo sie weit verbreitet sind, häufig reichlich diffus.

Zumindest der mit mehr oder weniger Bedacht abgelehnte -ismus ist aber faßbar, beschreibbar und abgrenzbar. Über kommunistische Ideen, die marxistisch-leninistische Lehre, die Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsweise informiert in Grundzügen jedes Konversationslexikon. Die Literatur, in der sie breit dargestellt werden, füllt Bibliotheken. Schlägt man dagegen in den beiden großen deutschen Konversationslexika — in Meyers Enzyklopädischem Lexikon und in der Brockhaus Enzyklopädie — unter Amerikanismus nach, so erfährt man dort, mit diesem Begriff werde a) eine Reformbewegung in der katholischen Kirche, der Papst Leo XIII. 1899 Einhalt geboten habe, und b) eine Besonderheit des amerikanischen Englisch oder eine sprachliche Entlehnung hieraus bezeichnet. Auch in den systematischen Darstellungen der politischen Ideen und Ideologien wird man den Amerikanismus vergeblich suchen. Die Ideen, welche die politische Verfassung und die politische Kultur der USA prägen, werden gemeinhin dem Liberalismus zu gerechnet³⁾. Einen von ihm unterscheidbaren Amerikanismus, eine ausgearbeitete Lehre vom Menschen, von der Geschichte, der Gesellschaft und ihrer politischen Ordnung, die wie andere moderne politische Ideologien, wie Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus usw. mit universalem Geltungsanspruch und missionarischem Sendungsbewußtsein vertreten wurden und werden, gibt es, folgt man den Standardwerken zur politischen Ideengeschichte, allem Anschein nach nicht⁴⁾.

³⁾ Das Standardwerk ist immer noch: L. Hartz, *The Liberal Tradition in America*, New York 1955.

⁴⁾ Vgl. dagegen neuere Versuche einer ideengeschichtlichen Rekonstruktion des Amerikanismus, so M. Kilian, *Die Genesis des Amerikanismus*, Frankfurt 1979; J. Gebhardt, *Die Krise des Amerikanismus*, Stuttgart 1976.

²⁾ Vgl. E. Noelle-Neumann und E. Piel, *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978—1983*, München 1983, S. 606—624, sowie die früheren Jahrbücher.

Auf weiterführende Spuren stößt man dagegen in den Sprachwörterbüchern. Nach dem Oxford English Dictionary bedeutet ‚americanism‘: „1. Bindung an oder Sympathie gegenüber den Vereinigten Staaten, 2. Eigentümlichkeiten oder Charakteristika der USA“; laut Webster werden mit ‚americanism‘ das „den amerikanischen Bürgern eigene Nationalgefühl und die nationalen Vorurteile der Amerikaner“ bezeichnet. Der Große Duden kennt diese oder ähnliche Bedeutungen nicht. Im Brockhaus-Wahrig wird Amerikanismus mit „Eigenart der Bevölkerung der USA in Geist, Lebenshaltung, Lebensstil, Kultur und Wirtschaftsformen“ umschrieben. Für das Wörterbuch der deutschen Sprache aus der DDR ist Amerikanismus die „Nachahmung des nordamerikanischen Lebensstils“. Der Begriffsgebrauch ist also offensichtlich uneinheitlich. Amerikanismus gehört anscheinend nicht zum Grundwortschatz der Begriffe, mit denen sich Amerikaner über sich selbst und Nicht-Amerikaner über die Vereinigten Staaten verständigen. Die gängige Rede vom Anti-amerikanismus bleibt wohl auch deshalb häufig unklar.

Nun haben allerdings schon ‚Gründerväter‘ der Vereinigten Staaten wie Thomas Jefferson und John Adams von Amerikanismus gesprochen⁵⁾. So schrieb Jefferson 1797 in einem aufschlußreichen Brief, das politische Urteil seiner amerikanischen Zeitgenossen müsse sich von den „Geboten der Vernunft und des reinen Amerikanismus“ leiten lassen. „Reiner Amerikanismus“ hieß hier und auch an anderen Stellen, an denen der Begriff zu dieser Zeit zu finden ist: Entschiedene Ablehnung von Vorstellungen, die englischen und — weiter — kontinental-europäischen Interessen dienen oder aus der Sicht eines „unabhängigen, unverfälschten, unparteiischen Amerikanismus“ (Adams) zu dienen scheinen. Dies hieß auch: Betonung der politischen, ökonomischen und kulturellen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der USA. Am nächsten kommt dieser ursprünglichen Bedeutung des Begriffs dessen Umschreibung im Brockhaus-Wahrig. Aber auch der Webster ist davon nicht weit entfernt, denn der Weg von der starken Betonung einer nationalen Eigenart zum Vorurteil ist nicht weit. Die Fahnung nach der Bedeutung des Schlagworts Antiamerikanismus kann hier abgeschlossen werden. Sie hat soviel ergeben: Ursprünglich war mit Amerikanismus ein entschiedenes Bekenntnis der Amerikaner zur Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten und zu dem ‚Geist‘ gemeint, in dem die Unabhängigkeits-

bewegung die politische Ordnung der neu-englischen Kolonien revolutioniert hatte. Amerikanismus war hier etwa gleichbedeutend mit ‚Verfassungspatriotismus‘. Weil der so verstandene Amerikanismus neben dem Bekenntnis zu den Grundprinzipien der amerikanischen Verfassung, die bekanntlich im Unterschied zu allen anderen modernen Staatsverfassungen außerordentlich knapp gehalten ist, auch eine positive Einstellung zu mannigfachen anderen Eigenarten der Amerikaner und der USA umfassen kann, läßt sich der Inhalt des Amerikanismus nicht begrifflich festlegen. Dies gilt auch für den Anti-amerikanismus und die Übertragung beider Begriffe auf die Einstellungen von Nicht-Amerikanern zu den USA. Häufig ist mit Anti-Amerikanismus nicht mehr als eine ausgeprägte Antipathie gegenüber den USA, mit Amerikanismus oder Pro-Amerikanismus dagegen eine Sympathie für die Vereinigten Staaten gemeint. Auf ein emotionales Element verweisen alle Umschreibungen. Statt von amerikafeindlichen oder -freundlichen Einstellungen von Amerikanismus oder Antiamerikanismus zu sprechen, ist jedoch wohl nur dann sinnvoll, wenn sich Gefühlshaltungen mit mehr oder minder richtigen Vorstellungen von Eigenarten der USA und Urteilen über deren Qualität, also Wertungen, verbinden. „Den Amerikanern“, räsionierte Hitler im Führerhauptquartier, „traue ich eine ganz große Zukunft deshalb nicht zu, weil sie in meinen Augen ein verderbter und korrupter Staat sind... Einen Haß und eine Abneigung tiefster Art habe ich gegen den Amerikanismus... Amerika ist in seiner ganzen geistigen Haltung eine halb verjudetete und vernegerte Gesellschaft.“⁶⁾ Hier sind (beispielhaft und in seltener Dichte) Wertung, Ausdruck von Gefühlen und eine Vorstellung von der amerikanischen Gesellschaft verknüpft.

Sollen die Begriffe Amerikanismus und Anti-amerikanismus zur Klärung beitragen, so sind sie dieser Struktur von Einstellungen entsprechend zu verstehen als: Vorstellungen von den Eigenarten der Vereinigten Staaten, von Land und Leuten, Geschichte und Geographie, Kultur, Wirtschaft, Politik, die mit Sympathien und positiven Wertungen bzw. mit Antipathien und negativen Wertungen verbunden sind.

3. Datenbasis und Literatur

Grundmuster und Verbreitung des Amerikanismus und Antiamerikanismus in der Bun-

⁵⁾ J. Gebhardt (Anm. 4), S. 224.

⁶⁾ W. Jochmann (Hrsg.), A. Hitler, Monologe im Führerhauptquartier, Hamburg 1980, S. 184.

desrepublik ließen sich beschreiben, wenn ‚qualitative‘ Analysen der in der politischen Publizistik in Wissenschaft und Literatur mehr oder minder breit entfaltenen Vorstellungen von den USA mit quantitativen Inhaltsanalysen ihrer Darstellung in den Medien und mit Umfragedaten verbunden werden könnten, die das Meinungsspektrum in der Bevölkerung differenziert erfassen. Dies ist derzeit nicht möglich. Trotz der unverkennbaren Bedeutung des Themas wäre der Aufwand für die quantitativen Studien wohl auch zu groß.

So überrascht nicht, daß nahezu alle größeren Untersuchungen zu diesem Themenfeld ‚qualitative Inhaltsanalysen‘ sind, also Untersuchungen des ‚Amerikabildes‘ im Werk einzelner Schriftsteller und Philosophen oder Untersuchungen des ‚Amerikabildes‘ in der kulturpolitischen Publizistik wichtiger Abschnitte der deutsch-amerikanischen Geschichte⁷⁾. Sie werden durch einige Inhaltsanalysen der Tagespresse ergänzt⁸⁾. Hieraus

kann naturgemäß nicht auf das Amerikabild oder die Amerikabilder *der* Deutschen, also auf die Verbreitung und Verteilung von Vorstellungen über die USA und Einstellungen zu den USA in der Bevölkerung geschlossen werden. Soviel ist aber möglich: Es lassen sich Grundmuster von Vorstellungen und Wertungen herausarbeiten und Anhaltspunkte für die Einschätzung des Verhältnisses zwischen pro- und anti-amerikanischen Tendenzen in der ‚veröffentlichten Meinung‘ gewinnen.

Wie schon wiederholt bemerkt wurde⁹⁾, fällt beim Studium der einschlägigen Texte ein eigentümliches Verhältnis von Kontinuität und Wandel auf. Obwohl sich in den deutschen Amerikabildern die politisch-ökonomischen und soziokulturellen Wandlungen in der Geschichte der USA spiegeln, kehren bei der Einschätzung der Vereinigten Staaten ähnliche Deutungsmuster und Wertungen immer wieder.

II. Antiamerikanismus im deutschen Amerikabild

1. Die alte und die neue Welt

Die Ostküste Nordamerikas wurde im Zeitalter der Reformation, der Glaubenskriege und der Aufklärung kolonisiert. Große oder zumindest in ihrer neuen Heimat bald einflußreiche Gruppen flohen aus Europa, weil sie als Glaubensgemeinschaften, als Gemeinden von Reformern, deren religiöse Überzeugungen auch Forderungen nach einer Lebensreform und nach politischen Änderungen einschlossen, in ihrer alten Heimat nicht geduldet wurden oder sich dort kaum entfalten konnten. Die neuenglischen Kolonien wurden so in doppeltem Sinne zur ‚neuen Welt‘. Mit dem ganzen amerikanischen Kontinent gehörten sie zu der im Westen neu entdeckten

Welt. Darüber hinaus wurden sie von vielen Einwanderern auch als Ort der Erneuerung von Religion, Kultur, Gesellschaft und politischer Ordnung Europas, als Ort eines ‚neuen Jerusalem‘ betrachtet, von dem die Erneuerung der Welt, das ‚goldene Zeitalter‘, seinen Ausgang nehmen werde.

Dieser Idee entsprach ein Deutungsschema, das auf dem Gegensatz alt/neu beruhte und vielfach variiert werden konnte: Niedergang/Aufstieg, Dekadenz/Erneuerung; alt als Synonym für erfahren, gebildet, geschichtsbewußt, kultiviert, konservativ; jung als Synonym für unerfahren, ungebildet oder auch: unverbildet, geschichtslos, unkultiviert oder auch: natürlich, progressiv, offen. Diese Dichotomie ließ sich gegen Europa, aber auch gegen Amerika wenden. Sie war schon im 18. Jahrhundert im Gebrauch.

Missionierende Jesuiten glaubten in nord-amerikanischen Indianerstämmen Verkörperungen von Idealen der europäischen Aufklärung, Menschen von natürlicher Tugend, ‚gute Wilde‘, natürliche Gesellschaftsordnungen zu entdecken und nährten mit ihren Berichten

⁷⁾ So u. a. A. Ritter (Hrsg.), Deutschlands literarisches Amerikabild, Hildesheim 1977, ein Sammelband mit guter Bibliographie; M. Durzak, Das Amerikabild in der deutschen Gegenwartsliteratur, Stuttgart 1979; H. W. Seliger, Das Amerikabild Bertold Brechts, Bonn 1974; R. Weiner, Das Amerikabild von Karl Marx, Bonn 1982. Als beste ältere Arbeit immer noch lesenswert: H. Meyer, Nordamerika im Urteil des deutschen Schrifttums bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Hamburg 1929.

⁸⁾ P. Berg, Deutschland und Amerika 1918—1929. Über das deutsche Amerikabild der zwanziger Jahre, Hamburg-Lübeck 1963; W. M. Iwand, Politische Aspekte des Amerikabildes in der überregionalen westdeutschen Presse. Deutsch-amerikanische Beziehungen zu Beginn der siebziger Jahre, Frankfurt 1974.

⁹⁾ Vgl. E. Fränkel, Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens, Köln-Opladen 1959; G. Moltmann, Deutscher Anti-Amerikanismus heute und früher, in: F. Otmar (Hrsg.), Vom Sinn der Geschichte, Stuttgart 1976, S. 85—105; H. Wasser, Die USA — der unbekannte Partner, Paderborn 1983, S. 11—35.

die europäische Kulturkritik. Wie keine andere exotische Stammesgesellschaft sind seitdem die nordamerikanischen und nord-mittelamerikanischen Indianerstämme immer wieder idealisiert worden. Cooper, dessen „Leiderstrumpf“ im europäischen bürgerlichen Lesepublikum des 19. Jahrhunderts weit verbreitet war, hat zur Verbreitung dieses Idealbildes ebensoviel beigetragen wie Karl May zu dessen Popularisierung. Der literarische Erfolg des Pseudoethnologen Castaneda ist das neueste Beispiel für die Instrumentalisierung von Indianern als Medium der Kulturkritik. Daß die Geschichte von der Vertreibung und Ausrottung der Indianer ungleich mehr Aufmerksamkeit findet und Mitgefühl weckt als die Vertreibung und Zerstörung anderer „Naturvölker“, daß sie dem Schuldkonto der Vereinigten Staaten gerade in den letzten Jahren immer wieder hoch angerechnet werden konnte, ist auch in dieser populären Idealisierung begründet. So steht in einer für den neueren Antiamerikanismus beispielhaften Darstellung der amerikanischen Politik das Schicksal der Indianer am Anfang einer Entwicklung, die scheinbar mit innerer Konsequenz zum „letzten Szenario“, zu Amerikas „letztem Gefecht“, zur Planung eines atomaren „Erstschlags“ gegen die Sowjetunion führt¹⁰⁾.

Das durch den „guten Wilden“ exemplifizierte Deutungsmuster ließ sich aber auch umkehren. Wie, so lautete eine in der französischen Intelligenz der Aufklärung viel diskutierte Frage, läßt sich erklären, daß Nordamerika so dünn besiedelt ist, daß die Indianer auf einer so niedrigen Kulturstufe leben, viele technische Hilfsmittel nicht kennen, keine Städte, keine dauerhaften Bauwerke hervorgebracht haben? Die Frage wurde im Geist des herauskommenden naturwissenschaftlichen Zeitalters beantwortet: Klima und Bodenverhältnisse seien so beschaffen, daß sie eine Degeneration der Einwohner bewirkten. Auch die Kolonisten, so wurde mit scheinbar exakten Meßdaten bewiesen, würden diesem Schicksal nicht entgehen. In der unwirtlichen Natur sei der kulturelle Niedergang unausweichlich. Schon unter den Nachkommen der Eingewanderten sei ein Schwund an geistigen und körperlichen Kräften zu beobachten. Autoren populärwissenschaftlicher Werke über Nordamerika wie der auch in Deutschland gelesene literarische Großunternehmer Abbé Raynal haben zur Verbreitung solcher Thesen

beigetragen. Dabei waren sie so erfolgreich, daß sich Benjamin Franklin genötigt sah, sie zu widerlegen und in Paris unmittelbar in den Streit einzugreifen¹¹⁾.

Die „Beweise“ für die Dekadenz der Amerikaner haben gewechselt; die These selbst kommt indessen immer wieder auf: Vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zu Hitler wurde sie häufig rassenbiologisch begründet. Derzeit wird wieder auf die uralte Annahme zurückgegriffen, Reichtum und eine luxurierende Zivilisation machten dekadent. Die Energieverschwendung der Amerikaner wird als Dekadenzsymptom interpretiert. Gerd Raeithel beobachtet den „Verfall einer Staatsidee“ und den Niedergang des amerikanischen Gemeinwesens, wofür er vor allem die mächtige „Geldaristokratie“ verantwortlich macht¹²⁾. Tomi Ungerer illustriert diese Ansicht, indem er mit dem Umzug von New York in ein irisches Bauernhaus das Sujet seiner Zeichnungen wechselt: dort bizarre Gespenster auf Parties der High-Society, hier dralle Kinder und lebhaftere Haustiere¹³⁾.

Dem hoffnungsvollen Optimismus, ja der Faszination, mit der auch in Europa seit der Aufklärung die Dynamik der USA, ihre Fortschritte und Fortschrittlichkeit auf allen Gebieten verfolgt wurden, steht das Bild vom (noch) ungebildeten, kulturlosen, geschichtslosen Amerikaner gegenüber. Auch dieses Bild hatte faszinierende Seiten: Die „jungen Wilden“ der zwanziger Jahre, darunter Benn und Brecht, begeisterten sich für die rohe Männlichkeit des Trappers und Cowboys, der Boxer, Bosse und Gangster, für den „Dschungel“ der amerikanischen Großstädte. Der amerikanische Film, die Jazzmusik, Schlager, die Massenproduktion von Konsumartikeln begannen auch in Europa die „Massenkultur“ der städtischen Gesellschaft zu prägen¹⁴⁾.

Dominant blieben aber die seit dem frühen 19. Jahrhundert verbreiteten negativen Wertungen. Wich Goethe im ironisch gebrochenen „Amerika, du hast es besser“ einer eindeutigen Wertung noch aus, so hielt Hegel

¹⁰⁾ G. Chinard, *Eighteenth Century Theories on America as a Human Habit*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society*, 11 (1947), S. 27 bis 57.

¹¹⁾ G. Raeithel, *Verfall einer Staatsidee*, in: *Frankfurter Hefte*, 28 (1973) 3, S. 166—172.

¹²⁾ T. Ungerer, *The Party*, Zürich 1980 und *Ausstellungskatalog: Tomi Ungerer*, Köln 1980.

¹³⁾ Besonders aufschlußreich für den „Amerikanismus“ in der Weimarer Republik: T. Lüddecke, *Amerikanismus als Schlagwort und Tatsache*, in: *Deutsche Rundschau*, (1930) 222, S. 214—222; Ch. Lütgens, *Die Amerikalegende*, in: *Sozialistische Monatshefte*, (1932) 1, S. 45—50.

¹⁰⁾ So J. Bruhn, *Schlachtfeld Europa oder Amerikas letztes Gefecht*, Bonn 1983. Aufschlußreiche kritische Anmerkungen zur neuesten Variante des Indianermythos bei A. Pytklik und B. Gehlen, *Mit der Wahrheit auf Kriegsfuß*, in: *Natur*, (1984) 7, S. 77 bis 85.

die amerikanische Gesellschaft und die Union für ein ganz unausgereiftes, mit den entwickelten europäischen Staaten nicht vergleichbares Gebilde. Im Geist der Romantik aufgewachsene Auswanderer kehrten mit beredten Klagen über die rauhe, übermächtige Natur, in der keine Nachtigall singt (Nikolaus Lenau), und die ungehobelten, unkultivierten „Yankees“ zurück¹⁵). Dem ob der Dekadenz, Enge, politischen Unfreiheit Europas „Europamüden“ trat in Ferdinand Kürnbergers viel gelesenen Roman der „Amerikamüde“ gegenüber¹⁶). Dieser Roman ist beispielhaft für die bis in unser Jahrhundert hinein reichhaltige Amerikaliteratur, die nicht auf Erfahrungen der Autoren, sondern auf Berichten anderer und verbreiteten Vorurteilen fußt. Die Amerikaner, so liest man hier und andernorts in der zweiten Jahrhunderthälfte immer wieder, seien oberflächlich, ungebildet, ruhelos. Ihnen fehle der Ernst des Glaubens und die Tiefe des Gemüts, weshalb es bei ihnen auch keine Gemütlichkeit gebe. Sie seien ganz auf äußeren Erfolg, materiellen Nutzen, Gelderwerb bedacht. Geistiges bedeute ihnen wenig.

Jacob Burkhardt setzte in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ Geschichtslosigkeit und Barbarei in eins und fügte hinzu, auch die Amerikaner verzichteten auf das Geschichtliche¹⁷). Der Soziologe Ferdinand Tönnies hielt sie für „äußerlich, fromm, innerlich durchaus weltlich flach“: Sie kennen die alte Welt, also die Grundlagen ihrer Kultur, nur mangelhaft. Sie leben daher viel mehr in der Gegenwart und in Zukunftsvorstellungen. Der „Geist“ Amerikas, das „Endprodukt der 1½ Jahrtausend hindurch genährten Bildung Europas, woran er durch seine unehrwürdigen Kirchen, wie durch die Spuren von Kunstausübung, die ihn umgeben, erinnert wird, ist in seinem Bewußtsein ganz jung und neu, also durchaus ‚rationalistisch‘, und zwar im Sinne einer Vernunft, die sich am liebsten mit den Mitteln für äußere Zwecke beschäftigt.“¹⁸)

Äußerlich/innerlich — damit wird eine andere der zahlreichen Dichotomien aufgenommen, die seit der französischen Revolution und der deutschen Romantik die Vorstellung von einem qualitativen Unterschied zwischen deutscher Kultur und westlicher Zivilisation

¹⁵) Vgl. die immer wieder zitierten Texte Lenaus bei E. Fränkel (Anm. 9), S. 106 ff.; zur „Lenau-Legende“ M. Durzak (Anm. 7), S. 40 ff.

¹⁶) F. Kürnberger, *Der Amerikamüde*, 1855 erschienen, ist unlängst (Berlin 1972) wieder aufgelegt worden. Ausführliche Interpretationen bei A. Meyer (Anm. 7) und M. Durzak (Anm. 7), S. 16 ff.

¹⁷) E. Fränkel (Anm. 9), S. 141.

¹⁸) E. Fränkel (Anm. 9), S. 282.

geprägt haben. Vieles spricht dafür, daß das Fundament dieser Überzeugung mit dem auch kulturpolitischen Scheitern des Nationalsozialismus und der auch kulturellen Integration der Bundesrepublik in den „Westen“ zerbrochen ist. Indes läßt sich nicht mehr völlig ausschließen, daß die Woge politischer Kritik auch kulturkritische Vorurteile wieder hochspült. „700 Worte hat ein Durchschnittsamerikaner, Frauen 800, ein Chauffeur (infolge Fluchens) 900, Präsident Coolidge keines, W. Shakespeare 14 000“, schrieb Lion Feuchtwanger in „Pep. J. L. Wetcheeks amerikanisches Liederbuch“, einer amüsanten Revue der Amerikabilder und antiamerikanischen Vorurteile in den zwanziger Jahren¹⁹). Er sprach damit nicht nur den verbreiteten Glauben an die kulturelle Überlegenheit der Europäer an. Indem er den amerikanischen Präsidenten als extreme Verkörperung des Amerikanischen behandelte, bediente er sich auch eines in unserem Jahrhundert viel genutzten Mittels. Betrachtet man das „Image“ Ronald Reagans vor diesem Hintergrund, so ist vielleicht nicht nur er gemeint, wenn von der „linolschnittartigen Schlichtheit seiner politischen Philosophie“, von „Zweifeln an der Kompetenz und den intellektuellen Fähigkeiten des Präsidenten“ die Rede ist, der nur „Kurzmemos“ zu anstehenden Problemen liest und anscheinend Brasilien und Bolivien nicht auseinanderhalten kann²⁰).

Vielleicht war es nur ein Scherz, vielleicht aber auch ein Symptom, daß eine Getränkefirma unlängst mit Texten wie dem folgenden für „afri-cola — Eine deutsche Alternative“ zu einem sehr amerikanischen Produkt warb: „Ich, Susanne Sommer, 17, stehe nun mal auf Made in Germany. Gut, New York ist toll, aber ich finde München besser. Ich treffe mich lieber mit Fritz in einer Schwabinger Kneipe als mit irgendeinem Bob in der Snackbar. Bummle lieber über den Flohmarkt als durch ein Shopping-Center. Esse lieber Leberkäs als Hamburger und Hot Dogs. Und überhaupt: was sind schon Chips gegen die Bratkartoffel meiner Mutter! Und was ist schon irgendeine Cola gegen unser Afri. Made in Germany.“²¹) Eine weniger „amerikanisierte“ neue kulturelle Attitüde ist auch in ernsthafteren und erster zu nehmenden Ausprägungen vorstellbar; denn: „Es besteht kein Grund, europäische und deutsche kulturelle Traditionen von Erscheinungen amerikanischer Unkultur, die unser Alltagsleben

¹⁹) L. Feuchtwanger, *Erzählungen*, Pep, Berlin-Weimar 1964, S. 275.

²⁰) So P. Merseburger, *Die unberechenbare Vormacht*, München 1982, S. 7 und S. 178 ff.

²¹) *Der Spiegel*, 37 (1983) 20, S. 43.

und unsere politischen Zustände schon so weitgehend beherrschen, überdecken zu lassen."²²⁾

2. Der American way of life

„Kein Cowboy, nur ein religiöser Mensch“ überschrieb Rudolf Augstein einen Leitartikel zum Besuch Ronald Reagans in der Bundesrepublik²³⁾. Andernorts war zu lesen: „Reagans fromme Kunde überwölbt sein praktisches Programm; im Namen des Allmächtigen exekutiert, wird es sakrosankt. Blasphemie begehrt, wer ihm den Gehorsam verweigert. Und ‚spirituelle Verjüngung‘ meint nichts anderes als Realismus, Rüstung, Restauration; das reaktionäre Projekt verschafft sich die höheren Weihen pionier-geistiger Religiosität. Wer im Regierungsamtsamt (wie Reagan, G. C. B.) den Hort hoher moralischer Ansprüche verteidigt, sich zum ‚Tempel-Herrn erkürt und der ‚schimmernden Stadt auf dem Hügel‘ huldigt, vor dessen missionarischem Eifer können Farbig, Faule, Frevler, Feige selbstredend keine Gnade finden. Das Spektrum des Gottgefälligen reicht vom ‚gerechten Krieg‘ bis zur ‚sauberen Leinwand.‘“²⁴⁾

Vielleicht ist Reagans Politik, gemessen an den Zielen der Entspannungspolitik, der Entwicklungspolitik und der Sozialpolitik, tatsächlich reaktionär und fatal. Vielleicht ist er in seiner Religiosität oder in seiner religiösen Rhetorik auch bigott. Das ist hier nicht zu diskutieren. Stutzig macht, daß nicht nur er als ein Präsident betrachtet wird, der Politik mit Religion verbrämt. Jimmy Carter, für Peter Merseburger ein „Mann guten Willens, der Sinn für Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich zeigte“, ist für ihn zugleich ein Mann von „bizarrer Religiosität“, in dessen „Strategie moralischer Höhenflug und sumpfige Niederungen der Taktik“ einander nie ausschlossen. Er verdankte seinen Aufstieg „einer einzigartigen Kombination von moralischer Überzeugungstreue, ja Glaubensstärke, und eiskalter, systematischer Planung“²⁵⁾. Gerd Raiethel kommentiert „Neues und bereits Vertrautes aus den USA“ mit Bemerkungen wie: „Die amerikanische Demokratie irrlichtert schon lange zwischen hohem moralischen rhetorischen Idealismus, Gesinnungslumperei, Korruption und totaler Verzweiflung... Der öffentlich fromme Nixon zeigte mit der B-52, daß überm Sternenzelt ein lieber Vater wohnt

und auf wessen Seite er ihn ganz selbstverständlich wähnt.“²⁶⁾ Allem Anschein nach sind Präsidenten der Vereinigten Staaten notorisch bigott. Sie reden ständig von Gott und machen zugleich schmutzige Ppolitik.

Auch dieses Vorurteil hat eine lange Tradition. Heinrich Heine spielte in seinen wahrscheinlich 1830 entstandenen Helgolandbriefen mit dem Gedanken an eine Emigration aus den rückständigen, alle freiheitlichen Bestrebungen unterdrückenden deutschen Ländern und musterte die denkbaren Ziele: Frankreich, England und die USA: „Soll ich nach Amerika, diesem ungeheuren Freiheitsgefängnis, wo die unsichtbaren Ketten mich noch schmerzlicher drücken würden als zu Hause die sichtbaren, und wo der widerwärtigste aller Tyrannen, der Pöbel, seine rohe Herrschaft ausübt?... Ihr lieben deutschen Bauern! geht nach Amerika! dort gibt es weder Fürsten noch Adel, alle Menschen sind dort gleich, gleiche Flegel... mit Ausnahme freilich einiger Millionen, die eine schwarze oder braune Haut haben und wie Hunde behandelt werden!... Dabei machen die Amerikaner großes Wesen von ihrem Christentum und sind die eifrigsten Kirchgänger. Solche Heuchelei haben sie von den Engländern gelernt, die ihnen übrigens ihre schlechtesten Eigenschaften zurückließen. Der weltliche Nutzen ist ihre eigentliche Religion, und das Geld ist ihr Gott, ihr einziger, allmächtiger Gott.“²⁷⁾ Arthur Schopenhauer fand als in den USA „herrschende Gesinnung“ den „niedrigen Utilitarismus nebst seiner unausbleiblichen Gefährtin, der Unwissenheit, welche der stupiden anglikanischen Bigotterie, dem dummen Dünkel, der brutalen Rohheit... den Weg gebahnt hat.“²⁸⁾

Friedrich Nauman schrieb nach dem Versailler Vertrag, nun sei sichtbar geworden, was der Mantel der hehren Friedensziele des Präsidenten Wilson verborgen habe, das Ziel eines „römischen“ amerikanisch-englischen Riesenimperiums, eines kapitalistischen Herrschaftssystems, das die Völker in Klassen, in Herrscher, Neutrale, Kolonien und Sträflinge aufteile²⁹⁾. Etwa zur gleichen Zeit erklärte der schon einmal zitierte Ferdinand Tönnies, für die amerikanische öffentliche Meinung sei die „eigentliche Lebensaufgabe des Menschen, ein gutes Geschäft zu machen; und dies muß sich auch ins Jenseits erstrecken ...

²²⁾ G. Kade, Die Amerikaner und wir, Köln 1983, S. 112. Man vergleiche damit: G. Kade, Die Russen und wir, Köln 1983.

²³⁾ Der Spiegel, 36 (1982) 23, S. 19ff.

²⁴⁾ W. Fach, Reagan und die Reaktion, in: Frankfurter Hefte, 36 (1981) 2, S. 15—24.

²⁵⁾ P. Merseburger (Anm. 20), S. 15ff.

²⁶⁾ G. Raeithel (Anm. 12), S. 168.

²⁷⁾ Heinrich Heine, Sämtliche Werke. Düsseldorf Ausgabe, Bd. 11, Hamburg 1978, S. 37, vgl. auch den Kommentar S. 25ff.

²⁸⁾ E. Fränkel (Anm. 9), S. 114.

²⁹⁾ P. Berg (Anm. 8), S. 48.

Die Vereinigten Staaten sind das gelobte Land des Kapitalismus und der Bourgeoisie; die öffentliche Meinung hält diesen Zustand nicht für schlechthin normal, sondern für einen Musterzustand und für den höchsten Gipfel des menschlichen Fortschritts.³⁰⁾

Positive Urteile über die immer wieder als befremdend empfundene Symbiose von Religiosität, Utilitarismus und ökonomisch-politischem Machtkalkül lassen sich kaum finden. Wenige entfernten sich wie Max Weber in seiner deshalb nicht nur soziologisch ungemein bedeutsamen Studie über die protestantische Ethik und den Geist des Kapitalismus von der gängigen Betrachtungsweise. In der marxistischen oder marxistisch beeinflussten Literatur wurde sie übernommen, weiter verbreitet und theoretisch untermauert. Die amerikanische Geschichte des letzten Jahrhunderts scheint aus dieser Sicht zu beweisen, daß die Krisen des Kapitalismus zwangsläufig zu einem mit ökonomischen und/oder politisch-militärischen Mitteln ausgeübten Imperialismus und „Neokolonialismus“ führen. Auch die zweite nach marxistischer Lehre zu erwartende Folge kapitalistischer Krisen, der Faschismus, wurde schon als „alltäglicher Faschismus“ entdeckt³¹⁾.

3. Die Weltmacht: Hort der Demokratie oder imperialistischer Aggressor?

Sind religiöses Pathos und demokratisches Credo als reine Ideologie „entlarvt“, so ist der Weg zu der Annahme nicht mehr weit, die amerikanische Politik werde durch eine kapitalistische Plutokratie gesteuert und diene dazu, die weltweiten Interessen des amerikanischen Kapitalismus zu sichern. Die brillianteste Darstellung der USA aus dieser Sicht, wohl das Meisterwerk der deutschen anti-amerikanischen Literatur, Giselher Wirsings 1942 erschienenes Buch „Der maßlose Kontinent“³²⁾ ist allem Anschein nach vergessen. Es wird in keiner der neueren Studien zum deutschen Amerikabild erwähnt und ist, obwohl es nach der Erstauflage in einer hohen Wehrmachtsauflage verbreitet worden war, in den Bibliotheken nur schwer greifbar.

Im Mittelpunkt des Buches steht die Zeit der Präsidentschaft F. D. Roosevelts. Das Buch ist gut geschrieben, der Autor ist vorzüglich informiert und versteht es, seine Hauptthesen überzeugend zu entwickeln. Sie lauten knapp

³⁰⁾ E. Fränkel (Anm. 9), S. 283.

³¹⁾ R. Lettau, US Täglicher Faschismus. Amerikanische Evidenz aus 6 Monaten, München 1971, dazu auch: Kursbuch 22, Nordamerikanische Zustände, Berlin 1970.

³²⁾ G. Wirsing, Der maßlose Kontinent, Jena 1942.

zusammengefaßt: Die USA befinden sich, seitdem die Eroberung des Westens abgeschlossen ist, in einer Krise, die in der von den USA ausgegangenen Weltwirtschaftskrise kulminierte. Roosevelt will diese Krise außenpolitisch durch die Erringung der Weltherrschaft, innenpolitisch durch den New Deal überwinden. Er ist vom (weithin jüdischen) Finanzkapital, der Großindustrie und seinem — von diesen beeinflussten — (jüdischen) „Gehirntrust“ aus den Universitäten der Ostküste abhängig. Während er wegen der Interessenlage des Kapitals das wohlfahrtsstaatliche Programm des New Deal nur in Teilen verwirklichen konnte, liegt die ökonomische Weltherrschaft in dessen Interesse. Sie erfordert eine Ausschaltung Deutschlands als der wichtigsten europäischen und Japans als der wichtigsten asiatischen Gegenmacht der USA. Weil das amerikanische Volk friedwillig ist, mußten Deutschland und Japan durch undurchsichtige Machenschaften zur Kriegserklärung gezwungen werden. Die politische Krise der amerikanischen Demokratie, die auch eine kulturelle Krise der amerikanischen Gesellschaft ist, kann so aber nicht überwunden werden. Notwendig sind eine neue politische Ordnung der USA (nach deutschem Vorbild), eine Abkehr vom Amerikanismus, von den überlebten Ideen der Gründerväter, und eine neue Weltordnung, in der die USA, Japan und Deutschland ihre Hegemoniezone gegeneinander abgrenzen und achten.

Sieht man von der Suggestion einer jüdischen Weltverschwörung ab, so enthält Wirsings Buch nahezu alles, was in der neuesten, entschieden anti-amerikanischen Literatur wiederzufinden ist³³⁾: die These, daß die USA nach politisch-ökonomischer Weltherrschaft streben, deren „Beweis“ durch die Auflistung der amerikanischen Interventionen³⁴⁾ und Angriffskriege sowie die Darstellung des US-Imperialismus in Mittel- und Südamerika g

³³⁾ So vor allem bei J. Bruhn (Anm. 10) und G. Kade (Anm. 22). Ein Vergleich mit Literatur der alten Rechten, z. B. E. Schönborn, Los von Amerika. Eine nationaldemokratische Analyse, Kalbach 1974, ist ebenso aufschlußreich wie die Annäherung in der Darstellung von Roosevelts Politik. Vgl. z. B. C. B. Dall, Amerikas Kriegspolitik. Roosevelt und seine Hintermänner, Tübingen 1975, B. Colby, Roosevelts scheinheiliger Krieg, Berg 1977, und H. Fish, Der zerbrochene Mythos. F. D. Roosevelts Kriegspolitik 1933—1945, Berg 1982 mit J. Bruhn und D. Baven-damm, Roosevelts Weg zum Krieg, München 1983.

³⁴⁾ Wie G. Kade beschreibt auch P. Berg die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland als eine gegen die Sowjetunion gerichtete Politik der Kriegsvorbereitung. Man vergleiche damit die einschlägige DDR-Literatur, z. B. A. Charisius u. a., Weltgendarms USA, Berlin 1983, wo beispielsweise die Berliner Luftbrücke als militärische Intervention der USA in der DDR dargestellt wird.

liefert wird, die Trennung zwischen dem friedlichen amerikanischen Volk und der vom Großkapital kontrollierten Machtelite, die Kritik an der amerikanischen „Ideologie“, die Schilderung politischer Machenschaften hinter den Kulissen, die Darstellung der krassen Gegensätze zwischen Reichtum, Armut und Not, die Vorurteile gegenüber dem american way of life. Selbst die breite Schilderung der Naturausbeutung und Naturzerstörung in den USA und deren Erklärung durch das ökonomische System fehlten bei Wirsing nicht.

Daß rechter und linker Antiamerikanismus fast ununterscheidbar geworden ist, verrät die beiderseitige Reduktion aller die amerikanische Politik beeinflussenden Interessen und Motive auf die imperialen Wirtschaftsinteressen ebenso wie die Ausblendung des weltpolitischen Umfelds der amerikanischen Politik. So wird der Eindruck erweckt, alle Spannungen gingen von den USA aus und die ameri-

kanischen Politiker seien zusammen mit den Militärs ständig mit Kriegsszenarios und Angriffsplänen beschäftigt. Mehr noch: die in der Nachkriegszeit vor allem in der rechtsradikalen Literatur weitverbreitete These, Roosevelt trage (Mit-)Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, wird nun in „linker“ Literatur wiederbelebt: „Man mußte versuchen, Japan und/oder Deutschland oder beide zugleich zu zwingen, Amerika anzugreifen oder den USA den Krieg zu erklären. Man entschied sich in Washington schließlich dafür, daß Japan diesen Schritt tun sollte ... Beide mußten besiegt werden, aber nicht, weil sie faschistische Regierungen besaßen, nicht wegen der brutalen Niederwerfung europäischer und asiatischer Völker, nicht weil sie unterdrückte und besiegte Völker unmenschlich behandelten und ausbeuteten ...“, sondern weil ein ‚End-Sieg‘ Deutschlands und Japans das Ende der amerikanischen Wirtschafts-Hegemonie bedeutet hätte.“³⁵⁾

III. Beweggründe des Antiamerikanismus

1. Kontinuität im Wandel

Mehr oder minder ausgeprägte antiamerikanische Meinungen sind literarisch bezeugt, seitdem sich in Nordamerika die Bildung eines neuen Gemeinwesens abzeichnete. Nicht wenige der alten Vorurteile, auf die hier hingewiesen wurde, sind gemeineuropäische Vorurteile mit langer Tradition. Selbst Alexis de Tocquevilles immer wieder zu Recht gerühmtes Werk über die Demokratie in Amerika steckt voll davon. Dem verfassungspolitischen Amerikanismus der Demokraten, der in Deutschland im Vormärz festere Konturen annahm und der die Verfassungsgeschichte von 1848/49³⁶⁾ bis zu den Beratungen über das Grundgesetz beeinflusst hat, stand im 19. Jahrhundert der politische Antiamerikanismus der Konservativen, im 20. Jahrhundert der Antiliberalismus und -amerikanismus der radikalen Rechten und Linken gegenüber. Alt und gemeineuropäisch sind auch die kulturellen Vorurteile gegenüber der neuen, anscheinend geschichtslosen, vom europäischen Erbe zehrenden Nation.

Im deutschen Bildungsbürgertum, in dessen Entgegensetzung von deutscher Kultur und westlicher Zivilisation, von deutschem Geist und angelsächsischem Geschäftsgeist, Innerlichkeit und Äußerlichkeit war der kulturelle

Antiamerikanismus allerdings besonders ausgeprägt. Weil im liberalen Bürgertum verfassungspolitischer Amerikanismus und kultureller Antiamerikanismus aufeinanderstießen, war das Amerikabild hier besonders ambivalent und schwankend. Von einem kulturellen und ökonomischen Amerikanismus sowie einem politisch-ökonomischen Antiamerikanismus läßt sich dagegen erst seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts sprechen. Die sich rasch ausbreitende Begeisterung für Film, Ford und Fox, für die neue amerikanische Massen- und Vergnügungskultur wie für die in den USA entwickelten Produktionsmethoden einerseits, die Gleichsetzung von USA, Kapitalismus und Imperialismus andererseits verliehen dem deutschen Amerikabild neue Farben. Intellektuelle Propagandisten des Nationalsozialismus haben schließlich die ganze Breite antiamerikanischer Vorstellungen aufgenommen und die zuvor oft gar nicht oder nur lose verbundenen verfassungspolitischen, kulturellen, politisch-ökonomischen Betrachtungsweisen integriert. So entstand ein in sich geschlossenes negatives Monumentalbild des „maßlosen Kontinents“.

Davon ist die neuere antiamerikanische Literatur noch weit entfernt. Bewußt oder unbewußt werden darin jedoch alte Klischees des politisch-ökonomischen und des nun stark politisch gefärbten kulturellen Antiamerikanismus aufgenommen. Der Umfang dieser Literatur ist in den letzten Jahren deutlich ge-

³⁵⁾ P. Bruhn (Anm. 10), S. 57.

³⁶⁾ Dazu E. G. Franz, Das Amerikabild der deutschen Revolution von 1848/49, Heidelberg 1958.

wachsen. Wie in den Daten der Umfrageforschung läßt sich aber auch auf dem Buch- und Zeitschriftenmarkt die durch die Leitartikel der Presse geisternde Woge eines neuen Antiamerikanismus nicht entdecken. Im breiten Strom der Literatur über die USA bilden die antiamerikanischen Publikationen nur eine Welle. Die meisten Bücher und Aufsätze informieren sachlich-gediegen über die Vereinigten Staaten oder wollen den Leser für die USA einnehmen. Dem „neuen“ Antiamerikanismus fehlen auch die gesellschaftlich und politisch starken Stützen des „alten“ Antiamerikanismus, das Bildungsbürgertum, die reaktionär konservative Rechte des Kaiserreiches und die revolutionäre Rechte sowie die revolutionäre Linke der Weimarer Republik. Dennoch ist der neue Antiamerikanismus ernst zu nehmen. Während die noch unmittelbar an die Traditionen des alten Antiamerikanismus anknüpfende Literatur in der Nachkriegszeit mehr und mehr ins politische Abseits geraten war, kommt der „Zeitgeist“ seit den siebziger Jahren dem neuen Antiamerikanismus entgegen. Verbreitete Irritationen angesichts des „fremden Freundes“, des „unbekannten Partners und Verbündeten“³⁷⁾ fördern die Aufnahmebereitschaft für griffige Klischees. Jene Journalisten, die ihre Feder vor allem mit dem moralischen Zeigefinger führen, bedienen sich der einprägsamen Vorurteile. Agitatoren mit kaum verbrämten politischen Motiven nutzen die Gunst der Stunde. Wo liegen die Beweggründe für diesen Wandel?

2. Irritationen, Hoffnungen, Enttäuschungen

Rassenunruhen, Armut im reichsten Land der Welt, verrottete Stadtregionen, der Vietnamkrieg, die Unterstützung rechtsgerichteter Diktaturen in der Dritten Welt, Watergate, rasche politische Kursänderungen — „Amerikanische Wechselbäder“³⁸⁾ —, beängstigende Drohgebärden, Kriegsszenarios und Rüstungsprogramme — liegen nicht in diesen auch in den USA vielfach kritisierten und Proteste auslösenden sozialen Krisen, politischen Ereignissen und Tendenzen die Ursachen des negativen Amerikabildes? Gewiß hat all dies zu kritischen Einstellungen gegenüber den USA und deren Extrem, einem entschiedenen Antiamerikanismus, beigetragen. Auch in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren, als das deutsche Amerika-

bild glänzte, als die Begeisterung für den amerikanischen Präsidenten zumal in den jüngeren Generationen groß war, hätten sich jedoch nicht wenige jener heute wahrgenommenen und negativ beurteilten Züge der amerikanischen Gesellschaft und Politik finden lassen. So spricht vieles für einen Wandel in der Wahrnehmung. Er läßt sich durch unterschiedliche Generationenerfahrungen plausibel erklären³⁹⁾. Wer in Freiheit, Frieden und Wohlstand aufgewachsen ist, sieht die USA mit anderen Augen als die Generationen, welche die nationalsozialistische Diktatur, Kriege, materielle Not und kulturelle Verödung erlebt haben.

Die Erklärung des Meinungswandels, der von der „politischen Generation“ der Studentenbewegung ausging und heute überall dort greifbar ist, wo sich diese Generation politisch artikuliert, muß aber wohl noch tiefer ansetzen. Während der Weltwirtschaftskrise entstand Bertold Brechts großes Gedicht über den „verschollenen Ruhm der Riesenstadt New York“⁴⁰⁾. Dessen erster Teil, in dem er die selbst Kleidungsstil und Körperhaltungen prägende Amerikabegeisterung seiner Generation schildert, gipfelt im Ausruf: „Wahrlich, ihr ganzes System des Gemeinlebens war unvergleichlich. Welch ein Ruhm! Welch ein Jahrhundert!“ „Allerdings“, so fährt er fort, „dauerte dieses Jahrhundert nur knappe acht Jahre ... Heute, wo es sich herumgesprochen hat, daß diese Leute bankrott sind, sehen wir auf den anderen Kontinenten (die zwar auch bankrott sind) allerhand anders, wie es uns vorkommt, schärfer.“ Und nach der Beschreibung der krisengeschüttelten Stadt, der materiellen Not, der toten Symbole des Fortschritts schließt der zweite Teil: „Welch ein Bankrott! Wie ist da ein großer Ruhm verschollen! Welch eine Entdeckung: Daß ihr System des Gemeinlebens denselben jämmerlichen Fehler aufwies wie das bescheidenerer Leute!“ Welch eine Entdeckung: — so müßte ein Brecht der Nachkriegsgeneration heute wohl schreiben — daß ihr System des Gemeinlebens noch mehr jämmerliche Fehler aufweist als andere.

Für meinungsbildende Teilgruppen der „verspäteten“ deutschen Nation sind die in wichtigen Bereichen zunächst politisch, dann ökonomisch und schließlich auch kulturell fortge-

³⁷⁾ K. Harpprecht, *Der fremde Freund*, Stuttgart 1982; H. Wasser, *Die USA — der unbekannte Partner*, Paderborn 1983; L 80, Heft 30, *Der unbekannte Verbündete*, Köln 1984.

³⁸⁾ M. Dönhoff, *Amerikanische Wechselbäder*, Stuttgart 1983.

³⁹⁾ S. Szabo, *Generationswechsel in Europa: Auswirkungen auf das westliche Bündnis*, in: *Europa Archiv*, 38 (1983), S. 37—44. Bemerkenswerte Überlegungen dazu bei B. von Staden, *Deutsche und Amerikaner-Irritationen*, in: *Außenpolitik*, 35 (1984), S. 44—53.

⁴⁰⁾ B. Brecht, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Frankfurt 1967, S. 475.

schritteneren Vereinigten Staaten immer wieder zum Vorbild geworden. Die USA zeigten, daß Freiheit und Demokratie, nationale Einheit in föderativer Vielfalt, eine sehr rasche industrielle Entwicklung und die Produktion von Industriegütern für den Massenkonsum, d. h. ein Ausbruch aus der Enge vormoderner nationalkultureller Traditionen in eine nicht mehr an Nationen und Klassen gebundene städtisch-industrielle Massenkultur, möglich waren. Der erfahrene Wirklichkeit im rückständigen Deutschland trat so ein Idealbild der Vereinigten Staaten gegenüber, das eher ein Gegenbild der deutschen Erfahrungen als ein Spiegelbild der amerikanischen Realität war. Der zu dogmatischer Strenge neigende deutsche Idealismus trug manches zusätzlich zur Fehleinschätzung der Vereinigten Staaten bei. Der viele Unterschiede zwischen Ideal und Wirklichkeit hinnehmende „pragmatische“ amerikanische Idealismus wurde immer wieder mißverstanden.

Die These, in der Bundesrepublik verbreiteten sich antiamerikanische Einstellungen, wird durch Umfragedaten nicht gestützt, wenn man zwischen den weiterhin überwiegend positiven allgemeinen Einstellungen und tatsächlich verbreiteten negativen Meinungen über einzelne Politiker und deren Politik differenziert. Allerdings zeigt eine genauere Aufschlüsselung der Daten, daß sich solche negativen Meinungen vor allem in den Teilen der Nachkriegsgeneration, die seit der Studentenbewegung Träger überwiegend außerparlamentarischer oppositioneller Bewegungen⁴¹⁾ waren, mit einem negativen Bild der USA verbinden.

Dieses Bild findet man auch in einem — gemessen an deren Gesamtumfang — schmalen Segment der neueren Literatur über die Vereinigten Staaten. Es kann nicht überraschen, daß Propagandisten des — politisch marginalen — alten Rechts- und Linksextremismus ihren traditionellen Antiamerikanismus immer noch und immer wieder mit häufig ähnlichen Behauptungen und Klischees pseudowissenschaftlich zu rechtfertigen und zu verbreiten versuchen. Bemerkenswerter ist, daß auch die antiamerikanisch gestimmten Teile der Nachkriegsgeneration trotz aller ver-

⁴¹⁾ Ein „grünes“ Amerikabild ist, soweit ich sehe, noch nicht literarisch fixiert. Daß es antiamerikanisch ist, verdeutlichen schon die extremen Unterschiede zwischen den Anhängern der Grünen und den Anhängern anderer Parteien in den Allensbacher Umfragen (Anm. 2).

So wiederholten sich nachhaltige Enttäuschungen angesichts der schließlich wahrgenommenen Differenz von Ideal und Wirklichkeit. Schon Heine verlieh ihnen Ausdruck. „Amerikamüde“ und desillusioniert kehrten in die USA emigrierte Demokraten des Vormärz und der 48er Revolution zurück. Die Unvereinbarkeit von Wilsons Friedensprogramm und dem Versailler Vertrag irritierte die Kriegsgegner und die demokratischen Kräfte, die auf Wilson gebaut hatten, tief. Brecht spricht für die Zwischenkriegsgeneration, die sich in der Weltwirtschaftskrise von ihrem Amerikanismus ab und dem Faschismus oder Kommunismus zuwandte. In der Nachkriegsgeneration wurden erneut — und nun auch mit politisch-pädagogischer Unterstützung — amerikanische Ideale und amerikanische Realität oft ineins gesetzt. Erneut blieben Enttäuschungen nicht aus und erneut schlug ein illusionärer Amerikanismus auch in Antiamerikanismus um.

IV. Folgerungen

meintlichen Distanz hierzu ihr Amerikabild mit den gleichen Farben malen.

Vergleicht man die Ursachen und die Trägergruppen des Antiamerikanismus, so spricht derzeit wenig für die Annahme, der „neue“ Antiamerikanismus könne ebenso in die Breite wirken wie der „alte“. Andere Konstellationen, zumal Bedingungen, unter denen das Problem unserer „nationalen Identität“ wieder virulent wird, sind aber denkbar. Zudem sollten auch Minderheitsmeinungen vor allem dann nicht unterschätzt werden, wenn sie durch allgemein anerkannte Werte gerechtfertigt und mit moralischem Pathos vertreten werden.

Einmal verfestigte Vorurteile sind gegen ihnen widersprechende Informationen ziemlich immun. Gewiß lassen sich durch sachgerechte Informationen auch Dämme gegen die leichtfertige Verbreitung stark verzerrter und falscher Behauptungen errichten. Die Annahme, die negativen Einstellungen zum „fremden Verbündeten“ sei durch einen Mangel an Informationen über die Vereinigten Staaten bedingt, man müsse also mehr Informationen verbreiten, greift aber zu kurz. Der Umfang der allgemein zugänglichen Informationen war noch nie größer. Zumindest in den jüngeren Generationen hat eine mißverständliche und mißverstandene Idealisierung der USA zu antiamerikanischen, das Idealbild „hinterfragenden“ Einstellungen mehr beigetragen als ein Mangel an Informationen. Bei der be-

rechtigten Betonung von Gemeinsamkeiten ist oft auch nicht verdeutlicht worden, daß Politik und Gesellschaft der Vereinigten Staaten allein aus dem Erfahrungshorizont eines westeuropäischen Staates nicht hinreichend zu begreifen sind. Mit der Vermehrung des Informationsangebotes und der Beschwörung von gemeinsamen Idealen ist wenig gewonnen, wenn ein Rahmen für das Verständnis⁴²⁾

⁴²⁾ Neben der umfangreichen Fachliteratur sind hierfür besonders hilfreich: H. Wasser, Die Vereinigten Staaten, Stuttgart 1980 und K.-E. Jeismann (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Aspekte der politischen Kultur, der Wirtschaftsbeziehungen und der Sicherheitspolitik. Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, Braunschweig 1984.

wichtiger Eigenarten der Vereinigten Staaten und damit für eine nicht alten Vorurteilen aufsitzende Urteilsbildung fehlt. Die nicht nur räumlich weite Distanz zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hat in der Vergangenheit Mißverständnisse und das Aufkommen von Vorurteilen begünstigt. Die Annäherung allein fördert nicht zwangsläufig ein besseres Verständnis. Schon Tocqueville hat beobachtet, daß bei der Verringerung sozialer und kultureller Ungleichheiten auch das Befremden angesichts verbleibender Unterschiede wachsen kann. Ihm entgegenzuwirken gehört zu den Aufgaben politischer Bildung, vor allem aber der Massenmedien, in denen allzu häufig die Förderung eines besseren Verständnisses mit der Demonstration von Besserwisserei verwechselt wird.

Medienberichterstattung über die Bundesrepublik in den USA

Seit Jahren schon wünschen sich westdeutsche Politiker und politisch interessierte Bürger eine wirklichkeitsnähere Darstellung ihres Landes in den US-Medien. Amerikanische Meinungsmacher betonen gleichzeitig die Schwierigkeit, aktuelle Informationen über die bundesrepublikanischen Einschätzungen zu politischen Entwicklungen zu erhalten. Die Klagen beziehen sich ganz allgemein darauf, daß

a) quantitativ die Informationen über die Bundesrepublik als Hauptbündnispartner in den Vereinigten Staaten viel zu gering sind und daß

b) in qualitativer Hinsicht die Informationen zu ethnozentrisch sind, d. h., daß sie so stark auf amerikanische Perspektiven ausgerichtet sind, daß die Ansichten in der Bundesrepublik selbst oftmals nicht dargestellt werden. Zur Ergänzung der US-Medien bedient sich die Bundesrepublik in erster Linie der Presseabteilung ihrer Botschaft in Washington, des „German Information Center“ in New York und der täglichen Kurzwellensendungen der Deutschen Welle nach Nordamerika (in engli-

sch und deutscher Sprache). Darüber hinaus wurde 1982 ein bilaterales Programm begonnen, um das Verständnis für die Bundesrepublik und die USA im jeweils anderen Land zu verbessern, und zwar hauptsächlich durch die Intensivierung persönlicher Kontakte. Die Verbesserung der Berichterstattung in den Medien war dabei ebenfalls beabsichtigt, aber, wie Hildegard Hamm-Brücher, Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, zugab, nicht leicht zu verwirklichen: „Große Sorgfalt werden wir auch einer vertieften (sachlicheren!) Berichterstattung in den Medien widmen. Die Information übereinander muß aktueller und umfassender werden. Eine besonders wichtige, aber auch sehr schwierige Zielgruppe sind deshalb die Journalisten.“¹⁾ Ein Jahr später berichtete Berndt von Staden, Hamm-Brüchers Nachfolger, daß man bei der Suche nach beiderseitigen Austauschmöglichkeiten zwar auf „historisch bedingte“ Barrieren in den USA gestoßen sei, daß aber „einige Fortschritte“ bei der „Zusammenführung von Journalisten“ erzielt worden seien²⁾.

I. Forschungsergebnisse und Thesen zum Medienkontext der USA

Die Amerikaner sind selbst über ihr Mediengefüge beunruhigt. So ist während der letzten zehn Jahre eine „wahre Flut“ von Studien amerikanischer Sozialwissenschaftler erschienen, die sich über die politische Bedeutung und die sich verändernde Technologie der Medien besorgt zeigen³⁾. Die Ergebnisse der Forscher, mit ihren eigenen (oftmals prägnanten) Worten wiedergegeben, bieten ei-

nen nützlichen Überblick über das Mediengefüge in den Vereinigten Staaten:

These 1: Die amerikanische Presse druckt herkömmlicherweise nur einen Bruchteil der ihr zugehenden Auslandsnachrichten, weil man annimmt, „daß lediglich zehn Prozent der bestinformierten Leute ... Berichte über auswärtige Angelegenheiten lesen.“⁴⁾

— In einer Studie über 60 Tageszeitungen aus neun Ländern rund um die Welt nahmen die USA, gemessen am Anteil des gesamten Textteils (außer Anzeigen), der für Auslandsnachrichten zur Verfügung stand, den letzten Platz ein⁵⁾.

— amerikanische Tageszeitungen jeglicher Größe widmen „weniger als ein Viertel der

¹⁾ H. Hamm-Brücher, Neuanfang zwischen Deutschen und Amerikanern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/82, S. 37.

²⁾ Remarks by Berndt von Staden, Coordinator for US-German Relations on the Occasion of the 2nd Meeting of the „Interagency Steering Committee on US-German Contacts“ under the Chairmanship of Charles Z. Wick, Washington (D.C.), February 16, 1983, New York: German Information Center, Statements & Speeches, Vol. VI/No. 6, February 23, 1983.

³⁾ H. J. Gans, News Media, News Policy, and Democracy: Research for the Future, in: Ferment in the Field, special issue des Journal of Communication, (Sommer 1983), S.174.

⁴⁾ B. C. Cohen, The Press and Foreign Policy, Princeton 1963, S. 109, 113.

⁵⁾ G. Gerbner/ G. Marvanyi, The Many World of the World's Press, in: Journal of Communication, (Winter 1977).

Spalten (in „inches“) des allgemeinen Teils internationalen Nachrichten“⁶⁾.

— In ihren vorderen Teilen bringen die New York Times und die Washington Post „etwa 30 bis 40 Prozent Auslandsnachrichten“ und sind somit „einflußreichste Medien der Politiker“ an der Ostküste⁷⁾. Aber diese Zeitungen erreichen keinen breiten Leserkreis — 80 % bis 90 % ihrer Auflage „wird in New York und Washington und Umgebung verkauft“. Ihr Einfluß ist allerdings größer, als dieses Bild vermittelt. So zählt z. B. „The New York Times etwa 400 andere Zeitungen zu ihren Textabnehmern (. . .). Außerdem beziehen sich in der Regel alle Korrespondenten — auch die Fernsehjournalisten — auf die New York Times, um festzustellen, was eine ‚Story‘ abgibt und was nicht“⁸⁾.

— Für die Allgemeinheit ist das Fernsehen die bevorzugte Quelle für Auslandsnachrichten, und zwar, einer Umfrage aus dem Jahre 1979 zufolge, zu 65 %⁹⁾.

— Das Fernsehen bietet „relativ“ mehr Auslandsnachrichten als die Zeitungen: „Berichte, die fremde Länder berühren, machen fast 45 % der Zeit der Fernsehnachrichten aus.“¹⁰⁾ Allerdings sind die TV-Berichte über Auslandsereignisse kurz, im Durchschnitt „1 Minute und 28 Sekunden“ lang¹¹⁾. So sind „die halbstündigen Nachrichtensendungen der Fernsehstationen (. . .) auf geradezu unanständige Weise mangelhaft, bestrebt, das Weltgeschehen in 23 Minuten (nach Abzug der Reklame) darzustellen“¹²⁾.

— Das Problem der Fernsehgesellschaften ist, daß „wir nicht so viel Zeit haben, um

Nachrichten und Informationen zu bringen, wie wir gerne möchten“¹³⁾.

— „Die Fernsehgesellschaften schieben den lokalen Sendern gern die Schuld dafür zu, daß sie die (zur Ausweitung der Abendnachrichten) erforderliche halbe Stunde verweigern“ wegen „konkurrierender Unterhaltungssendungen“¹⁴⁾.

— „. . . mit wenigen Ausnahmen wenden die Medien im allgemeinen und das Fernsehen im besonderen weniger Zeit, Energie und Geld für die Berichterstattung über die Sowjetunion auf, als regelmäßig für die NFL (National Football League) an einem Fußballsonntag“¹⁵⁾.

— Viele der ca. 9300 Radiosender entwickeln sich zu einem hochspezialisierten Medium für Sonderinteressen (Musik, Talkshows, Nachrichten)¹⁶⁾. In einer Umfrage aus dem Jahre 1979 gaben aber nur 12 % der Befragten das Radio als Quelle für internationale Nachrichten an¹⁷⁾.

— „Kurzwellensendungen sind in den Vereinigten Staaten nicht beliebt, was bedauerlich ist, denn wenn man die ausführlichsten Berichte über internationale Ereignisse hören will, so kann man sie über die Voice of America oder die BBC Tag und Nacht empfangen. Man braucht nur den richtigen Empfänger nicht größer als ein Taschenbuch und für weniger als 100 Dollar zu kaufen.“¹⁸⁾

— Der erwartete Boom des Kabelfernsehens wird sich wegen „des geringen Zuwachses an Werbeeinnahmen und den hohen Produktionskosten“ „nicht als die Goldmine erweisen, die viele voraussahen“¹⁹⁾. Nach Schätzungen der Industrie waren 1983 etwa 37 % der amerikanischen Haushalte für Kabelempfang ausgerüstet und damit ca. 84 Millionen Menschen über dieses Medium erreichbar²⁰⁾. Sonderkanäle weichen zunehmend einer begrenzten Zahl von Kanälen, die sich an ei-

⁶⁾ Studie der American Newspaper Publishers Association, zitiert von W. C. Adams in: ders. (Ed.), *Television Coverage of International Affairs*, Norwood (NJ) 1982, S. 3—4.

⁷⁾ A. Yoder, *The News Media and One World*, in: *Political Communication and Persuasion*, (1981) 3, S. 217 ff.

⁸⁾ Teilnehmer der Konferenz des Aspen Instituts J. A. Cooney (Report from Aspen Institute Berlin — *Mass Media and the Public: Europe and the United States*, New York, Aspen Institute for Humanistic Studies, Report 1/82) und M. Rosenblum (editor-in-chief *International Herald Tribune*, zitiert in: *Reporting U. S.-European Relations*, M. Rice [ed.], New York 1982, S. 60—61).

⁹⁾ Response Analysis 1979 poll, veröffentlicht in: *Index to International Public Opinion 1980—1981*, Westport (CT), S. 246—247, vgl. auch W. C. Adams (Ed.), (Anm. 6), S. 10.

¹⁰⁾ W. C. Adams, *Covering the World in Ten Minutes: Network News and International Affairs*, in: ders. (Ed.), (Anm. 6), S. 3.

¹¹⁾ J. F. Larson, *International Affairs Coverage on US Evening Network News, 1972—1979*, in: W. C. Adams (Ed.), (Anm. 6), S. 24.

¹²⁾ H. Rosenberg, *The MacNeil/Lehrer NewsHour: Longer and Better*, in: *Washington Journalism Review* (Dezember 1983).

¹³⁾ G. Watson (ABC News Vice-President), in: *Inside Story*, Programm 301, Public Broadcasting Service, Kent (OH) 1983.

¹⁴⁾ B. Matusow, *The Evening Stars*, Boston 1983, S. 278.

¹⁵⁾ H. Carter (Chief Correspondent), in: *Inside Story*, Programm 302, Public Broadcasting Service, Kent (OH) April 1983.

¹⁶⁾ E. Zorn, *Radio Lives*, in: *Esquire*, (März 1984), S. 45—54.

¹⁷⁾ Response Analysis 1979 poll (Anm. 9).

¹⁸⁾ J. Reston, in: *New York Times* vom 27. September 1983.

¹⁹⁾ „The Rush Into Cable TV is Now Turning Into a Retreat“, *Business Week* vom 17. Oktober 1983, S. 135.

²⁰⁾ „A Short Course in Cable, 1983“, in: *Broadcasting/Cablecasting Yearbook 1983*, Washington (D.C.), S. D—3.

Massenpublikum wenden²¹⁾. Einige wenige Zulieferer werden die überwiegende Zahl der Programme anbieten, so daß „nicht so sehr Verschiedenes, sondern eher mehr Gleiches“ gesendet wird²²⁾.

— Die durchgehend begrenzte Berichterstattung über Europa in den US-Medien „ist ein Problem, wenn man davon ausgeht, daß die Vereinigten Staaten und Europa sich gegenseitig brauchen“²³⁾.

These 2: Die Annahme eines Mangels an Interesse der Öffentlichkeit ist fragwürdig, denn „das Nachrichtenpublikum ... ist bis heute eigentlich nicht erforscht worden“²⁴⁾.

— Daß „die Medienleute das Interesse des Publikums an Nachrichten aus dem Ausland unterschätzen“, legt eine Studie aus dem Jahr 1978 nahe — 41 % der Befragten sagten, daß sie sehr interessiert seien; nur 5 % der Medienleute glaubten, daß es so sei²⁵⁾.

— Eine Umfrage aus dem Jahr 1979 ergab, daß 19 % der Befragten am meisten an „nationalen“ Nachrichten, 29 % an „lokalen“ Nachrichten, 30 % an Nachrichten aus dem „Ausland“ und 32 % an allen Nachrichten „etwa gleich“ interessiert waren²⁶⁾.

These 3: Selbst wenn es wahr wäre, daß sich die Amerikaner nicht sonderlich für Nachrichten über das Ausland interessieren, so ist das, was die Presse tatsächlich anbietet, unzureichend — „sprunghaft, stückwerkhaft, impressionistisch und vereinfacht, manchmal unrichtig oder entstellt — und geht erst dann auf politische Themen ein, wenn sie schon öffentlich aktenkundig geworden sind“²⁷⁾. Die Fernsehanstalten können, auch „wenn die ‚networks‘ jetzt bessere Arbeit als in der Vergangenheit leisten, um den Hintergrund oder den Kontext der Nachrichten zu liefern, (...) nach wie vor nicht für sich in Anspruch nehmen, ihrer Verantwortung für die Unterrichtung der Mehrheit der Bürger zu genügen“²⁸⁾.

— Die Nachrichtenmedien, „auf erdrückende Weise mehr im Dienste der Verkaufstrategen

als des Publikums“, sind voll von „Trivialitäten“²⁹⁾.

— Die Nachrichten sind angeglichen. „Dem Journalismus (in den USA), all seinem Schwung und seiner Unerschrockenheit zum Trotz, ist ein sehr starker Drang nach Konsens eigen. In den Nachrichten der networks, wo viel auf dem Spiel steht und wo es das Ziel ist, die größtmögliche nationale Zuschauerzahl zu erreichen, kann dies zu einem unwiderstehbaren Uniformitätsdruck führen...“, im Rennen um die Einschaltquoten will sich kein network irgendeinen Teil seines potentiellen Publikums vergraulen.“³⁰⁾

— „Die Massenwerbung machte das Fernsehen zu einem gewinnträchtigen Spektakel“ und „erzeugte außerordentliche Uniformität... Die drei networks, so hat man behauptet, sind im Grunde nur eines in dreifacher Ausfertigung... die Programmgestaltung ist auf vorsichtige Weise unkontrovers, unterhaltsam und unpolitisch, so daß eine ‚Konsumstimmung‘ entstehen kann“. Insgesamt „begann der amerikanische Journalismus, Ideen und Ideologie aus den öffentlichen Angelegenheiten auszusieben, ausgenommen die ungefährlichsten und am meisten stereotypen Vorstellungen über Patriotismus und die Unternehmerwirtschaft“³¹⁾.

— US-Bürger „bekommen hauptsächlich Bilder von internationalen Konflikten und Gewalttätigkeit zu sehen anstatt von Interdependenz und Kooperation“³²⁾.

— „Seinem Wesen nach betont das Fernsehen das visuelle Element — dramatische Szenen von Demonstrationen, Kämpfen, Naturkatastrophen usw. Ideen sind zumeist nicht photogen.“³³⁾

— „Ähnlich wie die Nachrichten in anderen Ländern werten die amerikanischen Nachrichten die eigene Nation am höchsten... Dieser Ethnozentrismus kommt am deutlichsten in den Auslandsnachrichten zum Ausdruck, in denen andere Länder danach beurteilt werden, in welchem Umfang sie amerikanischen Gepflogenheiten und Werten entsprechen oder sie nachahmen.“³⁴⁾

²¹⁾ New York Times vom 24. November 1983.

²²⁾ T. Gitlin, Inside Prime Time, New York 1983, S. 325 ff.

²³⁾ M. Rice u. a., Reporting U.S.-European Relations: Four Nations, Four Newspapers, Aspen Institute for Humanistic Studies, New York 1982, S. XXIII.

²⁴⁾ H. J. Gans (Anm. 3), S. 178.

²⁵⁾ F. L. Kaplan, The Plight of Foreign News in the U.S. Mass Media: An Assessment, in: Gazette, 4 (1979), S. 233—243.

²⁶⁾ Response Analysis 1979 poll (Anm. 9).

²⁷⁾ B. C. Cohen (Anm. 4), S. 267.

²⁸⁾ B. Matusow (Anm. 14), S. 377.

²⁹⁾ B. H. Bagdikian (Träger des Pulitzer-Preises und bekanntester US-Medienkritiker), The Media Monopoly, Boston 1983, S. 208.

³⁰⁾ R. Hershman, A Singular Power, Aspen Institute for Humanistic Studies and the French-American Foundation, New York 1982, S. 11.

³¹⁾ B. H. Bagdikian (Anm. 29), S. 134 f, 181.

³²⁾ A. Yoder (Anm. 7)

³³⁾ B. Rubin, International News and the American Media, Bd. 5, Beverly Hills (Cal.) 1977, S. 25.

³⁴⁾ H. J. Gans, Deciding What's News, New York 1979, S. 42.

— Die Berichterstattung über Außenpolitik ist generell regierungsorientiert. „Eine Ausrichtung auf den Präsidenten hin existiert definitiv in der Darstellung der Außenpolitik ... Die Fernsehnachrichten unternehmen ganz offensichtlich nicht den Versuch, eine ausländische Perspektive zu vermitteln, sondern sie gehen auf die US-Sicht ein.“³⁵⁾

— „Da die Doktrin von der Objektivität besagte, daß fast jeder Vorgang von einer durch Titel ausgewiesenen Autorität sorgfältigst zu bestätigen sei, wurden die Nachrichten in zunehmendem Maße von Autoritäten präsentiert ... zunehmend konservativ, nicht wirklich neutral und allzu oft ohne Sinn (...), ein Abguß des fest verankerten Establishments.“³⁶⁾

— „Zeitungen werden, wenn auch noch so vorsichtig, an einem neuen Ideal gemessen, einem kosmopolitischen Ideal“³⁷⁾. Doch „trotz ihrer erklärten Unabhängigkeit und Objektivität reflektiert The New York Times das offizielle Denken in Washington so genau, daß eine grundlegende Frage auftaucht: In welchem Maß muß eine Zeitung einen gesunden Abstand zur Regierung aufrechterhalten?“³⁸⁾

— Die „Schlüsselfrage“ ist, ob die Zeitungen „ihren Lesern eine unvoreingenommene Darstellung ausländischer Perzeptionen und politischer Entscheidungen geben, die mit denen im eigenen Land möglicherweise im Widerstreit stehen“³⁹⁾.

These 4: Grundlegend für das Verständnis der Quantität und der Qualität der Berichterstattung über Außenpolitik ist der ökonomische Kontext des US-Mediensystems. „Natürlich strebt man nach Gewinn, und die journalistische Effizienz hat wirtschaftliche Ursachen und Konsequenzen.“⁴⁰⁾

— „Die moderne Technologie und die amerikanische Volkswirtschaft haben in aller Stille eine neue Form von zentraler Macht über Informationen geschaffen — die nationale und multinationale Korporation. Seit Anfang der 1980er Jahre wird die Mehrheit aller wichtigen amerikanischen Medien — Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen, Bücher und Filme — von fünfzig Riesenunternehmen beherrscht.“⁴¹⁾

— „Die Massenmedienkultur dient in erster Linie den Interessen einer relativ kleinen politisch-ökonomischen Machtelite, die die Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie innehat.“⁴²⁾

— „Es hat sich ein Typ von Manager entwickelt, der mehr Verantwortung für die Bilanz empfindet als für das Gemeinwohl. Dies mag in einer Firma angehen — so tadelnswert es ist —, die das Land mit Hundefutte oder Blue Jeans oder Kühlschränken beliefert. In einem Unternehmen, das die Nation mit den Nachrichten versorgt, die sie für ihr Überleben braucht, ist es barbarisch.“⁴³⁾

— NBC's Nachrichtensendung „Overnight war unsere beste Stunde, aber die Kosten waren größer als die Einnahmen“, und so wurde diese beliebte Nachrichtensendung am späten Abend, die ausführliche Berichte und Ausschnitte von ausländischen Fernsehberichten enthielt, gestrichen⁴⁴⁾.

— Des Fernsehens „Hauptkunden sind die Werbeauftraggeber, deren Geschäft es ist, die „Augen des Publikums zu mieten“⁴⁵⁾.

— „Die meisten der 50 größten (Medien-)Firmen haben ein direktes Interesse an ausländischen Investitionen und deswegen auch an der Außenpolitik der Vereinigten Staaten“. Die „Medienfirmen sind durch ihre Darlehen und Kreditlinien Teil der weltweiten Gemeinde der Banken und Investmentgesellschaften; sie teilen sich die Direktoren von den größten multinationalen Banken und Investmentfirmen“⁴⁶⁾.

— In der Vergangenheit hat sich die Forschung nicht gezielt mit der Frage beschäftigt, wie „voreingenommen die Nachrichten in nationalen und internationalen Bereich entsprechend den vorhandenen politischen und ökonomischen Strukturen sind, die ihrerseits dadurch wiederum verstärkt und gestützt werden. Die Aufgabe der Nachrichtenforschung ist es, das Wesen dieser Voreingenommenheit offenzulegen und die sie bedingenden Machtverhältnisse aufzudecken, um so eine radikale Änderung des ganzen Systems zu erreichen“⁴⁷⁾.

⁴²⁾ M. R. Real, *Mass-Mediated Culture*, Englewood Cliffs (NJ) 1977, S. XI.

⁴³⁾ C. Kuralt (CBS TV journalist), in: *The Business of Communication Is in Danger of Bankruptcy*, Washington Post vom 9. Mai 1982, S. A3.

⁴⁴⁾ R. Frank (NBC News President), zitiert in: *Lights Out: Weehours TV news flops*, Time vom 21. November 1983, S. 55.

⁴⁵⁾ T. Gitlin (Anm. 22), S. 3.

⁴⁶⁾ B. H. Bagdikian (Anm. 29), S. 5, 21.

⁴⁷⁾ K. E. Rosengren, *Communications Research: One Paradigm, or Four?*, in: *Ferment in the Field*, special issue des *Journal of Communication*, (Sommer 1983) S. 189.

³⁵⁾ M. Kern, *The Invasion of Afghanistan: Domestic vs. Foreign Stories*, in: W. C. Adams (Anm. 6), S. 125 f.

³⁶⁾ B. H. Bagdikian (Anm. 29), S. 132.

³⁷⁾ M. Rice (Anm. 23), S. XXXI.

³⁸⁾ J. Reifenberg, in: M. Rice (Anm. 23), S. 27.

³⁹⁾ M. Rice (Anm. 23), S. XXXI.

⁴⁰⁾ H. J. Gans (Anm. 3), S. 283.

⁴¹⁾ B. H. Bagdikian (Anm. 29), S. XV.

— „Die vielzitierte Anziehungskraft des Fernsehens auf das Publikum wird in dem Maße zunehmend fraglich, wie der Öffentlichkeit eine Alternative angeboten wird.“ 1982 hatten die Amerikaner „ihre Zeit vor dem Fernseher um 29 % eingeschränkt“. Das nicht-kommerzielle Fernsehen, welches die solidesten Programme und keine Werbung zeigt, verlor dabei die geringste Zahl an Zuschauern⁴⁸⁾.

— Das Vertrauen der Öffentlichkeit in diejenigen, welche die Mediengesellschaften leiten, ist nicht groß. In einer Umfrage 1978 be-

zeichneten 20 % ihr Vertrauen in die Presse als „sehr groß“, 58 % als „nur gering“ und 20 % als „sehr gering“. Für das Fernsehen waren die entsprechenden Werte 14 %, 53 % und 31 %⁴⁹⁾. Ähnliches ergab eine Umfrage 1979, wo 39 % meinten, daß sie über das, was in anderen Ländern vorgeht, im Fernsehen „nicht ausreichend informiert würden“; 20 % sagten das gleiche über die Zeitungen, 8 % über das Radio und 7 % über Zeitschriften (im Vergleich dazu meinten 20 %, daß das Fernsehen wirklich umfassend informiere, 8 % die Zeitungen, 4 % die Zeitschriften und 3 % das Radio)⁵⁰⁾.

II. Die US-Medien und die Bundesrepublik Deutschland 1983

Eine Reihe der oben erwähnten Punkte können anhand von Statistiken über die Berichterstattung einiger der wichtigsten US-Medien über die Bundesrepublik 1983 verdeutlicht werden, einem für ihre Beziehungen zu den USA schwierigen Jahr.

1. Kommerzielles Fernsehen

Die Hauptquelle der Amerikaner für Auslandsnachrichten, die drei Abendnachrichtensprogramme der „Networks“ (CBS, NBC, ABC), brachten 1983 mehr Nachrichten über Westdeutschland als in den Jahren zuvor — etwa 158 Berichte, verglichen mit 132 im Jahre 1982, 149/1981 und 117/1980; andererseits war die Zahl der Berichte über die Bundesrepublik im gleichen Zeitraum geringer als die für Großbritannien (354) oder Frankreich (288)⁵¹⁾. Die von CBS (der Anstalt mit der höchsten Zuschauerzahl) bis zum 1. Oktober, also noch vor den Herbstprotestaktionen, ausgestrahlten Berichte behandelten zu 33 % Innen- und Außenpolitik, zu 21 % die Nazivergangenheit (Barbie, Hitler-Tagebücher), zu 17 % Katastrophen oder Sensationen (Abstürze, Überschwemmungen, Unfälle, Mord), zu 12 % Protestaktionen oder Demonstrationen, zu 14 % Wirtschaftsthemen und zu 4 % „Verschiedenes“ (Wetter, Religion, Feste)⁵²⁾.

Außerhalb der Abendnachrichten wurde der Bundesrepublik in den Fernsehprogrammen geringe Beachtung geschenkt⁵³⁾. Beispielsweise lud das regelmäßig Sonntag morgens ausgestrahlte Interviewprogramm „Meet the Press“ der NBC Petra Kelly ein (als einen von drei ausländischen Gästen 1983)⁵⁴⁾; bei ABCs „This Week with David Brinkley“ waren Westdeutsche etwa fünfmal vertreten; an „Face the Nation“ von CBS nahmen während der ersten 10 Monate 1983 fünf Ausländer teil, aber niemand aus der Bundesrepublik. Unter den Sonderdokumentationen von CBS während des Jahres war eine 1 1/2-stündige Untersuchung über die Atomwaffendebatte unter Bezug auf die Bundesrepublik; NBC sendete einen einstündigen Sonderbericht über die Bundesrepublik zum Thema „Beyond the Missile Crisis“ im Dezember, und ihr „First Camera“-Programm vom 20. November (mit Wiederholung am 25. Dezember) beschäftigte sich mit Wirtschaftsproblemen in Westdeutschland; ABC brachte 1983 kein Sonderprogramm über die

richten vergleicht, fällt auf, daß über Großbritannien und Frankreich augenscheinlich viel häufiger sogenannte „unterhaltsamere“ Berichte gesendet werden als über die Bundesrepublik. Im Jahre 1980 zum Beispiel waren 26 % der Berichte von CBS über Großbritannien aus den Bereichen „Kulturelles“ oder „Human Interest“, für Frankreich lag der Anteil bei 15%; für die Bundesrepublik machten solche Themen lediglich 1 % der Berichterstattung aus. Ferner kamen die meisten Sportberichte aus Großbritannien. Andererseits war das Verhältnis der Nachrichten über die Wirtschaft, Unglücke/Sensationen, Religion und Wetter ähnlich, wobei der Bundesrepublik jedoch wegen ihrer Nazi-Vergangenheit mehr historische Beachtung geschenkt wurde. Bei allen Verbündeten variierte der Anteil an politischer Berichterstattung entsprechend den politischen Ereignissen (Wahlen usw.).

⁵³⁾ Informationen über die CBS-Programme sind aus ihrem Index ersichtlich...; von ABC und NBC sind sie durch persönliche Anfragen erhältlich.

⁵⁴⁾ Meet the Press, Vol. 83, Washington (D.C.), 1983.

⁴⁸⁾ B. H. Bagdikian (Anm. 29), S. 204.

⁴⁹⁾ National Opinion Research center (Chicago) 1978 poll, veröffentlicht in: Index to International Public Opinion 1978—79, Westport (CT), S. 88—89.

⁵⁰⁾ Response Analysis 1979 poll (Anm. 9).

⁵¹⁾ Bei diesen Zählungen, die auf den Indexen der Abendnachrichtensendungen der ‚Networks‘ basieren, wurde versucht, Duplizierungen zu vermeiden, die entstehen, wenn ein einzelner Nachrichtenbericht unter verschiedenen Oberthemen vermerkt ist — z. B. # 421 Foreign Relations/US und # 421 Foreign Relations/USSR.

⁵²⁾ Wenn man die Darstellung der drei europäischen Hauptverbündeten in den US-Fernsehnach-

Bundesrepublik. Das von CBS Sonntag abends ausgestrahlte Nachrichtenmagazin „60 Minutes“ schließlich, das jeweils etwa drei getrennte Berichte enthält, brachte in den ersten neun Monaten 1983 18 solcher Berichte aus dem Ausland, wovon sich drei auf Deutschland bezogen — über Adolf Eichmann, Rudolf Hess und ein Interview mit Petra Kelly.

2. Zeitungen

Die von den an auswärtigen Angelegenheiten interessierten Lesern meistgeschätzten Zeitungen, The New York Times (NYT) und die Washington Post (WP), hatten 1983 eine tägliche Auflage von 905 675 bzw. 726 009 und sonntags ca. 1 500 000 bzw. 972 000 Stück (sehr angesehen sind auch die montags bis freitags erscheinenden Zeitungen Christian Science Monitor und Wall Street Journal mit Auflagen von 145 000 beziehungsweise 1 900 000; letztere hat vier regionale Ausgaben und damit landesweiten Einfluß⁵⁵).

Die Bedeutung eines bestimmten Themas in einer Publikation spiegelt sich unter anderem im Umfang der diesbezüglichen Eintragungen im jeweiligen Index wider. Der NYT-Index bis zum 1. Dezember 1983 verzeichnet 279 cm für Eintragungen unter „West Germany“ (verglichen mit 351 cm für Großbritannien und 380 cm für Frankreich), beträchtlich mehr als die 158,5 cm für die Bundesrepublik im ganzen Jahr 1982, 142 cm/1981 und 177 cm/1980⁵⁶). Doch obgleich der Index ein erstaunlich breites Spektrum an Berichten ausweist, befaßten sich lediglich zwei der NYT-Leitartikel (im Durchschnitt drei bis vier täglich) direkt mit der Bundesrepublik und etwa ein Dutzend „Kolumnen“ oder „Analysen“ von „Journalisten mit bekanntem Namen“ (zum Beispiel J. Markham oder F. Lewis). Unter den

⁵⁵) The IMS '83 Ayer Directory of Publications, Fort Washington 1983, S. 461, 1240, 1247.

⁵⁶) Diese Zählungen umfassen nur die Eintragungen unter der Rubrik „West Germany“. Der Einschluß von Querverweisen würde die Gesamtzahl zwar offensichtlich erhöhen, aber wahrscheinlich nicht die Proportionen zwischen den drei Ländern. Die Zahlen für Januar bis März erscheinen in einem kumulativen Vierteljahresindex und der Rest in einzelnen, zweiwöchentlichen Ausgaben. Der Index enthält Kurzfassungen (Abstracts) der Berichte sowie Länge (L bei mehr als 2 Spalten; M bei bis zu 2 Spalten; S bei einer halben Spalte oder weniger), Datum und Fundstelle der „Story“. Beispiel: „West German Chancellor Helmut Kohl's formal statement follow meeting at White House with Pres. Reagan included changes requested by State Dept, but Reagan's response did not include changes requested by West Germans and agreed to by State Dept (S) Ap. 22, I, 16:1.“ New York Times Index, New York 1983.

Interviews mit Westdeutschen war eins mit Helmut Schmidt vor den Wahlen im März und eins im Juli mit Horst Ehmke.

Der WP-Index für das Jahr 1983 verzeichnet 146,5 cm Eintragungen unter „Germany, West“ (im Vergleich dazu Großbritannien 142,5 cm und Frankreich 134 cm), wiederum beträchtlich mehr als die 132 cm Eintragungen für 1982, 52,5 cm/1981 und 38 cm/1980. Die Zahl der Leitartikel über die Bundesrepublik betrug 1983 sechs und die der Kommentare („commentaries“) 17 (diese geben, wie auch in der NYT, unterschiedliche ideologische Standpunkte wieder); in vier Artikeln legten Westdeutsche selbst ihre Auffassungen dar: ein Brandt-Kommentar, ein Kelly-Interview und Redeauszüge von Kohl und Schmidt⁵⁷).

3. Nicht-kommerzielles Fernsehen

Der nicht-kommerzielle Sender PBS (Public Broadcasting Service) liefert Programme an 300 nicht-kommerzielle Fernsehstationen, die von drei Vierteln aller US-Haushalte gesehen werden⁵⁸). Ein wichtiges Programm ist die beliebte Abendnachrichtenanalyse (Montag bis Freitag) von Robert MacNeil und James Lehrer. Bis September 1983 gab es den halbstündigen „MacNeil/Lehrer Report“, der sich ausführlich mit einem Thema der Nachrichten vom Tage befaßte. Nahezu ein Fünftel dieser Programme in jedem Jahr bezogen sich direkt auf fremde Länder aus allen Teilen der Welt, und gewöhnlich nahmen deren Bürger als Interviewpartner daran teil, um für ihre jeweiligen Länder zu sprechen⁵⁹). Im Jahre 1980 gab es beispielsweise eine Sendung mit einem Interview mit Helmut Schmidt, und 1981 waren zwei Sendungen der Bundesrepublik gewidmet (verglichen mit zwei Sendungen über Großbritannien und zwei über Frankreich in diesen beiden Jahren). In den ersten acht Monaten des Jahres 1983 wurde eine Sendung über die Wahlen in der Bundesrepublik gezeigt. Im September 1983 wurde das Programm von der 60-minütigen „MacNeil/Lehrer News Hour“ abgelöst, in der in mehreren Segmenten die Nachrichten im De-

⁵⁷) Der Index der Post ist der der Times ähnlich, hat aber weniger detaillierte Abstracts. Außer den Bezeichnungen „Editorial“ und „Interview“ vermerkt die Post auch „Commentary“ (die NYT hatte „Column“ und „Analysis“).

⁵⁸) B. Mansel, Situation des öffentlichen Fernsehens in den USA: Werbungsfreies Fernsehen konnte Zuschauerzahl verdoppeln, in: HFF, 9 (1983), S. 14 ff.

⁵⁹) Die Indexe (inzwischen eingestellt) für 1980 und 1981 weisen aus, daß viele eigentlich mit den USA befaßten Programme auch außenpolitische Aspekte mit Bezug auf die Bundesrepublik enthielten.

tail dargeboten werden. Bis Ende November gab es ein Segment, direkt der Bundesrepublik gewidmet⁶⁰).

Zusätzlich bot PBS 1983 eine Reihe von Sonderprogrammen an: Zwei von Transtel produzierte „European Journal“-Sendungen (zum Thema „The German National Election“ und „The German Tricentennial“), einen Bericht über „The German Americans: 300 Years in the New Land“ und zwei Sendungen der Reihe „Atlantic Crossing“, Studiodiskussionen mit europäischen Journalisten (darunter Westdeutsche) über internationale Probleme (unterstützt durch die fortgesetzten Bestrebungen des Marshall Funds, die Auslandsberichterstattung in den Vereinigten Staaten zu verbessern)⁶¹).

4. Nicht-kommerzieller Rundfunk

Das nicht-kommerzielle Netz des NPR (National Public Radio), das 285 amerikanische Städte über Satellit erreicht, bietet an auswärtigen Angelegenheiten interessierten Hörern täglich zwei sehr gute Nachrichtensendungen — „Morning Edition“ und die Abendsendung

„All Things Considered“, die etwa 3 Millionen Zuhörer hat (und beide vom German Marshall Fund als Teil seiner Bemühungen, die Amerikaner mit europäischen Ansichten bekannt zu machen, gefördert werden). Außerdem gibt es noch das einmal in der Woche live ausgestrahlte, halbstündige Nachrichtenmagazin „Across the Atlantic“, das vom Transkriptionsdienst der Deutschen Welle an NPR geht und 68 Stationen zur Verfügung steht. Die NPR-Datenübersicht für 1983 zeigt, daß diese beiden Nachrichtenprogramme bis November (einschließlich Sendungen über Vorträge vor dem National Press Club und ein nicht mehr existierendes Programm mit dem Titel „NPR Dateline“) mindestens 48 Berichte über das politische Leben in der Bundesrepublik präsentierten. In 67% dieser Berichte waren Westdeutsche, meist Politiker, durch Interviews, Presseerklärungen usw. repräsentiert, in denen sie die Auffassungen ihres Landes vertraten. Weitere 13 Berichte beschäftigten sich mit der deutschen Geschichte (Holocaust, Hitler-Tagebücher, Klaus Barbie usw.) und dem kulturellen Leben in der Bundesrepublik⁶²).

III. Beispiele der Berichterstattung

Die besondere Eigenart der US-Medien wird deutlicher, wenn man ihre Berichterstattung über bundesdeutsche Politik mit Beispielen der eigenen Vor-Ort-Berichterstattung der Bundesrepublik für Amerikaner in ihrer Sprache durch die Deutschen Welle kontrastiert. Vier politische Ereignisse in der Bundesrepublik, die für das deutsch-amerikanische Verhältnis von Bedeutung waren, sollen zur Illustration herangezogen werden, wobei im ersten Fall ausschließlich die elektronischen Medien berücksichtigt werden, in den übrigen aber auch die Druckmedien.

1. Besuch des US-Präsidenten im Juni 1982

Präsident Reagans Besuch in der Bundesrepublik vom 9. bis 10. Juni 1982 erfolgte nach monatelanger amerikanischer Kritik an Bonn (wegen zu geringer Verteidigungsausgaben, des Erdgas-Röhrengeschäfts und anderer politischer Entscheidungen) und weitgehend negativer Berichte in den US-Medien. In der Bundesrepublik brachten Politiker ihre Bestürzung über die Berichterstattung der US-

Medien und die „schockierende Unkenntnis“ der Amerikaner über das Ausland zum Ausdruck. Ein Programm zur Schließung der Informationslücke zwischen beiden Ländern wurde bekanntgegeben. Der Besuch von Präsident Reagan hätte insofern auch eine Gelegenheit für einen verbesserten internationalen Informationsaustausch sein können oder sein sollen⁶³).

Etwa eine Woche vor dem Besuch gab es im amerikanischen Rundfunk und Fernsehen die ersten Berichte über geplante Anti-Reagan-Proteste in der Bundesrepublik und über Sorgen um die Sicherheit des Präsidenten. Die Deutsche Welle hingegen berichtete fast täglich über Sicherheitsmaßnahmen, die aus Anlaß des Besuches getroffen wurden. Ferner brachte sie einen Hintergrundbericht über kurz zuvor verübte Sprengstoffanschläge gegen US-Einrichtungen (bei denen keine Men-

⁶²) National Public Radio, 2025 M Street NW, Washington (D.C.).

⁶³) Medien-Zitate über dieses Ereignis wurden von der Autorin auf Tonband aufgenommen und transkribiert. Sie stammen nicht aus offiziellen Transkripts, außer wenn dies in den Fußnoten vermerkt ist. Die betreffenden Sendungen der DW waren die nach Nordamerika in Englisch, empfangen im 49-Meter Band an der US-Ostküste von 21 bis 21,50 Uhr.

⁶⁰) Während dieser Zeit gab es drei MacNeil/Lehrer-Programme, die direkt Großbritannien behandelten, und zwei über Frankreich.

⁶¹) Tenth Anniversary Report: A Record of Stewardship, Washington (D.C.), Juni 1982.

schen zu Schaden gekommen waren) und über den Vorschlag der Palme-Kommission zu einer atomwaffenfreien Zone (nicht berichtet in den Abendnachrichten der „Networks“). Am 2. Juni berichtet die DW, daß die Bonner Polizei keinen ersten Zwischenfall während des Reagan-Besuches erwartete. Am 3. Juni erörterte sie das „wohlüberlegte, zweistündige Interview mit amerikanischen Journalisten“, in dem am Tag zuvor Kanzler Schmidt den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik zur NATO unterstrichen hatte wie auch seine Sorge über eine „widersprüchliche“ Einstellung der Medien gegenüber Westdeutschland⁶⁴). Am 4. Juni berichtet die DW über einen neuen Vorschlag von bundesdeutschen Generälen für die Abrüstungskonferenz der UN und erörterte wieder die Sicherheitsmaßnahmen für den Besuch des US-Präsidenten. Am 6. Juni brachte ABC in seinem Sonntagmorgen-Programm „This Week with David Brinkley“ ein Interview mit Helmut Schmidt, in dem er nochmals den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik betonte und ferner auf etwas hinwies, was den DW-Hörern schon bekannt war: „Newsweek ... hat vor kurzem eine Gallup-Umfrage in sechs westeuropäischen Ländern durchgeführt, und sie ergab, daß die pro-amerikanischen Gefühle am stärksten in Deutschland sind... Aber zu meiner großen ... Bestürzung haben sie das nicht in ihrer nationalen Ausgabe gedruckt. Es wurde nur in der internationalen Ausgabe gedruckt, und so nutzte ich diese Gelegenheit, diese Tatsache auch den übrigen Amerikanern mitzuteilen.“⁶⁵)

Am Tag der Ankunft des Präsidenten in Bonn erhielten die Amerikaner schon ab frühmorgens kurze TV-Fakten über die Ereignisse des Tages in der Bundesrepublik und auch bewertende Kommentare. CBS berichtete zum Beispiel, daß Reagan in wenigen Stunden zu seinen „schärfsten Kritikern“ sprechen würde, den westdeutschen Abgeordneten, „die in ihm eine größere Gefahr sehen als in der sowjetischen Führung“ (derselbe Reporter aus Washington hatte tags zuvor gesagt, daß die Westdeutschen sich bei der UdSSR „beliebt machen wollten“). Den ganzen Tag über gab es häufige, zuweilen besorgte Hinweise auf die „Großdemonstration“, die für Bonn geplant war. In ihren 19-Uhr-Nachrichten (Ostküstenzeit) berichtete CBS, daß Präsident Reagan im Bundestag „die Verpflichtung der US-Streit-

kräfte gegenüber der NATO-Allianz“ bekräftigt hätte. Zwei Stunden später meldeten die DW-Nachrichten, daß der Präsident „die amerikanische Verpflichtung gegenüber Europa“ unterstrichen und die demokratische Verfassung der Bundesrepublik gelobt hätte (von CBS nicht berichtet). In einem Hintergrundbericht der Deutschen Welle wurde ferner vorrangig auf die Anerkennung Reagans für „den Beitrag der Deutschen bei der Entwicklung Amerikas und die Demokratie in Deutschland“ hingewiesen. Zwischen den US-Fernsehnachrichten um 19 Uhr und der Sendung der Deutschen Welle um 21 Uhr lag der einzige Fernsehsonderbericht über die Bundesrepublik in dieser Woche, die einstündige Sendung „Our Friends the Germans“ von CBS⁶⁶). Produziert wurde sie, wie der Autor Bill Moyers sagte, weil „es unserer Meinung nach an der Zeit war, unseren Freunden, den Deutschen, zuzuhören“. An etwa einem Drittel der 60 Interviewsegmente waren allerdings keine Westdeutschen, sondern Amerikaner (zumeist Soldaten) in der Bundesrepublik beteiligt. Kein Sprecher der Bundesrepublik wurde zu den Alltagsproblemen dieser Soldaten befragt, und auch über die westdeutschen Verteidigungsanstrengungen wurde nichts gesagt. Das Militär war dabei nicht die einzige Gruppe, von der die amerikanischen Zuschauer nichts zu sehen oder zu hören bekamen; denn Journalisten, Hochschullehrer und Fachleute waren ebenfalls nicht unter „unseren Freunden, den Deutschen“. Statt dessen waren in 14 der 40 Einheiten Politiker die deutschen Interviewpartner (nicht immer nach Parteizugehörigkeit identifiziert), in neun Einheiten Jugendliche, in sieben ein nicht näher vorgestellter, auf deutsch-amerikanische Beziehungen spezialisierter Publizist, in sechs „Leute von der Straße“ und in vier West-Berliner, die über ihre schlechten Erfahrungen mit der Mauer berichteten. Die Moderation war weitgehend neutral gehalten und vom Tonfall ausgeglichen, vermittelte allerdings teilweise recht negative Bilder von der Bundesrepublik. Bei der Besprechung eines anti-amerikanischen Theaterstückes wurde beispielsweise ausgeführt: „Im Jahr 1982 hassen uns einige Deutsche... Diese Deutschen, die Amerikaner darstellen, betrachten uns als *Gangster*, unseren Präsidenten als einen Kriegshetzer.“ Kommentierungen wie die folgenden waren mit Bildern singender Demonstranten unterlegt:

„Etwas Schlimmes breitet sich aus, insbesondere in großen Teilen der deutschen Jugend

⁶⁴) Auszüge einer Diskussion zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und zwanzig US-Journalisten am 2. Juni 1982 in Bonn.

⁶⁵) ABC News Special „This Week with David Brinkley“, 6. Juni 1982.

⁶⁶) CBS News Special „Our Friends The Germans“, 9. Juni 1982.

Für Amerikaner, die ihre heiligsten Symbole geschändet sehen, ist dies abstoßend.

...
Demonstrationen wie diese gab es nicht, als die Sowjetunion in Afghanistan einmarschierte oder als die Russen das Kriegsrecht in Polen erwirkten. Es geht immer gegen die Amerikaner... Dies ist eine Friedensbewegung dort, wo es keinen Krieg gibt. Dies ist eine Friedensbewegung, deren Aktionen zuweilen alles andere als friedvoll sind.

...
Sie zündeten Explosivkörper, als unser Außenminister nach Berlin reiste... Amerikaner können große Empörung steigern und dann nach einer Erklärung suchen.

...
Einige Deutsche betrachten die ganze Bewegung als *romantisch*... Es gibt Pazifisten in dieser Gruppe in einem Heidelberger Café, aber es gibt auch Leute hier, die nicht weit von Terroristen entfernt sind.

...
Selbst, wenn es keine sowjetischen Truppen in diesen Straßen gäbe, müßte ein neutrales Westdeutschland *unausweislich* der russischen Außen-, Innen- und Handelspolitik folgen."

Am darauffolgenden Tag, dem 10. Juni, war die lange diskutierte Bonner Demonstration die Spitzennachricht. Zusätzlich zu ihren Bildnachrichten brachte das CBS-Fernsehen einen Kommentar von Bill Moyers. Er begann: „Auf den ersten Blick könnte man meinen, ein großer Teil der Bonner Bevölkerung hätte sich heute zu einer Orgie des Anti-Amerikanismus zusammengefunden.“ Neun Sätze später wurde der halbnegative Eindruck deutlich zurückgewiesen: „Es war nicht Haß gegen Amerika, der sie auf die Straße brachte.“ Nach dieser — wenn auch späten — Bestätigung der im wesentlichen positiven Ausrichtung des Protestes, spielte Moyers dies Positive in seiner weiteren Kommentierung wieder herunter, und zwar unter Bezug auf die Teilnehmerzahlen, die Positionen der Teilnehmer und die Verbindungen zwischen „Unruhestiftern“ und der DDR. Die DW berichtete andererseits über eine „massive Friedensdemonstration“, die international sei und nicht anti-amerikanisch. Sie sendete ferner Interviews mit Protestteilnehmern sowie einen Überblick über die Kommentierung der Rede Reagans am Vortag im Parlament in den westdeutschen Medien. In einer bewegenden historischen Anmerkung zu den Anti-Atomwaffenaktionen des Tages brachte die Deutsche Welle schließlich noch einen Bericht über den 40. Jahrestag der Zerstörung des

tschechischen Dorfes Lidice während des Zweiten Weltkrieges — es „war vom Angesicht der Erde ausgelöscht worden... so als hätte der Ort nie existiert...“

Der große Aufmacher am 11. Juni war dann Präsident Reagans Besuch West-Berlins und der Mauer. Die Berichte im US-Fernsehen enthielten grelle Filmausschnitte, krasse Texte und gewalttätige Szenen von etwa 1500 Demonstranten (die 50000 friedlich Protestierenden in West-Berlin am Tag zuvor wurden nicht gezeigt). In der zusammenfassenden Analyse von PBS, „Reagan's Road Show in Europe“ betitelt, waren US-Journalisten vertreten, die mit dabei waren. Die Nachrichten der DW hingegen faßten Reagans Tagesprogramm zusammen und widersprachen auf bestürzende Weise Moyers Behauptung über die „Unruhestifter“ beim Protest in West-Berlin:

„Polizeiberichten zufolge waren weit über 2000 Demonstranten speziell aus Westdeutschland angereist, um während des Besuches von Mr. Reagan für Unruhe zu sorgen“. Fernerhin wurden die Protestierenden in einem Bericht der DW nach ihrer Zugehörigkeit zu linksorientierten Verbänden, zahlreichen pazifistischen Organisationen und anarchistischen Gruppen unterschieden.

Eine Art Anmerkung zu diesen Ereignissen Anfang Juni folgte am 14. des Monats. In ihrem Bericht über die Abrüstungskonferenz der UN konzentrierten sich die TV-Nachrichten von CBS auf Proteste außerhalb der USA; die DW berichtete über Schmidts ernste innenpolitische Ausführungen, über Deutschlands besondere Verantwortung für den Frieden und seine Besorgnis über Überlegungen zum Kräftegleichgewicht und die Friedensbewegung. Eine weitere Sendung der DW, in der eine bundesdeutsche TV-Serie zusammengefaßt wurde, brachte den amerikanischen Hörern ein breites Spektrum europäischer und insbesondere westdeutscher Ansichten über die USA, die NATO und Abrüstung.

Und so war, wie es schien, eine besondere Atmosphäre für das Jahr 1983 geschaffen worden. Der oben illustrierte Widerspruch zwischen der amerikanischen und der deutschen Sicht der Dinge/Sehweise sollte noch tiefer werden, politisch und entsprechend in der Berichterstattung der Medien.

Anfang des Jahres gab es eine Sendung des NPR, die die Sorgen in der Bundesrepublik zum Thema Abrüstung behandelte (Interviews mit Vogel, Simonis, von der Heydt), und im Februar eine über die bevorstehenden

Wahlen (Interviews mit Nölle-Neumann, Stoltenberg, Steger, Kelly). Die NYT interviewte Schmidt am 11. Februar, und ihr angesehenes Sonntags-Magazin machte die amerikanischen Leser mit „Germany's Volatile Greens“ bekannt. NRP's Wahlinterviews Anfang März (Mertes, v. Schoeler, Klein, Kohl, Dahrendorf, Genscher) und ein umfangreiches Interview der WP mit Kelly und Hintergrundanalysen zur bundesdeutschen Politik waren die Höhepunkte auf dem Weg zum 6. März. Der Wahl wurde große Aufmerksamkeit geschenkt — Leitartikel in der WP und NYT, ein halbstündiges Interviewprogramm im NPR (Mertes, Maren-Griesebach, Adam-Schwaetzer, Voigt), Erwähnungen in allen TV-Stationen und ein PBS-Programm (mit zwei amerikanischen Professoren und dem Korrespondenten der Welt). Viele US-Kommentatoren erklärten, daß die Wahl kein Mandat für die Raketen-aufstellung erbracht hätte und daß die USA verpflichtet seien, ernsthaft zu verhandeln. Auch aus dem täglichen Presseüberblick und den Analysen der DW ergab sich für die amerikanischen Hörer, daß dies genau die Ansicht der Westdeutschen sei. Doch während die täglichen Vor-Ort-Berichte der DW in den Anfang des Frühjahrs hineinreichten, kehrten die US-Massenmedien wieder zu ihrem Muster zurück, die Bundesrepublik weitgehend zu ignorieren, wenn nichts „Dramatisches“ passierte.

2. Besuch des Vize-Präsidenten im Juni 1983

Der Besuch des Vize-Präsidenten Bush in Krefeld am 25. Juni war ein solches Ereignis⁶⁷⁾. An diesem Samstag brachten CBS und NBS in ihren Abendsendungen als Spitzennachricht, daß eine große Friedenskundgebung während des Besuches in Krefeld, wo der 300. Jahrestag der deutschen Auswanderung aus dieser Stadt nach Amerika gefeiert wurde, in Gewalt ausgeartet sei. CBS berichtete, daß „Kohl professionelle Unruhestifter für die Gewalt verantwortlich machte“, und schloß mit der Einschätzung des Reporters, daß die Demonstrationen „ein Signal zunehmender Verstimmung hier seien, eine Art von Opposition, die gewalttätiger werden könnte, je näher das Datum für die Aufstellung amerikanischer Raketen heranrückte“. Später, am Abend berichtete die DW, live aus Krefeld die positiven Aspekte der Feierlichkeiten des Tages. Am nächsten Morgen brachten die

⁶⁷⁾ Die Analyse der Medienberichterstattung über dieses und die folgenden beiden Ereignisse basiert auf öffentlichen Dokumenten, nicht auf Aufnahmen.

Sonntagsausgaben der NYT und WP Berichte auf der ersten Seite mit dem Tenor „Bush's Car Stoned in Germany“ und 2—3spaltige Photos mit Gewaltszenen. Die NYT nannte die Militanten „linksextreme Demonstranten“ und zitierte Regierungssprecher Boenisch, der sie als „professionelle Krawallmacher“ bezeichnete, einschließlich der Linken aus West-Berlin und möglicherweise aus den Niederlanden, die die Zusammenstöße provoziert hätten. Am Montagabend konnte die DW eine Einschätzung der Ereignisse anbieten, eine ausführliche Analyse, in der darauf hingewiesen wurde, daß „Straßenkämpfe, wie unbedeutend sie ihrem Umfang nach auch immer seien, interessantere Fernsehaufnahmen ergäben als viel umfangreichere Kundgebungen friedlicher Demonstranten“ und zudem Gelegenheit böten, „die Friedensbewegung zu diskutieren“. Fernerhin wurden im Presseüberblick der DW, der sich auf die Leitartikel in bundesdeutschen Zeitungen vom gleichen Tag bezog, Stimmen zitiert, denen zufolge die Friedensbewegung disziplinierte Formen des Protestes entwickelt hätte und sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen würde. Auch am folgenden Tag berichtete die DW, daß in einigen westdeutschen Zeitungen „weiterhin Besorgnis über die gewalttätigen Zwischenfälle zum Ausdruck komme“ und zitierte verschiedene Warnungen der Leitartikler gegen eine Überreaktion. Die später von der Bundesrepublik unternommenen Schritte, den Vorfall juristisch zu klären, wurden in den USA allem Anschein nach nicht berichtet. Die DW bemühte sich jedoch weiterhin, den Vorfall und die Verantwortung der Stadt Krefeld zu erklären und einzuordnen. In ihrem Presseüberblick vom 5. September beispielsweise erfuhren die Hörer, daß vermutlich ein offizieller agent provocateur einer der Hauptstörer in Krefeld gewesen war, wodurch frühere Vorwürfe wegen nachlässiger Sicherheitsvorkehrungen hohl erschienen.

Nach dem Vorfall in Krefeld kam das Thema der bevorstehenden Raketen-aufstellung in den Vordergrund der Berichterstattung. Im Juli interviewte NPR die Grünen (Kelly, Beck-Oberdorf) über die Raketenstationierung. Fernsehberichte im August konzentrierten sich auf Proteste und Demonstrationen. Im September erörterte PBS die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik (Kelly, J. Joffe). Ein wichtiges Thema war auch die Verschiebung der Stationierung, zu dem z. B. Tom Fenton, der Londoner Korrespondent der CBS, aus Schwäbisch-Gmünd ausführte:

„Der Widerstand gegen die Raketen ist nicht auf eine lautstarke Minderheit begrenzt. Er

schließt auch Westdeutschlands schweigende Mehrheit ein. Und obgleich die meisten von ihnen sich den Demonstrationen auf der Straße nicht anschließen werden, so deuten Meinungsumfragen darauf hin, daß drei Viertel der Deutschen die Aufstellung der Raketen verschieben möchten, auch wenn es keine Fortschritte bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen gibt. Selbst Deutsche aus der soliden Mittelklasse haben zunehmend Zweifel an der Notwendigkeit weiterer Waffen. An der Wurzel ihrer Sorgen liegt das traditionelle westdeutsche Unbehagen, an der Trennungslinie zwischen Ost und West zu leben. Solche Ängste empfinden Deutsche unterschiedlichster Herkunft." (Interviewauschnitte mit einem „Oppositionspolitiker“ und einem „Gewerkschaftsvertreter“ schlossen sich an.)

3. Die Aktionswoche für den Frieden

Während sich die Aufmerksamkeit des PBS für die Bundesrepublik vorwiegend in besonderen Sendungen zum ‚Tricentennial‘ ausdrückte, erzeugten die anderen Medien während der ersten Tage der Aktionswoche eine Stimmung, die sich im folgenden Überblick über die Berichterstattung widerspiegelt:

5. Oktober:

„Atlantic Crossing“-Diskussion über die Raketen aufstellung.

13. Oktober:

NPR-Bericht; Bericht (Länge 20 Sek.) von NBC; 30 Sek. von CBS.

14. Oktober:

20 Sekunden lange Berichte über Proteste von CBS und NBC.

15. Oktober:

NPR-Interview mit Aktivisten; Berichte von CBS (2½ Min.) und NBC (2 Min. 20 Sek.) vom Protest in Bremerhaven; NYT berichtet, daß die Teilnehmerzahl bei Protesten „weit unter“ den Erwartungen blieb.

16. Oktober:

NBC-Bericht über Demonstration in Jülich (1½ Min.), einschließlich der Teilnahme von Kirchenvertretern; NYT-Hinweis auf die Teilnehmerzahl als „weit geringer als erwartet“; WP-Erwähnung eines „3tägigen Protestes gegen die NATO“.

17. Oktober:

NYT vermerkt „eine Welle von Anti-Raketen-Protesten ... gerade begonnen“; 40 Sek. der CBS, daß Demonstrationen weitergehen.

18. Oktober:

NYT berichtet über „mäßige Teilnahme“ und „abnehmende Tatkraft“ der Bewegung.

19. Oktober:

Kurzer WP-Hinweis auf die angekündigte Teilnahme von Brandt.

20. Oktober:

NPR-Bericht über Brandt; Bonner Bericht der ABC (3 Min. 50 Sek.) von Pierre Salinger über „die wachsende Anti-Atomwaffen-Bewegung in Westeuropa“ (Kelly- und Mertes-Interviews); ein Kommentar der DW kritisiert die Konzentration der Medien auf angeblichen Anti-Amerikanismus und die Gewalttätigkeit der Friedensbewegung: „Es kann nicht bestritten werden, daß die Friedensbewegung eine echte politische Kraft darstellt ... die Medien haben dazu beigetragen, ein verzerrtes Bild zu vermitteln, insbesondere im Ausland. Das muß korrigiert werden.“

Spätestens am 21. Oktober hatten sich die Medien dieses Themas bemächtigt (außer PBS, das sich vordringlich mit dem Libanon und Grenada beschäftigte). NPR interviewte Aktivisten; NBC widmete 3 Min. 10 Sek. einem Hintergrundbericht über die Raketenkrise in der Bundesrepublik (mit Stellungnahmen von Dettke und Leuten von der Straße und zusätzlichen Umfrageergebnissen); CBS erwähnte in 10 Sek., daß die Teilnehmerzahl bei den Protesten klein gewesen sei; der Bericht in der NYT sah die SPD „auf dem Sprung nach links“; die WP meldete, daß Anstrengungen, „Massenunterstützung in allen Bereichen der Gesellschaft zu mobilisieren, sich als große Enttäuschung erwiesen hätten“. Die Nachrichten der DW verbreiteten andererseits eine Stellungnahme der Koordinatoren des Protestes, derzufolge mehr als eine Million Menschen an den Veranstaltungen während der Woche teilgenommen hatten. Die DW gab auch detailliert die im Stern veröffentlichte Allensbacher Umfrage wieder, in der 35% der Bevölkerung sich als Unterstützer der Friedensbewegung bezeichneten, aber 70% Zweifel daran hatten, daß die Bewegung die Aufstellung der Raketen verzögern könnte.

Am 22. Oktober waren die Demonstrationen die Spitzennachrichten. Die NYT schrieb am Morgen, daß Bonn sich „im Morgengrauen“ auf „eines der spektakulärsten Ereignisse“ während der sogenannten „Aktionswoche“ einrichtete. Die WP, auf ihrer Titelseite ein Bild des Protestes vor dem Verteidigungsministerium vom Vortag, wählte als Überschrift „Protestors failed to disrupt government with

pre-dawn blockades"; die gute Arbeit der Polizei stand im Mittelpunkt einer ‚Story‘ auf Seite 17. Am Abend brachte NBC als zweite Nachricht einen 5 Min. 10 Sek. langen Bericht über die Anti-Atomwaffen-Demonstration in der Bundesrepublik, England und Italien; Äußerungen von Böll und Brandt wurden kurz umrissen. Die DW nutzte 35 ihrer 50 Minuten Sendezeit, um Redenauszüge von der Demonstration, Interviews mit Teilnehmern, Analysen und Kommentare zu senden sowie einen Bericht über Protestaktionen in England, Belgien, Dänemark und Frankreich.

Auch am Tag darauf setzten die Zeitungen bei den Demonstrationen in Europa einen Schwerpunkt — trotz der dramatischen Nachricht aus Beirut über den Bombenanschlag (über 200 Amerikaner kamen dabei ums Leben). Die WP, ein Photo der „Menschenkette“ auf der ersten Seite, berichtete, „daß als eindrucksvoller Höhepunkt am Ende der zehntägigen Anti-Atomwaffen-Proteste mehr als eine Million Menschen auf die Straßen in Westdeutschland geströmt seien“, und zwar zu Zusammenkünften, die eher „riesigen fröhlichen Picknicks als apokalyptischen Konfrontationen“ glichen. Das gleiche Photo erschien auf der ersten Seite der NYT, deren Bericht ebenfalls weitgehend Beschreibungen von den Tagesereignissen in der Bundesrepublik enthielt.

Substantielle Analysen folgten am Montag, dem 24. Oktober. Die NYT schrieb, daß von den Protesten unterschiedliche Signale für Kohl ausgingen, sowohl Beunruhigung als auch Rückversicherung. Selbst „wenn die Teilnehmerzahl in vielen Fällen für die Organisationen enttäuschend waren“, so habe die Friedensbewegung „den Einfluß ihrer diffusen Argumente augenscheinlich ausweiten, wenn nicht gar tiefer verankern können“. Die DW zitierte Boenisch dahin gehend, daß es unwahrscheinlich sei, „daß die Demonstrationen irgendeine direkte Auswirkung auf die andauernden Abrüstungsverhandlungen in Genf hätten“, und berichtete andererseits, daß der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung festgestellt hätte, daß die Teilnehmerzahl bei den Aktionen „endgültig eine Andeutung von der großen öffentlichen Unterstützung für die Friedensbewegung gegeben habe und daß sie sich zu einer Volksbewegung entwickelt hätte“. Wie üblich umfaßte die tägliche Presseübersicht der DW ein breites Spektrum von Meinungen in den bundesdeutschen Zeitungen, diesmal zum Thema Aktionswoche.

Mit etwas abnehmender Intensität (angesichts von Grenada und dem Libanon) richteten

die Medien ihr Augenmerk allmählich auf die bevorstehende Bundestagsdebatte über die Raketenauflistung. Bis zum 20. November gab es einen Bericht von NPR, eine Sendung der Reihe „Atlantic Crossing“ (mit dem deutschen Journalisten U. Kienzle) von PBS, eine Serie über die UdSSR und die Cruise Missile von ABC, von CBS einige Berichte (einschließlich neuester Umfragen) und ebenfalls einige Berichte von NBC (darunter Interviews mit Schmidt und Ehmke beim SPD-Parteitag). Die Berichterstattung der NYT und der WP war, als die Entscheidung näherrückte, relativ ausführlich und die der DW gründlich.

4. Die Bundestagsdebatte und die Entscheidung über die Raketenauflistung — 21. bis 22. November 1983

Am Morgen des 21. November berichtete NPR über den Verlauf der Debatte und die WP und NYT erwähnten Andropows Brief an Kohl. Die Abendsendungen der Fernsehnachrichten begannen sämtlich mit Berichten (2 Min. oder länger) über die Debatte (ABC mit Stellungnahmen von Kohl und Vogel, CBS erörterte diese, brachte Äußerungen von Schily) und zeigten Bilder von den Protesten außerhalb des Bundestages. Die DW sendete eine Zusammenfassung des ersten Tages der Debatte, berichtete über Demonstrationen und betonte in ihrem Presseüberblick aus Zeitungen aus Dortmund, Heilbronn, Augsburg, Konstanz, Hamburg, Köln, Hagen und Frankfurt die Diskussion um die Raketenauflistung auf den Parteitag am Wochenende.

Der zweite Tag der Debatte, der 22. November, begann mit zwei NPR-Berichten, der eine mit Interviews von Mertes und Simonis und der andere ausschließlich mit US-Vertretern. In der Morgenausgabe der NYT stand ein Bericht über die Debatte auf der dritten Seite, mit Stellungnahmen von Bundestagssprechern. In der WP erschien er auf der ersten Seite unter einem vier Spalten breiten Bild, das die Bonner Polizei beim Einsatz von Wasserwerfern zeigte. Die WP brachte an diesem Tag auch einen Kommentar mit dem Hinweis: „Viele Wähler in Europa scheinen bei den Entscheidungen nicht berücksichtigt worden zu sein“; jetzt sei Bonn „der richtige Ort“ für die zu treffende „fundamentale Entscheidung“, denn der Aufstellungsplan stamme von Schmidt. Die Fernsehabendnachrichten meldeten natürlich das zustimmende Votum aus Bonn. Unter dem Hinweis, daß die Pershing II am nächsten Tag in der Bundesrepublik angeliefert würden, sendete ABC in ihrem 4 Min.-10-Sek.-Bericht zu Anfang der Sendung Stel-

lungnahmen von Vogel, Verhülsdonk und Bahr. CBS widmete der Aufstellung 5 Minuten, mit Interviews von US-Militärfachleuten über den Zeitplan für die Aufstellung. NBC begrenzte ihre Berichterstattung auf 1 Min. 20 Sek. mit einer Darstellung der Position Schmidts und der anhaltenden Demonstrationen. Die DW brachte eine Bewertung der Debatte mit Interviews von Abrüstungsexperten der CDU und SPD und eine Presseübersicht, in der Zeitungen aus Düsseldorf, Freiburg, Hamburg („Bild“) und Hagen zitiert wurden.

Am 23. November wurde die Berichterstattung über die Raketen fortgesetzt. Die Sendung des NPR enthielt Interviews mit Vogel und Mertes; die NYT und die WP hatten Berichte auf der ersten Seite; NBC behandelte die Aufstellung in ihren Abendnachrichten in 30 Sek, wohingegen CBS, ABC und PBS ihre Aufmerksamkeit auf das sowjetische Verlassen der Verhandlungen in Genf richteten. Die DW berichtete über internationale Reaktionen auf die Bundestagsentscheidung (Moskau, Frankreich, Spanien) und brachte ausführliche Kommentare aus Zeitungen aus Bremerhaven, Nürnberg, Aschaffenburg, Dortmund, Augsburg, Hamburg und Frankfurt.

Im weiteren Verlauf nahmen die Berichte ab, wobei der Lieferung der Raketen und ihren Folgen immer noch einige Aufmerksamkeit geschenkt wurde: in einem NYT-Bericht (vom 24. November) mit Hinweis darauf, daß dies „weniger als 24 Stunden“ nach der Entscheidung im Bundestag passiert sei, und in NBC-Interviews (25.—26. November) mit Einwohnern von Mutlangen.

5. Berichterstattung Ende 1983

Am Ende des Jahres erschienen zwei bemerkenswerte Anmerkungen in den Medien zum turbulenten Jahr in der Bundesrepublik: ein Artikel vom 18. Dezember im NYT-Magazine mit dem Titel „Reviving the German Question“ (von James Markham) und NBC's einstündiger Bericht „Beyond the Missile Crisis“ (von Marvin Kalb). Beide behandelten das Nationalismus/Neutralismus-Syndrom in West-

deutschland, das den Kern der amerikanischen außenpolitischen Sorgen darstellt.

In seiner Analyse der innerdeutschen Beziehungen stellte Markham fest, daß die „deutsch-deutsche Frage zum bestimmenden Thema“ für Kohls Außenpolitik geworden sei, daß aber auch auf der Linken „ein wiederauflebender Patriotismus die Idee einer deutschen Wiedervereinigung oder Konföderation ergreift, und zwar als ein Schritt auf dem Weg zu Europa, das sowohl vom Nordatlantischen Verteidigungsbündnis als auch vom Warschauer Pakt losgelöst wäre.“

In einem gründlichen Beitrag über die psychologischen und politischen Auswirkungen der Raketenkrise auf die Westdeutschen führte Kalb aus, daß „eine klare Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen die Raketen aufstellung ist und Präsident Reagans Politik mißbilligt“. In seiner Sicht war das Resultat „ein schmerzlicher Prozeß der Selbstfindung, ein Suchen nach einer neuen nationalen Identität“. Und, in diesem Zusammenhang: „die Saat eines deutschen Neutralismus ist jetzt gesät worden“. Solche Ansichten spiegelten sich auch in den 40 Interviewsegmenten wider, in denen Westdeutsche für ihr Land Stellung bezogen: sechs Politiker (Bahr, Rommel, Eppler, Wörner, von Weizsäcker, Strauß), drei Politikwissenschaftler (Löwenthal, Krippendorf, Kaiser), drei Kirchenvertreter (darunter Gollwitzer), zwei Künstler (Flimm, Böll), ein Journalist (Alt), jeweils drei Lehrer, Studenten und Schüler und schließlich zehn Leute von der Straße. Kalbs Schlußfolgerung: „Vertreter der Reagan-Administration sagen in der Öffentlichkeit, daß der Beginn der Raketen aufstellung ein großer Erfolg für den Westen gewesen ist und eine Niederlage für die Russen. Im Vertrauen geben aber viele zu, daß der politische Preis, insbesondere in Westdeutschland, viel zu hoch gewesen ist verglichen mit den vermutlichen militärischen Vorteilen. Jenseits der Raketenkrise stellt sich die Frage nach der Zukunft Deutschlands und nach dem Schicksal der Atlantischen Allianz — von der die amerikanische Sicherheit abhängt.“⁶⁹)

IV. Zusammenfassung und Ergebnisse

Die oben dargelegten einzelnen Statistiken und Fallstudien dienen zur Verdeutlichung einer Reihe allgemeiner Quantitäts- und Qualitätsprobleme, die die deutschen und amerikanischen Beobachter der US-Medienarbeit im Bereich der Außenpolitik beschäftigen:

— In den angesehenen US-Zeitungen New York Times und Washington Post wurde über ein breites Spektrum deutscher Belange be-

⁶⁹) NBC Reports: Beyond the Missile Crisis, berichtet von Marvin Kalb, am 28. Dezember 1983.

richtet. Allerdings war die Berichterstattung über Ereignisse mit Bedeutung für die auswärtigen Beziehungen in qualitativer Hinsicht keineswegs optimal; unzureichende Darstellung der bundesdeutschen Standpunkte verbunden mit häufiger Widerspiegelung von Einschätzungen der US-Regierung zu Entwicklungen in der Bundesrepublik im Textteil waren dazu angetan, die präsentierten Bilder zu verzerren⁶⁹). In quantitativer Hinsicht gab es weniger Berichte über die Bundesrepublik als über die beiden anderen wichtigen US-Verbündeten Großbritannien und Frankreich. Wie die NYT und die WP widmete auch das Wall Street Journal 1983 die meisten Berichte Großbritannien, an zweiter Stelle folgte Frankreich und an dritter die Bundesrepublik⁷⁰).

— Im kommerziellen Fernsehen, der Hauptquelle der Amerikaner für Auslandsnachrichten, wurde ein engeres Spektrum deutscher Themen behandelt als in den Zeitungen, aber, wie bei den Zeitungen, gab auch das Fernsehen der Bundesrepublik relativ weniger Raum als Großbritannien und Frankreich. In qualitativer Hinsicht tendierten die Fernsehstationen oftmals dazu, sensationelle Ereignisse in den Vordergrund zu stellen. Außerdem traten Westdeutsche nur selten in Erscheinung, um die Ansichten in ihrem eigenen Land zum Ausdruck zu bringen.

— In den nicht-kommerziellen Medien gab es eine ausgewogenere Darstellung der Bundesrepublik, mit gründlichen Berichten und gleicher Behandlung wie die anderen europäischen Verbündeten im Fernsehen und mit häufigen Gelegenheiten für Westdeutsche, im nicht-kommerziellen Rundfunk ihre Ansichten zu wichtigen Fragen direkt darzulegen.

Die Kritiker gehen nicht davon aus, daß sich das US-Mediengefüge, wie es hier skizziert wurde, in naher Zukunft entscheidend verändern wird. Die TV-Stationen werden weiterhin auf Gewinn setzen, die nicht-kommerziellen Medien werden auf keine Goldminen für die Finanzierung einer Ausweitung stoßen, die Verkabelung der großen Städte wird langsam fortschreiten und die Zeitungen der Ostküste quer über die 3 000 Meilen in Nordamerika relativ unbekannt bleiben. Zur gleichen Zeit wird die internationale politische Welt wahrscheinlich nicht einfacher,

ebenso wenig wie das Bedürfnis besorgter Bürger nach ausgewogener Berichterstattung unwichtiger werden wird. Deswegen muß sich die Bundesrepublik, zumindest auf gegenwärtigen Zeitpunkt, weitgehend auf ihre eigenen Kommunikationsanstrengungen verlassen, um Verständnis für ihre außenpolitischen Ziele bei den Amerikanern zu erreichen.

Während die Bundesrepublik Programme zur Intensivierung deutsch-amerikanischer Kontakte durchführt und Pläne zum Einstieg in den US-Kabelmarkt entwickelt, hat sie, wie schon gezeigt, mit der Deutschen Welle ein bereits verfügbares Instrument, ihre eigenen Standpunkte den amerikanischen Meinungsführern bekanntzumachen. Außerdem könnte dessen Effektivität mit verhältnismäßig geringen Kosten vergrößert werden.

Beispielsweise könnte die DW, wie die BBC, die VOA und andere Kurzwellenstationen, ihren Programmen mehr Sendezeit einräumen — es ist bedauerlich, daß die US-Hörer des englischsprachigen Programms auf einen 50-minütigen Block beschränkt sind, und zwar genau zu jener Abendstunde zwischen 8 und 9 Uhr (Ostküstenzeit), die in die beste Zeit (prime time) der inländischen Radiosendungen fällt. Wenige Hörer bringen die Energie und die Hingabe auf, den Schlaf bis nach Mitternacht zu opfern, um die Wiederholung des DW-Programms um 1 Uhr zu hören. Statt dessen könnte das „News and Views“-Programm der Bundesrepublik einfach vor Mitternacht wiederholt werden.

Ferner könnte auch das sehr reale Problem der DW, vielen an deutschen Geschehnissen interessierten Amerikanern unbekannt zu sein, verhältnismäßig einfach angegangen werden. So sind beispielsweise viele potentielle Hörer schon auf dem Verteiler des „German Information Center“; durch eine zusätzliche Broschüre könnten sie auf die DW als eine tägliche englischsprachige Informationsquelle hingewiesen werden, die die eigenen Standpunkte der Bundesrepublik reflektiert. Darüber hinaus hätte eine vermehrte Zusammenarbeit der Korrespondenten der DW mit NPR bei der Berichterstattung vom Kontinent, wie es die Journalisten der BBC tun, die Wirkung, daß der „andere“ große öffentliche Radiosender in Europa bekannter würde.

Vorausgesetzt, daß die quantitativen Probleme einer vergrößerten Zugänglichkeit der DW und der Verbreitung von Informationen über sie gelöst wären, bliebe als dauernde Herausforderung natürlich immer noch die Fortführung gehaltvoller Programme. Die in den letzten Jahren von der DW hinzugewon-

⁶⁹) Ein Beispiel findet sich in der US-Medienberichterstattung über die europäische Friedensbewegung, wie von William Sweet untersucht in seinem Beitrag „Europe's peace movement: topic or target?“, in: Columbia Journalism Review, Sept./Okt. 1983, S. 46—50.

⁷⁰) The Wall Street Journal Index, New York 1983.

nenen Hörer wurden u. a. durch die dargebotene Meinungsvielfalt angezogen. Anders als die VOA zum Beispiel ist die Deutsche Welle nicht verpflichtet, „die Politik der Regierung zu erläutern und für sie einzutreten“⁷¹⁾. Statt dessen ist es, ähnlich wie bei der BBC, der Auftrag der DW als öffentlicher Anstalt, ein „umfassendes Deutschlandbild“ und „die deutsche Auffassung zu wichtigen Fragen“ darzustellen. Und das ist nicht, wie verantwortliche Vertreter der DW erklärt haben, so zu verstehen, daß die Meinung eines jeden Deutschen oder einer Mehrheit von ihnen oder ihrer Regierungsorgane oder Gruppen präsentiert würde. Es wird, obgleich all diese Stimmen

⁷¹⁾ 1983 Report of the United States Advisory Commission on Public Diplomacy, Washington, (D.C.), 1984, S. 16.

relevant sind, die Auffassung vertreten: „Die *Opinio Communis* ist nichts anderes als der Zusammenfluß verschiedener deutscher Meinungen.“⁷²⁾

In den für die deutsch-amerikanischen Beziehungen entscheidenden Jahren, die vor uns liegen, sollte dieses Konzept beibehalten werden. Denn würden die Programme der DW in ihrer (Meinungs-)Vielfalt beschnitten, fänden sich die Meinungsführer in den USA genau an der Stelle wieder, wo sie jetzt sind — frustriert und besorgt über ihren Mangel an ausreichender aktueller Information aus der Sicht der Bundesrepublik als Ergänzung und Gegengewicht zur Berichterstattung der US-Medien.

⁷²⁾ H. Fellhauer, Anmerkungen zum Auftrag der Deutschen Welle, DW Handbuch 80, S. 145 ff.

Politisch-ideologische Strömungen in den USA seit Präsident Reagans Regierungsantritt

I. Die neokonservative Herausforderung

Amerikanische politische Kultur ist geprägt, wie erst vor kurzem der bekannte Politikwissenschaftler Samuel Huntington wieder bestätigte, durch die leidenschaftliche Auseinandersetzung über gleiche Werte¹⁾. Eliten und Bevölkerung der USA leben hinsichtlich der Werte ihres Gemeinwesens auf einem Basiskonsens; sie teilen auch konsensuale Sichtweisen über die Formen und Institutionen der Auseinandersetzung, getragen von einer Verklärung ihrer 200jährigen Verfassungstradition. In der europäischen Tradition hingegen, zumindest bis in die fünfziger Jahre hinein, standen sich in der politischen Auseinandersetzung gegensätzliche Grundwerteorientierungen gegenüber.

Auf dem Boden des amerikanischen Wertekonsenses wirken sich die unterschiedlichen Werteinterpretationen der ideologischen Formationen um so gravierender aus. Die zentralen Werte der politischen Kultur der USA, nämlich Gleichheit, Freiheit, Demokratie, Individualismus und Rechtsstaatlichkeit, sind in den letzten beiden Jahrzehnten mit besonderer Heftigkeit auf ihre Gehalte hin überprüft worden. Den Ausgangspunkt nahm diese, die ganze Gesellschaft miteinbeziehende Auseinandersetzung mit den Reformen der Kennedy/Johnson-Administrationen²⁾, durch die der Sozialstaat auch für Zwecke der Rassenintegration (Great Society) eingesetzt wurde. Der Vietnamkrieg hat sodann die Werte der nationalen Verteidigung problematisiert, die Konfrontation zwischen den politischen Grundorientierungen vorangetrieben und Emotionen und Leidenschaften in die Auseinandersetzung gebracht. Dabei wurden auch bald die Kürzel geprägt, mit denen die Standards der einzelnen Lager bezeichnet wurden: der Begriff „Neokonservatismus“ für die Kritiker des neuen Sozialstaates und die Anhänger der traditionellen Verteidigungswerte

einerseits; der Begriff „Liberalismus“ für die Befürworter einer offenen Selbstverwirklichung des Individuums bei sozialstaatlicher Gesamtverantwortung für jegliche Defizite und Ablehnung der traditionellen Verteidigungswerte andererseits. Während die Liberalen den Gleichheitsbegriff eher in Richtung auf eine Gleichheit der Resultate hin interpretierten, bestand die neokonservative Kritik auf der Respektierung des Begriffes Chancengleichheit als Substanz des Gleichheitsbegriffes. Freiheit als bindungsloser Egotrip — so jedenfalls die konservative Perzeption dieser Bewegung — war für die Neokonservativen nicht zu akzeptieren: Familienbindungen und sittliche Werte der amerikanischen Tradition sollten für die Definition des Individuums gültig bleiben. Die Rechtsstaatlichkeit hingegen wurde von den Liberalen im Sinne einer umfassenden Regelungskompetenz des Zentralstaates (Federal Government) verstanden, während die Neokonservativen darin eine gravierende Verfassungsverletzung erblickten. Demokratie galt den Liberalen als Aufforderung zu verstärkten basisdemokratischen Prozessen, die Neokonservativen hingegen setzten diese basisdemokratischen Prozesse mit einer Zersetzung der Autorität der Regierung gleich.

Mitte der siebziger Jahre, nach dem Ende des Vietnamkrieges, war der Kampf vorläufig entschieden: Die Neokonservativen hatten ihre Interpretation mehrheitlich umsetzen und in den Medien definitionsmächtig machen können. Die liberalen Gesetzgebungsmaterien konnten nicht weiter fortgeschrieben werden, der Rüstungskontrollprozeß stoppte, die außenpolitischen Sichtweisen favorisierten wieder Positionen amerikanischer Stärke. Der zentrale Bereich freilich, in dem der Liberalismus seine größte Niederlage erlitt, lag auf dem Felde der Wirtschaftspolitik. Erst wenn der Liberalismus auf diesem Gebiet wieder Positionen anbietet, die von einer breiteren Öffentlichkeit auch geglaubt werden, hat er wieder seine Chance, zur dominanten geistigen Kraft Amerikas zu werden.

¹⁾ P. Huntington, *American Politics. The Promise of Disharmony*, Cambridge (Mass.) 1981.

²⁾ Vgl. J. Schissler (Hrsg.), *Neokonservatismus in den USA. Eine Herausforderung?*, Opladen 1983.

II. Die Auseinandersetzung über kontroverse Themen während der Reagan-Administration

1. Die Krise der wirtschaftsphilosophischen Modelle — die Demokraten auf der Suche nach der verlorenen Kompetenz

Nicht erst seit dem Ende der siebziger Jahre, als sich der Preisauftrieb rapide beschleunigte und beispiellose Höhen erklimmte, sondern eigentlich bereits seit Nixons Amtszeit und dem von der Ölpreiskrise ausgehenden mächtigen Problemschub von 1973 hat die unbefriedigende Entwicklung wichtiger Parameter der amerikanischen Ökonomie die wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Auseinandersetzung in den USA strukturiert und die Kritik an der (neo-)keynesianischen Nachfragesteuerung faktisch untermauert und intensiviert³⁾. An hoher Arbeitslosigkeit, geringem Wachstum bei steigender Inflation, abnehmenden Produktivitätsgewinnen und unzureichender Kapitalbildung zerbrach der keynesianische Konsens, der im politischen System der USA vornehmlich, aber nicht nur, von der Demokratischen Partei repräsentiert wurde⁴⁾.

Ende der siebziger Jahre war der Wechsel im wirtschaftswissenschaftlichen Paradigma vollzogen, die Popularität konservativer Wirtschaftsstrategien offenkundig. Die Legitimität bundes- wie einzelstaatlicher Umverteilungspolitik wurde massiv in Zweifel gezogen. So setzte etwa das Zusammenspiel von Inflation und hoher Steuerbelastung einen gesellschaftlichen Prozeß in Gang, der 1978 in Kalifornien seinen Anfang nahm und eine Welle der Steuerrebellion in der Nation auslöste, in der überwiegend Mittelklasse-Wähler, meist von republikanischen Aktivisten organisiert, per Referendum eine Reduktion der Einkommens- und Grundvermögenssteuer auf Einzelstaatsebene zum großen Teil mit Erfolg durchsetzen konnten⁵⁾.

Der publikumswirksame Druck der Republikaner und die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwangen die Carter-Administration 1979, einen Richtungsschwenk in der Wirtschaftspolitik vorzunehmen und die nationalen Prioritäten neu zu ordnen⁶⁾. Preisstabilität erhielt Vorrang vor dem Vollbe-

schäftigungsziel; um Produktivität und Wirtschaftswachstum zu fördern, sollte verstärkt entreguliert, das Einkommen umverteilende Steuersysteme reformiert und überwunden werden. Der Jahreswirtschaftsbericht von 1980 forderte eine restriktive Finanz- und Geldpolitik und, für einen Demokraten brisant, die Kürzung der Zuwachsraten der Sozialprogramme. Erklärtes Ziel der Carter'schen Politik war es, den Haushalt auszugleichen, die Konsumentennachfrage zu dämpfen und versuchsweise die Angebotsseite zu stärken.

Auch den Wahlkampf 1980 bestritt Carter mit „republikanischen“ neokonservativen Themen, die dem Erbe des New Deal und den traditionellen Linien demokratischer Politik entgegenliefen⁷⁾: Aus Einsicht in die inhärenten Defizite des Interventions- und Sozialstaates setzte er auf Abbau des Staatsapparates und auf Kontrolle über die Bürokratie. Die Problemlösungsfähigkeit der Bundesregierung anzweifelnd, optierte er für verstärkte Dezentralisierung, für Haushaltskonsolidierung, Steuer- und Sozialreform.

Das wirtschaftspolitische Terrain war mithin vermessen, die Perspektive neu eingerichtet worden, als die Reagan-Administration sich 1981 heilsgewiß anschickte, die „Reagan-Revolution“ auch auf das Feld der Wirtschaftspolitik auszudehnen und hier echte Anreize für vermehrte Produktion, Beschäftigung, Investition und unternehmerische Risikobereitschaft zu restituieren⁸⁾. Reagans Programm war ein Amalgam verschiedener konservativer Strategien, das Elemente angebotsorientierter Politik mit monetaristischen und fiskalkonservativen Empfehlungen kombinierte⁹⁾. Obwohl die Inkonsistenz der „Reaganomics“ deren Erfolgsaussichten — zumindest vorübergehend — begrenzte, wie die Rezession 1981—82 mit 10,8% Arbeitslosen auf ihrem Höhepunkt unterstreicht, waren die einzelnen Elemente,

³⁾ H. Stein, *Presidential Economics. The Making of Economic Policy from Roosevelt to Reagan and Beyond*, New York 1984, S. 226.

⁴⁾ R. Harwood (Ed.), *The Pursuit of the Presidency 1980*, New York 1980.

⁵⁾ R. Evans / R. Novak, *The Reagan Revolution*, New York 1981; J. Kemp, *Republican Economic Policies of the 1980s*, in: J. Rousselot / R. Schulze (Eds.), *View From the Capitol Dome (Looking Right)*, Ottawa (Ill.) 1980, S. 64—73.

⁶⁾ L. I. Barret, *Gambling With History. Reagan in the White House*, New York 1983; H. Hecl / R. G. Penner, *Fiscal and Political Strategy*, in: F. I. Greenstein (Ed.), *The Reagan Presidency: An Early Assessment*, Baltimore 1983, S. 21—47.

³⁾ A. J. Reichley, *Conservatives In An Age of Change. The Nixon and Ford Administrations*, Washington (D. C.) 1981.

⁴⁾ J. W. Dean, *The Dissolution of the Republican Consensus*, in: D. Bell / I. Kristol (Eds.), *The Crisis in Economic Theory*, New York 1981, S. 19—31.

⁵⁾ D. O. Sears / J. Citrin, *Tax Revolt. Something for Nothing in California*, Cambridge (Mass.) 1982.

wenn auch aus je unterschiedlichen Blickwinkeln, einer Grundprämisse verpflichtet: Belohnung und Beschleunigung von Innovationsprozessen durch die Unternehmen, Erhöhung der Produktivität und des Investitionsvolumens durch Verringerung des Staatsanteils. Wirtschaftspolitisch erteilten sie an staatlich administrierte Verteilungsgerechtigkeit und antizyklische Konjunkturpolitik eine klare Absage.

Seit dem Regierungsantritt Ronald Reagans ringt die Demokratische Partei um die Wiedererlangung ihrer programmatischen Sicherheit, um eine Synthese aus Beförderung der Interessen ihrer traditionellen Klientel, Affirmation des Gleichheitszieles und der Teilhabe aller an den produzierten Gütern und dem Eingeständnis, daß die von ihr vertretene Wirtschaftspolitik der Vergangenheit angehöre. Sie befindet sich in einem Suchprozeß und hat sich auf eine, politisch unverbindliche, fiskalkonservative Position zurückgezogen.

„Wir sind uns über die Notwendigkeit der Kontrolle der Bundesausgaben und der Expansion des Staates im klaren. Wir wissen, daß, wenn wir Ressourcen für neue Prioritäten bereitstellen wollen, wir das Haushaltsdefizit abbauen, Verschwendung und überholte Ausgaben eliminieren und alle Bundesprogramme — vom Verteidigungshaushalt bis zu den sozialen Leistungsgesetzen — einer kritischen Prüfung unterziehen müssen.“¹⁰⁾

Und sie zeigen sich in einer Form lernbereit, die an Nixons Wahlkampfeslogan von 1968 erinnert: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Werfen von Geld auf Probleme, seien sie sozialer oder militärischer Art, verschwenderisch und ineffektiv ist.“¹¹⁾

a) Die Neo-Liberals

Der Neo-Liberalismus hat diese Lernbereitschaft in einem Konzept zusammengefaßt, das zwar noch vage und offen ist, dessen Konturen aber doch soweit erkennbar sind, daß sie eine klare Abgrenzung vom alten New-Deal-Liberalismus und dem Liberalismus des Wertewandels der sechziger und siebziger Jahre erlauben¹²⁾. Beide Formen will der Neo-Libe-

ralismus innerhalb der Demokratischen Partei überwinden. Im Rückgriff auf viele der Themen, die in den siebziger Jahren von den Neokonservativen vorgetragen wurden und Ronald Reagan zum Einzug ins Weiße Haus verholfen haben, will er in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen liberal und konservativ die politische Mitte zurückgewinnen¹³⁾.

In der Zeitschrift „The Washington Monthly“ verfügen die Neoliberalen über ein publizistisches Sprachrohr, das ihre Positionen in die politisch-intellektuelle Diskussion hineinträgt und präzisiert, ohne sie dabei in ein kohärentes ideologisches Korsett zwingen zu wollen bzw. zu können. Denn die Neoliberalen sind nicht ideologisch fixiert, vielmehr orientiert an technokratisch-pragmatischer Konfliktsteuerung und Politik. Sie favorisieren nicht (mehr) automatisch Gewerkschaften und Bundesregierung, sind dafür offen für die Anliegen der Großunternehmer und für nationale Sicherheit. Sie kritisieren die wohlfahrtsstaatliche „Übersorgung“ von Johnsons „Great Society“, die die Finanzkrise des Staates mit ausgelöst und eine weit verbreitete Anspruchsmentalität bei verminderter Lösungskapazität des politisch-bürokratischen Systems geschaffen haben ebenso wie einen Aufguß des New Deal, etwa in Form öffentlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, als überholte Strategie der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Da sie glauben, daß die Lösungsfähigkeit des Interventionsstaates begrenzt sei, sind sie bereit, die Antworten auf die Probleme der Gegenwart auch in innovativer Privatinitiative und verstärkt in dezentralen Entscheidungsstrukturen — auf Regional-, Einzelstaats- und Kommunalebene — zu suchen, nicht aber allein bei der Bundesregierung in Washington. Programmeinheitlichkeit soll nicht zu Lasten dezentraler Methodenvielfalt gehen, wie auch Reagans „New Federalism“ radikal fordert. Bundesstaatliche Wirtschafts-, vor allem aber Sozialprogramme, werden nicht mehr allein von ihrer Absicht her beurteilt, sondern mit Hilfe des Effizienzkriteriums evaluiert. Auch bei den „social issues“, bei den Wertefragen also, beziehen einige Neoliberale eher Positionen, die in der politischen Diskussion der USA bislang nur bei den Konservativen ausgewiesene Für-

¹⁰⁾ Rebuilding the Road to Opportunity: A Democratic Direction for the 1980s, Caucus Committee on Party Effectiveness, Democratic Caucus, U.S. House of Representatives, September 1982, S. 2.

¹¹⁾ Ebd.

¹²⁾ R. E. Cohen, Strains Appear as „New Breed“ Democrats Move to Control Party in the House, in: National Journal, 26 (25. 6. 1983), S. 1328—31; The New Deal is Dead, May It Rest in Peace, Speech by Elliott Levitas to the Women's National Democratic Club, Washington (D.C.), Oct. 6, 1977.

¹³⁾ W. Goodman, New Liberals and the Fight for the Political Center, in: The New York Times vom 26. 10. 1983, B 10; P. B. Edelman, In Search of Ideology, vorgelegtes Papier bei dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung am 30./31. Mai 1983 in Bonn veranstalteten Symposium: Wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen demokratischer Politik in den 80er Jahren: USA und Westeuropa.

sprecher hatten. So sehen sie beispielsweise die sozialen Resultate eines liberalisierten Straf- und Strafprozeßrechts als nicht ermutigend an und plädieren für einen verstärkten Kampf gegen die Kriminalität.

Das Bemerkenswerte an diesem Neo-Liberalismus ist in der Tat, wie weit er dem Neo-Konservatismus entgegenkommt. Von diesem ist er nur schwer zu unterscheiden, allenfalls durch einen „time lag“ in der Entstehungs- und Reifungsphase und in der unterschiedlichen parteipolitischen Zuordnung von diesem getrennt. Die Neoliberalen greifen den Pragmatismus auf, den „hunger for community and commitment“, die kennzeichnend sind für den partiellen Einstellungswandel in der amerikanischen Bevölkerung in den letzten Jahren¹⁴⁾. Aus der Ablehnung liberaler Ideologie 1980 versuchen sie in einer Anpassungsstrategie konzeptionelle Konsequenzen zu ziehen, die Programm und Politik der Demokraten mit den Interessen und Einstellungen des Durchschnittswählers wieder in Übereinstimmung zu bringen in der Lage sind.

b) Die Industrial Policy-Debatte

Als Alternative zur Wirtschaftspolitik Reagans und als Reaktion auf den Wandlungsprozeß, dem die amerikanische Ökonomie unterworfen ist¹⁵⁾, auf ihre steigende Internationalisierung, die verschärfte internationale Konkurrenz haben die Demokraten (besonders ihr neoliberaler Flügel¹⁶⁾ mit Begeisterung die Debatte¹⁷⁾ um eine „National Industrial Policy“ (NIP), um Industrie- oder Strukturpolitik, rezipiert. Die politische, kongressionale Umsetzung der wirtschaftspolitischen Empfehlung einer „industrial policy“¹⁸⁾ stellt für sie den Versuch dar, auch und gerade im Hinblick auf die Präsidentschafts- und Kongreßwahlen 1984 verlorene ökonomische Kompetenz zurückzugewinnen und die

Attraktivität der Demokratischen Partei neu zu begründen¹⁹⁾.

Vor allem neoliberale Ökonomen wie Robert Reich und Lester Thurow sowie der New Yorker Investmentbanker Felix Rohatyn präzisieren das von ihnen maßgeblich entwickelte Konzept einer nationalen Strukturpolitik als eine Strategie, die auf der Grundlage einer neokorporatistischen Kooperation von Staat (Regierung und Kongreß), Kapital (Unternehmen) und Arbeit (Gewerkschaften) in der Lage sein soll, anhaltendes Wachstum zu stimulieren²⁰⁾, die Produktivität amerikanischer Unternehmen zu erhöhen und dadurch deren Wettbewerbsfähigkeit auf den nationalen und internationalen Märkten erheblich zu verbessern²¹⁾. Es ist eine Strategie, deren Hintergrund die Dynamik des Strukturwandels (Stichwort „neue Technologie“ und der relative Bedeutungsverlust der Schwerindustrie), die sozialen Kosten, die er aufwirft, und die Möglichkeiten einer politischen Steuerung sind, deren Elemente aber einzig dem Ziel der Optimierung der Konkurrenzfähigkeit amerikanischer Unternehmen untergeordnet sind²²⁾. Die Wiedererlangung der globalen Konkurrenz- und Behauptungsfähigkeit der ökonomischen Interessen Amerikas ist das erklärte (übergeordnete) Ziel der Neoliberalen, die „industrial policy“ das Mittel zu seiner Realisierung²³⁾. Die Heilserwartung ist eindeutig: „Prosperität kann nur erreicht werden durch das Mittel einer sorgfältig am internationalen Wettbewerb ausgerichteten Industriepolitik.“²⁴⁾

Diese Politik, deren Mangel an Konkretheit sie (noch) offen läßt für politische Vereinnahmung, die nach eigenem politisch-ökono-

¹⁴⁾ D. Yankelovich, *American Values: Change and Stability. A Conversation with Daniel Yankelovich*, in: *Public Opinion*, 6 (1984) Dec./Jan., S. 2—8.

¹⁵⁾ R. Corrigan, *Choosing Winners and Losers*, in: *National Journal*, 15 (26. 2. 1983) 9, S. 414—443.

¹⁶⁾ Beispielsweise G. Hart, *A New Democracy. A Democratic Vision for the 1980s and Beyond*, New York 1983, S. 14; *Caucus Committee* (Anm. 10), S. 7; *Renewing America's Promise. A Democratic Blueprint for our Nation's Future*, House Democratic Caucus, Washington (D. C.) January 1984.

¹⁷⁾ Unter vielen die Aufsatzsammlung V. Whitford (Ed.), *American Industry*, New York 1984, in: *The Reference Shelf*, 55 (1984) 6.

¹⁸⁾ Im 98. Kongreß wurden bislang mehr als 30 Gesetzesentwürfe eingebracht, die direkt oder indirekt die Instrumente einer Strukturpolitik zum Gegenstand haben. P. Behr, *Democrats in U. S. Offer 2 Industrial Strategies*, in: *International Herald Tribune* vom 10. 11. 1983.

¹⁹⁾ Kritisch S. Bowles / D. M. Gordon / Th. E. Weisskopf, *Industrial Policy — Now The Bad News*, in: V. Whitford (Ed.) (Anm. 17), S. 66—71; H. Stein, *Don't Fall For Industrial Policy*, in: *Fortune* vom 14. 11. 1983, S. 64—66, 70, 72; P. Petr, *Industrial Policy Is a Knot in the Democrat's Economic Plank for '84*, in: *Washington Post Weekly* vom 7. 11. 1983, S. 12.

²⁰⁾ L. Thurow, *Do Modern Times Call for an Industrial Policy? A Conversation with Herbert Stein and Lester Thurow*, in: *Public Opinion*, 6 (1983) 4, S. 2—7, 58—59, hier S. 4.

²¹⁾ Mittlerweile unterliegen mehr als 70 % aller amerikanischen Produkte weltweitem Wettbewerb; R. R. Reich, *The Next American Frontier*, New York 1983, S. 121.

²²⁾ Ebd., passim; I. C. Magaziner / R. R. Reich, *Minding American's Business. The Decline and Rise of the American Economy*, New York 1982, S. 379; kritisch J. Cohen / J. Rogers, *On Democracy. Toward a Transformation of American Society*, New York 1983.

²³⁾ G. Hart (Anm. 16), S. 47.

²⁴⁾ I. C. Magaziner / R. R. Reich (Anm. 22), S. 7.

misch-regionalem Standort verschiedene Akzente setzt, soll in der Sache die Modernisierung und Umstrukturierung der traditionellen Industriezweige, die standardisierte Masengüter produzieren, ermöglichen und gleichzeitig die technologie-, forschungs- und informationsintensiven Industrien der nachindustriellen Gesellschaft besonders fördern.

Die einzige erfolgversprechende Anpassungsstrategie an die vom Weltmarkt vorgegebene Wandlungsnotwendigkeit sieht Robert Reich in dem Verzicht auf die standardisierte Massenproduktion bei gleichzeitiger Konzentration auf Spezialmärkte, für die er eine flexible enthierarchisierte Arbeitsorganisation für unerlässlich hält, die imstande ist, kontinuierliche Innovationsleistungen zu erbringen²⁵⁾, zumal er die unternehmerische Risikobereitschaft als äußerst begrenzt einschätzt.

Die Fürsprecher einer Industriepolitik, die immer wieder zur Stützung ihrer Argumente auf die — angeblich erfolgreiche — japanische und europäische Strukturpolitik verweisen, plädieren für die Einrichtung eines nationalen Rates für ökonomische Zusammenarbeit, der sich aus Regierungs-, Arbeitnehmer- und Unternehmensvertretern zusammensetzen und beim Präsidenten angesiedelt sein soll.

Dieser Rat soll konsensual die Entwicklung auf den verschiedenen Märkten verfolgen, die kompetitive Lebensfähigkeit einzelner Branchen bis hinunter auf die Ebene einzelner Firmen bestimmen und die langfristigen technologisch-ökonomischen Tendenzen abstecken²⁶⁾. Untermauert werden soll der Rat mit einer nationalen Entwicklungsbank, die die strukturpolitischen Entscheidungen in die mit Auflagen verbundene Bereitstellung — oder Verweigerung — von Finanzmitteln übersetzt und letztlich eine Form von Investitionslenkung praktiziert. Reich/Magaziner haben darauf hingewiesen, daß nicht das aggregierte Investitionsvolumen und eine vermehrte Kapitalbildung an sich die Antwort auf die Probleme seien, die von der Angebotstheorie zu Recht aufgeworfen wurden, sondern allein die gezielte Verteilung finanzieller Ressourcen gemäß den Kriterien potentieller Konkurrenz- und Prosperitätschancen einzelner Branchen und Unternehmen auf den Zukunftsmärkten.

Die Idee einer nationalen Entwicklungsbank, die der „Reconstruction Finance Corporation“ der dreißiger Jahre nachgebildet ist, ist von

Felix Rohatyn popularisiert worden²⁷⁾: Die Bank würde das Risikokapital für die Umstrukturierung — und nur dafür — von Unternehmen in traditionellen Industriezweigen bereitstellen und das Recht erhalten, Lohnkürzungen und Änderungen der „work rules“ aufzuzwingen, Managementpersonal auszuwechseln und die Banken zur Umwandlung ihrer Kredite in Aktienpakete zu veranlassen²⁸⁾.

Rohatyns Bankmodell soll nicht zuletzt die in der Diskussion um ein ökonomisch-technologisch-demographisches Machtgefälle zugunsten des Südens und Südwestens in den USA zum viel beschriebenen Problem herangereiften regionalen Entwicklungsparitäten bearbeiten und die ökonomisch-soziale Zukunft des amerikanischen Nordostens dank einer modernisierten Industrie neu begründen.

Ein wesentliches taktisches Argument, das die Auguren der „industrial policy“ ihren Kritikern entgegenhalten, ist der Hinweis darauf, daß die Vereinigten Staaten bereits so etwas wie Strukturpolitik betrieben, nur würden weder deren Ziele expliziert, noch seien ihre disparaten Elemente — Investitionsbeihilfen hier, Zollschutz und Importquoten da, etc. — in einen geschlossenen Gesamtrahmen eingebunden. Es komme darauf an, eine effektive, kohärente Strukturpolitik zu entwerfen, deren Elemente miteinander koordiniert seien²⁹⁾.

Ähnlich wie Rohatyn plädieren Amitai Etzioni und W. W. Rostow für eine Reindustrialisierungspolitik, die Wachstum verspricht, wenn über einen länger anhaltenden Zeitraum verstärkt in die Modernisierung der physischen Infrastruktur und der Investitionsgüterindustrie investiert und gleichzeitig der Anteil der Konsum- und Dienstleistungsausgaben proportional verringert wird³⁰⁾. Aber im Unterschied zum industrie- und unternehmensspezifischen Interventionscharakter in den Modellen von Rohatyn und Reich/Magaziner und auch im Unterschied zur nicht zielgerichteten (non-targeted) Angebotspolitik vertreten Etzioni und Rostow eine breite sektorale Entwicklungsstrategie, die mit makroökonomischen und steuerpolitischen Instrumenten einen Investitionsfluß in die von

²⁷⁾ Siehe die Essaysammlung von F. G. Rohatyn, *The Twenty-Year Century, Essays on Economics and Public Finance*, New York 1983.

²⁸⁾ Ebd., S. 131.

²⁹⁾ Unter andern L. Thurow (Anm. 20), S. 6.

³⁰⁾ A. Etzioni, *An Immodest Agenda. Rebuilding America Before the Twenty-First Century*, New York 1983; W. W. Rostow, *The Barbaric Counter-Revolution*, Austin 1983.

²⁵⁾ R. R. Reich (Anm. 21), S. 13.

²⁶⁾ I. C. Magaziner / R. R. Reich (Anm. 22), S. 258.

ihnen ausgewiesenen Grundlagenbereiche der „smokestack industries“ auslöst.

Bemerkenswert ist das breite Spektrum der Kritik und die Ähnlichkeit der Argumente, die dem Vorschlag einer „industrial policy“ entgegengebracht werden. Die Reihe der Gegner erstreckt sich von der rechtskonservativen „Heritage Foundation“ über das eher fiskalkonservative, traditionell republikanische „American Enterprise Institute“, über die liberalen Keynesianer der „Brookings Institution“ bis hin zur „Union of Radical Political Economists“³¹⁾.

Dieser institutionelle Gegenkonsens ist ein Indiz für die begrenzten politischen Umsetzungschancen dieses großangelegten Konzepts. Es werden sowohl die Prämissen des Konzeptes zurückgewiesen, als auch die Untauglichkeit der Instrumente herausgestrichen.

Die Vereinigten Staaten entindustrialisieren nicht. Auch besitzt das japanische Ministerium für Außenhandel und Industrie (MITI) nicht die strukturpolitische Kompetenz, die ihm seine amerikanischen Bewunderer gerne zuschreiben. Insbesondere Reichs Sicht einer erfolgreichen, harmonischen, konsensualen Bewältigung des Strukturwandels in Europa und Japan überzeichnet die dortige Realität und ignoriert die struktur- und verteilungspolitischen Konflikte völlig. Zudem operieren japanische Unternehmen in einer völlig anderen politischen Kultur, die eine relativ kollektivistische Unternehmensorganisation ermöglicht und eine produktivitätssteigernde Identifikation der Arbeitnehmer mit den Interessen des Unternehmens durchaus auch repressiv erzwingen kann³²⁾.

Das auf Machtdiffusion angelegte fragmentierte politische System der USA dürfte zudem den bis auf die Ebene des Einzelunternehmens hinunterreichenden Grad an Staatsinterventionismus kaum tolerieren, den die „industrial policy“ fordert³³⁾. Die Erwartung,

³¹⁾ R. B. McKenzie, NIP in the Air, in: Policy Review, (1983) 26, S. 75—87; D. D. Lee, The Faulty Logic of Industrial Policy, in: The Heritage Foundation Background No. 299 vom 26.10. 1983; H. Stein (Anm. 19), S. 66; ders. (Anm. 6), S. 318ff.; Ch. L. Schultze, 98/1 Congress, Joint Economic Committee, Hearing, Industrial Policy, Economic Growth and the Competitiveness of U. S. Industry, Part 3, Oct. 31, 1983, Washington (D. C.), Government Printing Office 1984; S. Bowles et al. (Anm. 19); Ch. Scherrer, „Industrial Policy“: Die US-Linke entdeckt die Investitionslenkung, in: Dollars & Träume, (1984) 9, S. 59—72.

³²⁾ W. A. Schambra, Is Robert Reich's Vision the Wrong Stuff for the Democrats in 1984?, in: Public Opinion, 6 (1983) 4, S. 8—11, 56—57.

³³⁾ J. Cohen / J. Rogers (Anm. 22), S. 140.

daß rationale Einsicht und Konsens die Entscheidungsfindung im Rahmen einer institutionalisierten Strukturpolitik leiteten, steht auf tönernen Füßen. Vielmehr sind eher verstärkte intrainstitutionelle Konflikte um die Vergabe bundesstaatlicher Kreditmittel, um die Gewährung wirtschaftspolitischer Vorteile oder um die Verleihung des „winner“-Status zu erwarten. Die Lobby-Tätigkeit der wirtschaftspolitischen Interessenten wird zu nehmen. Da Rohatyn um diese Politisierungsgefahr weiß, will er seine Entwicklungsbank bzw. die übergeordnete Behörde von den Einflüssen und Anforderungen der Politik abschotten. Sein technokratischer Ordnungs- und Gestaltungsanspruch ignoriert und übergeht die Rolle und Legitimität demokratischer Institutionen und Prozesse³⁴⁾.

Daneben sehen vor allem die konservativen Kritiker des Konzeptes der „industrial policy“ in einer mit echten Kompetenzen ausgestatteten strukturpolitischen Lenkungsbehörde die Gefahr der zentralisierten, gesamtwirtschaftlichen Planung heraufziehen. Da staatliche Bürokratien keine dem Markt überlegenen analytischen Kapazitäten zur Unterscheidung von „winners“ und „losers“ haben, werden Fehlallokationen von Ressourcen und Fehlidentifikationen von zukunftsächtigen Industrien die Folge sein³⁵⁾.

So sieht sich die demokratische Strategie der „industrial policy“, die Antwort auf die Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration, mit starken Vorbehalten konfrontiert, die ihre intellektuelle und politische Akzeptanz begrenzen. In dieser Form ist Strukturpolitik nicht unbedingt geeignet, Grundstein für ein politisches Mandat der Demokraten zu legen; es ist allein ein politisches Programm, das an die Klientel der Demokraten appelliert³⁶⁾.

2. Die Wiederbelebung der populistischen Tradition

Eine spezifische Form der Interessenrepräsentation des Durchschnittsamerikaners ist die des Populismus³⁷⁾. Der Populismus, der als überwiegend agrarische Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts den Protest gegen ökonomische Monopolisierung, die damit verbundene Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse der Farmer und

³⁴⁾ R. M. Kaus, Can Creeping Socialism Cure Creeping Capitalism?, in: V. Whitford (Ed.) (Anm. 17), S. 86.

³⁵⁾ A. Etzioni (Anm. 30), S. 313.

³⁶⁾ B. Bartlett, Industrial Policy, Crisis for Liberal Economics, in: Fortune vom 14. 11. 1983, S. 83, 86.

³⁷⁾ G. McKenna, American Populism, New York 1974.

Kleinunternehmer des Südens und Mittelwestens und gegen die Gefährdung traditioneller — meist parochialer — Werte und Einstellungen artikuliert, hat sich in der politischen Kultur der USA als ein positiv bewerteter Referenzpunkt fest etabliert, der Machtbegrenzung und Dezentralisierung beinhaltet. In den letzten Jahren hat er wieder an Popularität gewonnen. Teilweise eingebettet in die Traditionen des von George Wallace einst verkörpert, eher rassistischen Populismus der Südstaaten, ist seit den frühen siebziger Jahren wiederholt eine Wiederbelebung populistischer Antiautoritätshaltungen beobachtet worden, die sich in wachsendem Mißtrauen und Zynismus gegenüber staatlichen Rollenträgern, der von ihnen verantworteten Politik sowie in einem allgemeinen Vertrauensverlust in bürokratische Großorganisationen ausdrücken³⁸⁾.

Der Schutz überkommener Lebensstile und Werte der „einfachen Leute“, die Behauptungen ihrer wirtschaftlichen Anliegen sind populistische Themen, die eine beträchtliche politische Mobilisierungsdynamik entwickelt haben³⁹⁾. Dies wird von der Wirksamkeit des gegen „das Establishment“ geführten Wahlkampfes Ronald Reagans 1980 unterstrichen. Große Wählergruppen waren bereit, seine Themen der kulturellen Entfremdung und der Manipulation durch die liberalen Eliten anzunehmen.

Es waren denn auch zunächst die Republikaner und ihnen nahestehende soziale Bewegungen, die die Bedeutung des Wertpopulismus erkannten, dem die populistische „Neue Rechte“ organisatorisch Ausdruck verlieh⁴⁰⁾. Die „Neue Rechte“ und die „Christian Right“, jene Gruppen des religiösen Fundamentalismus, haben durch den Einsatz moderner Kommunikationstechnologien ihre Agitationenkampagnen erfolgreich professionalisiert, in denen sie u. a. für Familie, Schulgebet, Patriotismus und das Recht auf Schußwaffenbesitz warben, Abtreibung und Entspannungspolitik als des Teufels brandmarkten. Die aggressive Denunzierung linksliberaler, überwiegend demokratischer Politiker und die Mobilisierung gegen die Herausforderungen

der Säkularisierung traditioneller Werthaltungen, stießen auf erhebliche Resonanz und waren, wie die Kongreßwahlen 1978 und 1980 gezeigt haben, überaus wählerwirksam zugunsten rechtskonservativer Republikaner.

Der organisierte Rechtspopulismus hat die Reagan-Administration seit 1981 lautstark und meist kritisch begleitet⁴¹⁾. Enttäuscht von Reagans angeblichem Versäumnis, die Familienwerte auf die politische agenda zu setzen und mit dem ganzen Prestige des Präsidentenamtes für ihre Implementierung zu kämpfen, hat Richard Viguerie, einer der Cheforganisatoren der „Neuen Rechten“, verstärkt mit der Gründung einer dritten Partei gedroht. In seinem jüngsten Buch, das das Feindbild des (Rechts-)Populismus im Titel *The Establishment vs The People* prägnant wiedergibt⁴²⁾, bricht Viguerie den Stab über die Republikanische Partei, die einzig und allein den Interessen kosmopolitisch orientierter Eliten und der transnationalen Unternehmen und Banken verpflichtet sei. Er träumt von einer populistischen Revolte gegen die Eliten in den Großorganisationen, von dem „Neuen“ Populismus als der gegenwärtig mächtigsten Kraft in der amerikanischen Politik⁴³⁾, die die Wertkonservativen und die antikommunistischen ethnischen Gruppen in der amerikanischen Gesellschaft umfasse und ihre geographische Basis im Süden und Westen der USA habe.

Der Wertpopulismus hat einen Grad an Wählerakzeptanz erreicht, daß die Republikanische Partei — und in Wahlkreisen des Bible Belt und des Nordostens mit einer hohen Konzentration katholischer und ethnischer Gruppen auch die Demokratische Partei — bei der Rekrutierung der Kandidaten für Wahlämter auf Einzelstaats- und Bundesebene sowie in der Berücksichtigung ideologischer Anforderungen kontinuierlich Rechnung zu tragen hat. Die erfolgreiche symbolische Politik Ronald Reagans war hierfür ein interessantes Indiz.

Aber die Bedeutung der sozialen, der Wertefragen in der amerikanischen Politik ist gesunken, ohne allerdings ihre potentielle Sprengkraft eingebüßt zu haben. 1984 hat der Wertpopulismus keine umfassende politische Definitionsmacht mehr insofern, als die Wahlentscheidung in signifikanter Weise nicht auf ein einziges social issue — für oder

³⁸⁾ U. a. A. Abramowitz, *The United States: Political Culture under Stress*, in: G. A. Almond / S. Verba (Eds.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980, S. 177—211; zuletzt S. M. Lipset / W. Schneider, *The Confidence Gap*, New York 1983.

³⁹⁾ R. Gurwitt, *Left and Right Compete for Populist Mantle*, in: *Congressional Quarterly Weekly Report*, 42 (21. 4. 1984) 16, S. 913—916.

⁴⁰⁾ K. Phillips, *Populism, Conservatism and the New Right*, in: *Election Politics*, 1 (1983—84) 1, S. 12—15.

⁴¹⁾ Siehe die ständige Kritik in der von R. Viguerie herausgegebenen Zeitschrift *Conservative Digest*.

⁴²⁾ R. Viguerie, *The Establishment vs. The People: Is a New Populist Revolt on the Way?*, Chicago 1983.

⁴³⁾ Ebd., S. 11.

gegen Abtreibung beispielsweise — reduziert werden dürfte.

Die Abspaltungsdrohung Vigueries ist zudem lediglich eine Neuauflage innerparteilicher programmatischer und personeller Konflikte, die die Republikaner seit dem Zweiten Weltkrieg begleitet haben⁴⁴⁾. Da es wahltaktisch kaum vorstellbar ist, Ronald Reagan „rechts“ zu überholen, wird die „Neue Rechte“ wieder in die Republikanische Koalition integriert werden, wenn auch mit weniger Enthusiasmus als Ende der siebziger Jahre.

Versuchen die Rechtspopulisten, antielitäre Ressentiments betonend, den Staat zum Schutz gegen Werteverfall zu instrumentieren, nehmen ihn die Linkspopulisten wieder verstärkt zum Schutz vor ökonomischer Deprivation in Anspruch. Die Demokraten haben erst spät diesen zweiten Strang des Populismus neu entdeckt und begonnen, ihn für sich zu nutzen. 1983 haben demokratische Mitglieder des Repräsentantenhauses den „Populist Caucus“ gegründet, um die Interessen ihrer mehrheitlich agrarischen Klientel institutionell aufzuwerten. Der „caucus“ wehrt sich gegen die Anpassungsforderungen, die von der internationalen Verflechtung der amerikanischen Ökonomie ausgehen, gegen die Marktmacht und ihren Mißbrauch durch große Unternehmen, gegen die Ausnutzung der Monopolstellung der Versorgungsunternehmen. Ziel der ökonomischen Populisten, die von den negativen Effekten der Rezession 1981/82 und dem Preisverfall für Agrarprodukte starke Impulse erhielten, ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der „Family Farm“ und mittelständischer Unternehmen, von „Mainstreet Business“ im weitesten Sinne. Wirtschaftspolitisch wenden sie sich vehement gegen Entregulierung von Preisen und Marktzugang. Die Mitglieder des populist caucus treten für eine Stärkung staatlicher Eingriffsinstrumente ein und — in Übereinstimmung mit dem rechtspopulistischen Angebotspolitiker Jack Kemp, Republikaner aus dem Staate New York — für eine kongressionale Begrenzung der geldpolitischen Autonomie des Zentralbankrates (Federal Reserve Board).

Innerhalb der Demokratischen Partei stehen die Populisten, die stark zu einer Romantisierung des Konkurrenzkapitalismus und einer Unilateralisierung in der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik neigen, in Opposition zu solchen neo-liberalen Positionen, die zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfä-

higkeit amerikanischer Unternehmen eine Lockerung der Kartellgesetzbestimmungen und eine interne Reorganisation der Unternehmen fordern mit dem Effekt der Freisetzung von Arbeitskräften und der Hinnahme von Lohneinbußen.

Der Demokratischen Partei kommt die Neuauflage dieser Variante des Populismus entgegen. Sie hilft durch den Verweis auf die ungleiche Verteilung der Kosten und des Nutzens der „Reaganomics“, dem allgemeinen Konservatismus und der Dominanz der Republikaner auf der Präsidentschaftsebene in einigen Einzelstaaten, deren populistische Tradition stark herausgehoben wird, auf der kongressionalen Ebene erfolgreich entgegenzutreten — ohne fürchten zu müssen, mit dem in eben diesen Staaten häufig negativ besetzten Begriff „liberal“ identifiziert zu werden⁴⁵⁾.

3. Die Akzentuierung der „neuen“ sozialen Themen (social issues)

Auf der Ebene der social oder single issues, zu denen Themen wie beispielsweise die Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft, die Diskussion um die rechtliche Handhabung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Bestrebungen zur Wiedereinführung eines Schulgebotes gerechnet werden, sind in jüngerer Zeit keine nennenswerten Initiativen von liberaler demokratischer Seite zu verzeichnen gewesen.

Dies wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die in den sechziger Jahren beginnenden Liberalisierungs- und Säkularisierungstendenzen in der amerikanischen Gesellschaft durch entsprechende Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes gestützt und die damals entwickelte liberale agenda weitgehend implementiert wurde. In diesen Zusammenhang gehören auch die Beschlüsse, die Gebete oder Bibellesungen in öffentlichen Schulen untersagten, und jenes Urteil, das den täglichen Transport von Schülern zu Schulen außerhalb ihrer Nachbarschaft zum Zwecke der Rassenintegration (busing) ausdrücklich billigte. Vor dem Hintergrund sich verändernder Normen gesellschaftlichen Zusammenlebens und des sexuellen Verhaltens erfolgten die politischen Entscheidungen, die u. a. zur Legalisierung von Abtreibungen und zur Annahme eines Verfassungszusatzes zur Gleichberechtigung der Frau (Equal Rights

⁴⁵⁾ R. Gurwitt (Anm. 39), S. 916.

⁴⁶⁾ Siehe hierzu u. a. J. K. Boles, *The Politics of the Equal Rights Amendment. Conflict and the Decision Process*, New York 1979, *The Equal Rights Amendment: Anatomy of a Failure*, in: *Political Science*, 5 (1982) 4, S. 572—591.

⁴⁴⁾ D. W. Reinhard, *The Republican Right Since 1945*, Lexington (Ky) 1983.

Amendment) durch beide Häuser des Kongresses führten, dessen Ratifizierung dann allerdings im Sommer 1982 an der erforderlichen Dreiviertelmehrheit der Einzelstaaten scheiterte⁴⁶⁾.

An der Frage, ob und in welchem Umfang diese Entscheidungen gesellschaftliche Veränderungen erst initiiert bzw. forciert haben oder diese lediglich im nachhinein legitimieren, entzündete sich sehr bald ein Streit zwischen reformistischen und traditionellen Gruppierungen in der amerikanischen Gesellschaft. Die einsetzende Gegenbewegung konservativer Kräfte konnte in den Jahren 1978 bis 1981 einige spektakuläre Erfolge verbuchen (z. B. die Einschränkung bzw. Einstellung staatlicher Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen) und erreichte nachfolgend ein über ihre tatsächliche Bedeutung hinausgehendes Maß an Publizität — mitbedingt durch einen Bonus in der Berichterstattung —, vermochte aber dennoch nicht die „Wende nach rückwärts“ im Bereich der social issues durchzusetzen. Auch wenn traditionelle Rollenvorstellungen wieder hoch im Kurs stehen⁴⁷⁾, ist die Emanzipation der Frauen wie die von Angehörigen rassistischer oder ethnischer Minderheiten unterdessen weiter fortgeschritten und läßt sich auf Dauer gesehen kaum aufhalten.

Die Ideologisierung der sozialen Themen seitens der rechtskonservativen Kräfte hat keineswegs die von ihnen herbeigesehnte Wende bewirkt, sondern eher den Enthusiasmus der Politiker, sich diesen Problemen überhaupt zu widmen, entschieden gedämpft. Weitere Reformen erscheinen derzeit zwar wenig wahrscheinlich, an eine Rückkehr zum status quo ante ist jedoch genauso wenig zu denken, da die Befürworter von liberalen Positionen — wenn auch zahlenmäßig dezimiert, aber dennoch zäh — an den Errungenschaften der sechziger und siebziger Jahre festhalten.

Dieser „Stellungskrieg“ bei der Bewertung der sozialen Themen könnte jedoch angesichts neuerer Entwicklungen in der Embryonalforschung in der Abtreibungsproblematik eine Veränderung erfahren. Die Supreme Court-Entscheidungen vom Januar 1973 (Roe v. Wade und Doe v. Bolton) signalisierten eine radikale Abkehr von der bis dahin gültigen Rechtslage, und die Richter urteilten weitaus liberaler⁴⁸⁾ — sofern man hier überhaupt mit

Begriffen wie liberal oder konservativ operieren kann — als die Mehrheit der Bevölkerung. Die Grundlage dieser Urteile bildete eine weitgefaßte Interpretation des 14. Zusatzartikels zur Verfassung, der ein „right of privacy“ garantiert, welches nach Auffassung des Gerichts auch das Recht einschließt, eine Schwangerschaft vorzeitig durch Abtreibung zu beenden. Demzufolge habe der Staat lediglich im letzten Schwangerschaftstrimester das Recht, im Interesse des Schutzes von ungeborenem Leben Abtreibungen einzuschränken oder sie gänzlich zu verbieten. Was diesen Aspekt der sehr weit beschlossenen Fristenregelung (Abtreibung bis zum Ende des sechsten Schwangerschaftsmonats) betrifft, so verzichteten die Richter darauf, zu definieren, wann menschliches Leben beginnt. Sie gingen hingegen von einer Lebensfähigkeit des Embryos außerhalb des Mutterleibs nach dem zweiten Schwangerschaftstrimester aus. In Anbetracht der Entwicklungen auf Gebieten wie der Genbiologie und der Embryonalmedizin in den letzten Jahren erscheint diese Annahme mittlerweile ebenso unzeitgemäß wie willkürlich und könnte den Ansatzpunkt zur Revision der 1973 beschlossenen Rechtslage bilden. Durch Embryo-Transfer kam es weltweit schon zu mehr als 300 Geburten sogenannter „Retortenbabys“; Forscher experimentieren mit eingefrorenen und wieder aufgetauten Embryonen; in Kalifornien kam letztes Jahr ein Kind zur Welt, dessen Mutter bereits Monate zuvor gestorben war. Warum sollte dann menschliches Leben sich nicht gänzlich außerhalb des Mutterleibes entwickeln können? Eine Neufassung der Abtreibungsbestimmungen müßte zwar nicht zwangsläufig die Grundsätze der strikten Abtreibungsgegner aufgreifen, die einen Verfassungszusatz anstreben, der besagt, daß menschliches Leben mit der Empfängnis beginne und demzufolge Schwangerschaftsabbrüche als Tötung zu bewerten seien, sie hätte jedoch mit Sicherheit gegenüber der derzeitigen Regelung einen restriktiven Charakter.

Die Debatte um die social issues ist bisher von Gruppierungen wie der Moral Majority oder den pro-life Streitern monopolisiert worden, die keine echten Lösungsvorschläge anzubieten haben, sondern lediglich ihre Werte für den Rest der Gesellschaft verbindlich erklärt wissen wollen und die glauben, sich mit der Rückkehr zu autoritären und traditionellen Formen gesellschaftlichen Miteinanders aller Probleme entledigen zu können.

Ein weiteres social issue ist gerade in jüngster Zeit in den Brennpunkt kontroverser Diskus-

⁴⁷⁾ Siehe u. a. C. Marshner, *The New Traditional Woman. The Free Congress Research and Education Foundation*, Washington (D. C.) 1982.

⁴⁸⁾ Vgl. J. Blake, *The Supreme Court's Abortion Decision and Public Opinion*, in: *Population and Development Review*, 3 (1977), S. 45—62.

sionen gerückt, nämlich die allseits konstatierte Misere des Bildungs- und Erziehungssektors. Eine von Präsident Reagan eingesetzte 18köpfige nationale *Commission on Excellence in Education* gab ihrem im vergangenen Jahr veröffentlichten Bericht bezeichnenderweise den Titel *A Nation at Risk*⁴⁹⁾ und zog aus ihren Untersuchungen folgendes Fazit: „Wenn eine Amerika nicht freundlich gesonnene ausländische Macht versucht hätte, uns die derzeitigen mittelmäßigen Leistungen im schulischen Bereich aufzuzwingen, so hätten wir dies als Kriegserklärung auffassen können.“ Die Kommission führte eine ganze Litanei besorgniserregender Fakten auf, angefangen vom jähen Abfall der Resultate in den Scholastic Attitude Tests (standardisierte, landesweite Tests für Studienbewerber) seit 1963 über die rund 23 Millionen funktionalen Analphabeten (13% aller 17jährigen; bei jugendlichen Angehörigen von Minoritäten beträgt ihr Anteil bis zu 40%) bis hin zu den erforderlich gewordenen Wiederholungskursen in den naturwissenschaftlichen Fächern auf College-Ebene.

Zur Abhilfe der festgestellten Mängel empfahl das Experten-Gremium:

— die von der Reagan-Administration anvisierten Kürzungen im Bildungshaushalt zurückzunehmen;

— einen täglichen Unterricht von sieben (bisher sechs) Stunden ins Auge zu fassen und das Schuljahr auf 200 bis 220 Tage auszudehnen (bisher etwa 180 Tage);

— für Schüler, die einen High-School-Abschluß anstreben, mindestens vier Jahre Unterricht in Englisch, drei Jahre in den Naturwissenschaften, drei Jahre in sozialwissenschaftlichen Fächern und ein halbes Jahr in Computerwissenschaft; denjenigen, die eine Hochschule besuchen wollen, wird ein zweijähriger Unterricht in einer Fremdsprache nahegelegt;

— eine Anhebung der Lehrergehälter und eine Ausdehnung ihrer Verträge auf elf Monate im Jahr (bisher zehn Monate). Ferner soll ein effektives Überprüfungssystem inkompetente Pädagogen ausfindig machen und sie entweder zur Aufgabe ihres Berufes bewegen oder eine Weiterqualifikation veranlassen.

In der Zwischenzeit sind die offensichtlichen Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen schulischen und universitären Ausbildung zum beliebten Thema konservativer wie liberaler

Strategen geworden, die sich über die Art und Weise, wie Abhilfe zu schaffen sei, einen heftigen Schlagabtausch liefern. Erstere sehen eine zu starke staatliche Kontrolle des Bildungssektors als Teil des Problems an; sie favorisieren eine back-to-basics-Methode, die größeres Gewicht auf schulische Disziplin und Drill in den drei Grundfächern, den drei „Rs“ (Reading, Writing, 'rithmetic) Lesen, Schreiben, Rechnen, legt und die diesbezüglichen Initiativen den Eltern und den lokalen Schulbehörden überlassen möchten. Sie hegen die Überzeugung, daß die Schulen im letzten Jahrzehnt mit zuviel „Ballast“, wie etwa den Maßnahmen zur Rassenintegration zur Einschränkung von Sexdiskriminierungen oder zur Eingliederung von Minoritäten, befrachtet wurden und darüber hinaus ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigt haben. In diesen Zusammenhang gehören auch die steigenden Schülerzahlen in Privatschulen (derzeit besuchen etwa 11% aller Schulpflichtigen eine Privatschule), die oftmals aus sogenannten christlichen Akademien entstanden sind und besonderes Gewicht auf religiöse Unterweisung und die Einhaltung einer strikten Disziplin legen.

Lokale Maßnahmen zur Verbesserung werden von liberaler demokratischer Seite durchaus begrüßt, doch glaubt man nur durch staatliche finanzielle Unterstützung Abhilfe schaffen zu können. So beschloß das von Demokraten geführte Repräsentantenhaus 1983, in den kommenden fünf Jahren mehr als eine Milliarde US-Dollar bereitzustellen, um den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht in den öffentlichen Schulen zu verbessern. Diese Maßnahme reflektiert die allgemeine Besorgnis, man könne im Rennen um technologische Vorherrschaft und Handelsvorteile gegenüber Japan und anderen Nationen zurückfallen. Eine Gruppe demokratischer Senatoren äußerte die Absicht, einen Gesetzesnachtrag zu verabschieden, der vorsieht, die Hälfte des bereitzustellenden Geldes durch die Unterstützung der Industrie zu beschaffen und sozusagen als Gegenleistung die technische Ausbildung auf Hochschulebene zu verbessern. Für diesen Entwurf stand die Morrill Act aus dem Jahre 1862 Pate, die damals den Ausbau von technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen förderte und bei der Gründung solcher renommierter Institutionen wie der Cornell University und dem Massachusetts Institute of Technology Geburtshilfe leistete.

Auch die Kandidaten der diesjährigen Präsidentschaftswahlen haben offenbar die Wichtigkeit dieses Themas erkannt. Mr. Mondale,

⁴⁹⁾ National Commission on Excellence in Education, *A Nation at Risk: The Imperative for Educational Reform*, U. S. Government Printing Office (GPO) 1983.

der die Unterstützung der zahlenmäßig stärksten Interessenvertretung im Erziehungswesen, der National Education Association, (NEA) mit ca. 1,7 Millionen Mitgliedern genießt, attackierte bereits frühzeitig die „voodoo“-Maßnahmen der Reagan-Administration auf dem Bildungssektor und sprach sich entschieden gegen eine Kürzung öffentlicher Gelder in diesem Bereich aus, er versprach sogar, im Falle eines Wahlsieges zusätzliche 11 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Reagan reagierte schnell und schlug sich auf die Seite der Befürworter eines merit-pay-Systems für Lehrer, d. h. eines unterschiedlichen Besoldungssystems, abhängig von der Ausbildung, den Unterrichtsfächern und den Leistungen eines Lehrers — ein Vorschlag, der von den Lehrern verständlicherweise mehrheitlich abgelehnt wird. Mondale kritisierte erwartungsgemäß eine derartige Praxis, während sich seine Demokratischen Mitbewerber Jackson und Hart in dieser Frage bisher in Zurückhaltung geübt haben. Reagan hingegen konzentriert sich geschickt auf jenen Aspekt, in dem er mit der Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung rechnen kann. Die derzeitigen Positionen faßt Albert Shanker, Vorsitzender der American Federation of Teachers, prägnant zusammen: „Die Demokraten sagen, wir benötigen mehr Geld, aber sie vernachlässigen Themen wie Qualität und Leistung. Reagan hingegen läuft herum und verbreitet eine Menge Unsinn und behauptet, daß staatliche Gelder Teil des Problems sind.“⁵⁰⁾

Anders als in der Abtreibungsproblematik und anderen social issues wird man sich in der Frage, wie das amerikanische Bildungssystem auf die gewünschten Standards gebracht werden kann, wahrscheinlich auf einen Kompromiß einigen können. Was die erwünschten Resultate anbelangt, so heißt es abwarten.

4. Die Friedensbewegung, Lateinamerika und Außenpolitik

Als eine der wenigen sozialen Bewegungen, die sich während der Reagan-Administration verändert haben, kann sicherlich die Friedensbewegung gelten. Diese besteht zwar im Kern aus den Gruppierungen, die bereits in den sechziger und siebziger Jahren für eine Beendigung des Vietnam-Krieges und für Rüstungskontrolle und Abrüstung eingetreten sind. Unter dem Begriff „Einfrieren der Kernwaffenpotentiale“ (Freeze) hat diese Bewegung jedoch 1982/83 eine neue Qualität er-

reicht. Die Rhetorik einiger Spitzenpolitiker der Regierung und die des Präsidenten selbst, die, um die Stärkung der nationalen Verteidigung auch ideologisch abzusichern und um die linksliberalen Denkmuster zu brechen, Verteidigungswerte propagierten, von denen die amerikanische Gesellschaft lange nichts in dieser Tonlage gehört hatte, verstärkte die Freeze-Potentiale. Die Verteidigungsrhetorik einerseits und eine diffuse Angst vor atomarer Bedrohung andererseits führten dazu, daß im Jahre 1982 auch solche Bürger, die normalerweise unpolitisch sind, sich politisch engagierten. In einer Befragung teilte uns der Berater eines Abgeordneten aus dem US-Staat Tennessee mit, daß die ablehnenden Einstellungen der Wähler im Wahldistrikt gegenüber den Kernpotentialen vom Februar 1982 bis zum Oktober 1982 von 3 auf 42 % anstiegen.

Die Freeze-Konzeption wurde noch vor Reagans Amtsantritt im August 1980 von Randall Forsberg, dem Direktor des „Instituts für Verteidigungs- und Abrüstungsstudien“ im Staate Massachusetts, geprägt⁵¹⁾. Diese für die bereits bestehende amerikanische Friedensbewegung konzipierte Strategie forderte das gegenseitige und überprüfbare Einfrieren von Tests, Produktion und Aufstellung von nuklearen Waffen und ihrer Abschußsysteme von den USA und der UdSSR. Wahrscheinlich war es die Attraktivität dieses einfachen Konzeptes, ein für allemal der nuklearen Rüstung einen Deckel aufzusetzen, der die Popularität dieses Ansatzes begründete und das Anwachsen der Bewegung begünstigte.

Vermischt mit den friedenspolitischen Orientierungen sind jedoch untergründige Strömungen des Wertewandels der amerikanischen Gesellschaft, die nur vermittelt auf die atomare Abschreckungsproblematik zu beziehen sind. Daß Friedenspolitik in den USA von Massachusetts ausgeht, hat seine alte, aus den Tagen des Puritanismus resultierende Tradition. So war es denn auch ein Abgeordneter dieses Staates, der 1982 die Freeze-Resolution im Kongreß einbrachte, und es war ein Senator dieses Staates, Edward Kennedy, der zusammen mit Senator Hatfield, Oregon, das Konzept dann zu einem mächtigen politischen Thema zusammenfügte⁵²⁾ und im Senat von liberaler Seite aus stützte. Dieser Teil der Friedensbewegung hatte mithin liberale und protestantische Abrüstungstraditionen, ob-

⁵¹⁾ Vgl. 98/1 U. S. Congress, House, Committee on Foreign Affairs, Committee Print: Congress and Foreign Policy 1982, Washington (D. C.), GPO 1983, S. 12 ff.

⁵²⁾ E. M. Kennedy / M. O. Hatfield, Freeze! How you can help prevent Nuclear War, Toronto 1982.

wohl der Abgeordnete und der Senator aus Massachusetts katholisch sind.

Das Eigentümliche an der Freeze-Bewegung war in den beiden kommenden Jahren das Engagement der katholischen Kirche. Man kann an dem Engagement der katholischen Bischöfe und der katholischen Laien den Zusammenhang zwischen der Wirkkraft geistiger Ideen und ideeller Interessen studieren. Einerseits hatte der Katholizismus sich in den siebziger Jahren verändert⁵³⁾ und zunehmend — dies ist auch im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg zu sehen — liberale Positionen zur Verteidigungspolitik bezogen. Dieser Wertewandel war auch dadurch begründet, daß die Katholiken sich nicht länger als die Einwanderer- und armen Schichten der Gesellschaft verstanden und von daher einen „überhöhten“ Nationalismus aufgaben. Andererseits ist der Katholizismus in den hochindustrialisierten Ländern seit der Mitte der sechziger Jahre durch eine rapide Säkularisierung geprägt, d. h. zwischen den Lehren der Kirche etwa hinsichtlich der Familienpolitik (Abtreibung, Pille) und den Einstellungen der Gläubigen klaffen immer tiefere Lücken auf. Gerade gebildete mittelständische Schichten entfremdeten sich in ihren Ansichten immer mehr der Kirche. Als die in verteidigungspolitischer Hinsicht liberale Kirchenführung ihren Hirtenbrief zur Freeze-Problematik verfaßte⁵⁴⁾, der 1982⁴ recht radikal gehalten war, sah sie sich mit dieser Aktivität plötzlich im Zentrum einer liberalen Bewegung, durch die sie in die Lage versetzt wurde, sich wieder an die Spitze ihrer Gläubigen zu setzen und ihre nach wie vor konservative Haltung in der Abtreibungsfrage auszublen- den. Mit ihrem Engagement für das Einfrieren der Nuklearwaffen verband die katholische Kirche auch eine Kritik an der Reagan-Administration, indem sie nämlich forderte, wieder die Sozialausgaben auf Kosten der Verteidigungsausgaben zu stärken. Damit war die Schiene auch zu den ärmeren, bildungsschwachen katholischen Schichten hergestellt, die in den großen Industriezentren immer noch die Mehrheit der katholischen Bevölkerung ausmachen. Diese Schichten, die recht häufig anti-liberal, nationalistisch und pro-Reagan orientiert sind, sollten damit auch wieder in eine sozialpolitisch einheitliche Programmatik der Kirche eingebunden werden, die tradi-

⁵³⁾ Vgl. B. W. Kubbig, Die amerikanischen Kirchen und die US-Friedensbewegung, in: Frankfurter Hefte, 39 (1984) 2, S. 39—47.

⁵⁴⁾ Bishops and the Bomb, in: Time vom 29. 11. 1982, S. 42—49; vgl. auch: L. B. van Voorst, The Churches and Nuclear Deterrence, in: Foreign Affairs, 61 (1983) 4, S. 827—852.

tionsgemäß in die Demokratische Partei einmündet.

Sowohl der Kongreß als auch die Präsidentschaft mußten eine derart massive Volksbewegung ernst nehmen. Jedoch wurde die Problematik von Anfang an durch eine kluge konservative Politik derart polarisiert, daß die liberale Freeze-Bewegung in ihrem eigenen simplen Konzept gefangen wurde. Die Gegner des liberalen Freeze-Konzeptes nahmen dessen Problematik weitgehend auf, gaben dieser allerdings eine andere Wendung: Plötzlich waren auch die verteidigungspolitischen „Falken“ für Freeze, aber nicht für ein sofortiges „Einfrieren“, sondern für ein Freeze, das nach dem Anfang dieser Politik die Forderung nach „Reduktion“ setzte: Erst sollten die nuklearen Potentiale auf ein gleiches und deutlich niedrigeres Niveau gebracht und sodann dort festgeschrieben werden. Mit dieser Forderung die von ihren Initiatoren ernst genommen wurde, konnten sich dann auch die „Aufrüster“ einverstanden erklären, weil sie wußten, daß dieses Konzept sicherlich von der sowjetischen Seite, die nichts von ihren nuklearen Potentialen vernichten möchte, zum Scheitern gebracht würde.

Die Reduktions-Version von Freeze hat im amerikanischen Kongreß knapp gesiegt⁵⁵⁾ und das Jahr 1984 hat trotz des Endes der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche keinen neuen Aufschwung für die Freeze-Bewegung gebracht. Diese ist zwar nicht tot, jedoch wird erst die Zukunft zeigen, ob sie unter gewandelten Bedingungen wieder ihre alte Stärke gewinnen wird. Inzwischen gibt es im politischen System der USA einen breiten Konsens, dem auch der Präsident sich einordnet, über ein nuklear-strategisches „Abbau“-Konzept (Build-down)⁵⁶⁾. Dieses Konzept sieht vor, daß künftig atomare Sprengköpfe verschrottet werden. Für jeden neuen atomaren Sprengkopf sollen zwei „alte“ verschrottet werden, bis zu einem Niveau von ca. 5 000 Sprengköpfen für jede Seite. Dieses Abrüstungsprogramm würde die Zahl der jetzigen Sprengköpfe wahrscheinlich halbieren. Dies ist das neue, von beiden Parteien anerkannte Konzept der nuklearen Abrüstung, mit dem jede neue amerikanische Regierung von 1985 an die Sowjetunion konfrontieren wird. Was immer die offenen oder geheimen Motivationen bei den politischen Akteuren für dieses Konzept sein mögen, es klingt progressiv und es scheint auch tatsächlich im Vergleich zur gegenwärtigen Rüstungskon-

⁵⁵⁾ Vgl. Anm. 51, S. 18f.

⁵⁶⁾ Vgl. St. Talbott, Buildup and Breakdown, in: Foreign Affairs, 62 (1984) 3, bes. S. 606ff.

roll- und Aufrüstungspraxis progressiv zu sein. Die Diskussion der künftigen Abschreckungspotentiale im Rahmen des Build-Down-Konzeptes erlaubt den Freeze-Anhängern jedenfalls nicht mehr, mit einfachen Bildern mittelständische Ängste zu mobilisieren. In dieser Weise verläuft flexible Politik made in USA, die eine zweihundertjährige Erfahrung mit demokratischen Bewegungen hat.

An die Stelle mittelständischer Angst vor dem Atom tritt anscheinend mehr und mehr die Angst vor einer militärischen Verwicklung im Vorhof der USA, in Zentralamerika. In der Diskussion des amerikanischen Engagements in Lateinamerika wird beständig die Analogie zum Vietnam-Engagement gezogen. Die amerikanische Nation — auch ihre Eliten — denken noch immer in den Ende der sechziger Jahre geprägten Weltbildern hinsichtlich amerikanischer militärischer Aktionen. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht der sogenannte Kissinger-Report, der eine Versöhnung liberaler und konservativer Positionen versucht und sowohl Wirtschaftshilfe als auch militärische Aktionen kombiniert. Der Präsident versuchte aus dem im Report erreichten Konsens in der Weise Kapital zu schlagen, daß er dem Report zustimmte, da dieser seine Handlungsfreiheit nicht wirklich einengte.

Hinsichtlich der ideologischen Positionen gegenüber den sozialrevolutionären Bewegungen in Lateinamerika ist es frappierend zu sehen, daß sich seit Vietnam nichts geändert hat: Der Kissinger-Report drückt klar die Befürchtung vor kommunistischer Dominanz in diesen Revolutionen aus und beschwört damit die Gefahr für die Sicherheit der USA. Und auf die Frage, warum diese Sicherheitsgefährdung als besonders gravierend angesehen wird, kommt die klassische, seit Vietnam bekannte Formel: "... Unsere weltweite Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel ...". Ein „Triumph von feindlichen Kräften in einem Bereich, den die Sowjets den „strategischen Rücken“ der Vereinigten Staaten nennen, würde als ein Zeichen von amerikanischer Impotenz gedeutet werden.“⁵⁷⁾

⁵⁷⁾ J. Chace, Kissinger and Central America, in: New York Review of Books vom 1.3. 1984, S. 46 (Übers. J. Sch.)

Einerseits stehen sich wieder die eher konservativen Befürchtungen vor einem amerikanischen Machtverlust durch Nachgiebigkeit und andererseits die liberalen Ängste vor einem militärischen Engagement, das zu einem vietnamesischen Ergebnis führen könnte, gegenüber. Sicherlich ist Zentralamerika nicht Vietnam. Aber die liberalen Internationalisten in den USA wollen sich nicht die Alternative „Intervention oder Kommunismus“ als Denkmuster aufzwingen lassen. Dies ist aber die Perspektive der konservativen Internationalisten. Diese beiden Meinungsblöcke müssen mit einem dritten, nicht leicht zu kalkulierenden Block rechnen, den Nicht-Internationalisten⁵⁸⁾. Diese verbinden sich in unterschiedlichen Fragen mit unterschiedlichem Gewicht mit der einen oder anderen Gruppe der Internationalisten.

Insgesamt entstehen dadurch sehr labile Koalitionen. Für die amerikanischen außenpolitischen Koalitionen weit über den lateinamerikanischen Kontext hinaus gelten die Zielgrößen „Frieden“ und „Stärke“. Zu beiden Größen haben die liberalen, die konservativen und die Non-Internationalisten ihre je spezifisch akzentuierten Sichtweisen. Insgesamt wirken die Sichtweisen z. Z. in einer Weise, daß Mehrheiten zwar für ein starkes Amerika zu gewinnen sind, daß aber andererseits jegliche interventionistische Strategie verhindert wird. Diese Behauptung wird durch die Grenada-Invasion vom Herbst 1983 nicht widerlegt, weil die Grenada-Invasion nicht vor dem Hintergrund einer anerkannten außenpolitischen Interventionsphilosophie stattfand, sondern militär-technologisch, als unideologische Operation durchgeführt wurde. Trotz massiver Versuche seitens der gegenwärtigen politischen Führung der USA, das Volk wieder stärker auf die Anerkennung der Notwendigkeit militärischen Eingreifens zu verpflichten, bleiben stabile Mehrheiten in der Bevölkerung auf einem Nicht-Interventionskurs.

⁵⁸⁾ Vgl. W. Schneider, Conservatism, Not Interventionism: Trends in Foreign Policy Opinion, 1974—1982, in: K. A. Oye / R. J. Lieber, D. Rothschild (Eds.), Eagle Defiant: United States Foreign Policy in the 1980s, Boston — Toronto 1983, S. 33—64.

III. Die Bedeutung politischer Ideologien für die amerikanische Wahl 1984

Die Entwicklung politisch-ideologischer Positionen in den USA in den letzten Jahren zeigt eindeutig einen Trend zur Mitte hin, wobei die Mitte derzeit von gemäßigt neokonservativen Positionen bestimmt ist. Die Demokraten bleiben die Partei des Fortschritts, aber dessen Potentiale werden eindeutig den Kriterien der Effektivität untergeordnet.

In den neuen sozialen Fragen (social issues) werden die „Fortschrittler“ in den kommenden Jahren immer stärker unter Beweisnot für liberale Programme hinsichtlich der Abtreibungs- und der Schul- und Bildungsproblematik geraten. Im Bereich der Verteidigungs- und Außenpolitik ist die Reagan-Administration ihrerseits gezwungen, den Weg zur Mitte zu suchen: Ihre extrem-neokonservativen Positionen müssen dem Zielwert amerikanischer Außenpolitik, wie ihn die Nation sich wünscht, dem Frieden, angenähert werden. Die größte Bedeutung auf dem Sektor neuer Ideologien kommt dem „Industrial Policy“-Konzept zu. Dieses Konzept bedeutet eine Antwort und Annäherung zugleich an die Reagansche Wirtschaftspolitik. Auch die Entwicklung linker Varianten von Populismus ist durch den Zwang bedingt, den die populistische Rechte durch ihre Programmatiken ausgelöst hat. Überschaut man die Palette der gegen den Neokonservatismus entwickelten demokratischen und liberalen Positionen, dann könnte oberflächlich der Eindruck entstehen, daß es sich hierbei um farbenfrohe Akzente einer lebhaften intellektuellen Debatte handelt. Dieser Eindruck täuscht jedoch. Die Debatte der letzten Jahre war immer noch durch die anhaltende Kraft des Neokonservatismus geprägt. Die Freeze-Bewegung hatte, wie oben dargelegt, nicht die Kraft gehabt, eine neue geistige Wende herbeizuführen. Vielmehr wurde sie geschickt durch angepaßte demokratische und republikanische Strategien aus der Mitte konterkariert.

Das „Industrial-Policy“-Konzept ist eindeutig für den Wahlkampf entwickelt worden. Die beiden demokratischen Bewerber für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten, Mondale und Hart, begrüßten das Konzept — aus jeweils unterschiedlichen Gründen. Dies zeigt bereits, welche breitflächigen Formeln durch dieses Wirtschaftsprogramm ideologisch eingefangen werden sollten. Es ist somit auch nicht anzunehmen, daß es im Spätsommer dieses Jahres zu einer programmatischen Auseinandersetzung zwischen den Supply-Si-

dern (Angebotsökonomern) einerseits und den Industrialisierern andererseits kommen wird. Das Konzept selbst wie auch die anderen Positionen der Liberalen und Demokraten gegenüber den Neokonservativen dienen vielmehr dazu, in den eigenen Reihen Kompetenz zu simulieren und nach außen hin ideologische Steuerungskapazität aufzuweisen. Keiner der liberalen oder demokratischen Positionen ist zur Zeit geeignet, in der Öffentlichkeit Begeisterung zu wecken oder gar neokonservative Positionen mit Aussicht auf Sieg entgegenzutreten zu können. Dies hat sicherlich damit zu tun, daß die liberalen Positionen aus der Zeit des Aufbaus der „Great Society“ verbraucht sind und daß neue Positionen einige Jahre brauchen, bis sie wieder überzeugend wirken. Es hat aber auch sicherlich damit zu tun, daß die amerikanische Öffentlichkeit gegenüber 1980 ideologiemüde geworden ist. Die Vermutung liegt nahe, daß die Bevölkerung — zumindest ihre artikulationsstarken Potentiale — z. Z. in technokratischen Effizienzkriterien denkt.

Der relative Siegeszug in den demokratischen Vorwahlen, den Gary Hart gegenüber Walter Mondale durchziehen konnte, ist ein Beleg dafür. Die für ihn votierenden Demokraten, die mit dem einprägsamen Kürzel „Yuppies“ (Young Urban Professional Independents) belegt wurden, versprachen sich von den „neuen Ideen“ des Senators eine unideologische Politik technokratischer Effizienz; denn sie selbst verstehen sich als die Leistungsträger der Nation. Der Gewinner der Vorwahlen, Mondale, braucht keine neuen Ideen. Ob er überhaupt irgendwelche Ideen, d. h. ideologische Positionen im Herbst gegen Ronald Reagan einsetzen wird, kann noch sehr dahingestellt bleiben. Im Prinzip wollen die Mondale-Wähler gegen Modernisierungen von links oder rechts, die ihren erreichten Lebensstandard gefährden könnten, geschützt werden. Mondale wird von der niedergehenden Schicht der etablierten Industriearbeiter im November gewählt werden. Für einen Wahlkampf, der in erster Linie auf diese Wählerschichten hin abzielt, werden programmatische Positionen sicherlich eine geringe Rolle spielen. Wenn es Walter Mondale gelingen sollte, seinen Gegner überhaupt zum Schlagabtausch herauszufordern, dann wird dies eine Auseinandersetzung nicht zwischen Ideen, sondern zwischen politischen Persönlichkeiten sein. In dieser Polarisierung liegen die Vorteile z. Z. eindeutig beim amtierenden Präsidenten.

Günter C. Behrmann: Geschichte und aktuelle Struktur des Antiamerikanismus

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29—30/84, S. 3—14

Wo derzeit das deutsch-amerikanische Verhältnis behandelt wird, fehlt selten der Hinweis auf einen neuen und wachsenden Antiamerikanismus in der Bundesrepublik. In den Umfragedaten zeichnet sich jedoch kein solcher Meinungswandel ab. Die Amerikaner sind der Mehrheit der Bürger sympathisch und mehr als zwei Drittel wünschen eine enge Zusammenarbeit mit den USA. Tatsächlich vorherrschende negative Urteile über den gegenwärtigen Präsidenten oder über einzelne politische Entscheidungen können solange nicht als Zeichen für einen Antiamerikanismus betrachtet werden, wie sie sich mit einer positiven Grundeinstellung zu den USA verbinden. Von Antiamerikanismus zu sprechen ist erst dann sinnvoll, wenn mehr oder minder richtige Vorstellungen von den USA mit Antipathien gegenüber den Amerikanern oder den Vereinigten Staaten und deren negativer Bewertung systematisch verbunden werden. Dies ist der Fall bei einigen deutlich amerikafeindlichen Minderheiten und in einer insgesamt nicht sehr umfangreichen anti-amerikanischen Literatur. Hier werden alte anti-amerikanische Vorurteile wieder aufgenommen. Während die lange Tradition eines verfassungspolitischen Antiamerikanismus abgerissen ist, findet man in neueren kritischen und amerikafeindlichen Publikationen alte Klischees wie die Meinung, die Amerikaner und zumal ihre Präsidenten seien bigott, oder die Vorstellung, die amerikanische Politik werde von einem aggressiven Wirtschafts-imperialismus bestimmt.

Die Bereitschaft, solchen Vorurteilen Glauben zu schenken, ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten in Teilen der jüngeren Generationen gewachsen. In ihr kommen durch unterschiedliche Generationenerfahrungen bedingte Wandlungen der Wahrnehmung und der Wertungen zum Ausdruck. Wie schon wiederholt in der deutschen Geschichte hat die Enttäuschung illusionärer Vorstellungen von den USA in den Teilen der Nachkriegsgeneration, welche die Studentenbewegung trugen, den Umschlag von der Amerikabegeisterung in den Antiamerikanismus zur Folge. Antiamerikanische Einstellungen haben sich hier verfestigt. Sie werden heute vor allem dort manifest, wo sich diese Teile der Nachkriegsgeneration politisch engagiert haben.

Unter den veränderten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik fehlen aber die politisch-gesellschaftlichen Bedingungen und jene Trägergruppen, die dem alten Amerikanismus zu großer Breitenwirkung verholfen haben.

Anita M. Mallinckrodt: Medienberichterstattung über die Bundesrepublik in den USA

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29—30/84, S. 15—29

Wenn sowohl Vertreter der Bundesrepublik als auch engagierte Amerikaner Qualität und Quantität der Berichterstattung über die Bundesrepublik in den USA beklagen, monieren sie einen Zustand, der auf das Selbstverständnis und die praktische Arbeit der amerikanischen Massenmedien zurückzuführen ist. Das Zusammenwirken von Ethnozentrismus, Regierungstreue, Konformitätsdruck, kommerziellen Interessen und Sensationslust auf der Seite der einschlägigen Nachrichtenproduzenten und der — noch ungenügend erforschten — Interessenlage der Leser, Rundfunk- und Fernsehteilnehmer werden für Defizite und Verzerrungen im öffentlich vermittelten Deutschlandbild verantwortlich gemacht. Spektakuläre und für die deutsch-amerikanischen Beziehungen bedeutsame Ereignisse in der Bundesrepublik im Jahre 1983 sind Objekte einer synoptischen Gegenüberstellung von amerikanischer Medienberichterstattung mit den englisch- und deutschsprachigen Sendungen der Deutschen Welle.

Die Summe dieser Details illustriert die Selektionsmechanismen auf amerikanischer Seite und die Bemühungen der Deutschen Welle, ihrem Auftrag als öffentlicher Anstalt gerecht zu werden.

Da keine einschneidenden Neuorientierungen im amerikanischen Mediengefüge zu erwarten sind, ist die Bundesrepublik bis auf weiteres auf eigene Initiativen angewiesen, wenn sie in der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten realistisch und ihrer politischen Bedeutung entsprechend beurteilt werden will.

Nach Beendigung des Vietnamkrieges 1975 siegten neokonservative Positionen in der amerikanischen Öffentlichkeit auf wichtigen Feldern der geistigen Auseinandersetzung, ohne allerdings den bereits etablierten Liberalismus verdrängen zu können. In der Präsidentenwahl von 1980 trug die neokonservative Bewegung einiges zum spektakulären Sieg von Ronald Reagan bei. Um herauszufinden, ob die Demokraten an programmatischer Stärke gewonnen haben, wurden deren geistig-ideologische Positionen seit der Zeit des Amtsantritts von Präsident Reagan überprüft. Der Niedergang liberaler Programmatik wirkte sich besonders einschneidend in der Wirtschaftspolitik aus. Die Steuerprotestbewegung von 1978 bedeutete das Ende der wirtschaftlichen Kompetenz der Demokraten. Diese haben sich nunmehr an die Wirtschaftspolitik des Präsidenten (Reagonomics) mit ihren Konzepten von Neo-Liberalismus und „New Industrial Policy“ angepaßt und versuchen, der liberalistischen Variante von Wachstumspolitik gesteuerte Varianten von Investitionslenkung entgegenzuhalten. Sozialer und ökonomischer Wandel haben im letzten Jahrzehnt zu einer Wiederbelebung des amerikanischen Populismus geführt, der für die traditionellen Familienwerte und gegen die großen Konzerne Partei ergreift. Diese Gruppe steht in einem kritischen und zugleich unterstützenden Verhältnis zum Präsidenten. Die Demokraten versuchen ebenfalls einen, wenngleich „linken“ Populismus zu beleben, der in einigen Agrarstaaten die Farmer vor Preisverfall schützen und zugleich den Präsidenten als Vertreter der „Großen Interessen“ anprangern soll. Hinsichtlich der sozialen Werte verteidigen die Liberalen das Erreichte. Hier geraten sie immer mehr unter Beweislast, weil die äußerst liberalisierte Abtreibungsgesetzgebung der USA von den Konservativen wegen neuer Erkenntnisse in der Embryonalforschung heftig kritisiert wird. Auch zur Diskussion um das die Nation sehr beschäftigende amerikanische Erziehungssystem tragen die Demokraten nicht mit neuen Ideen bei; insofern behält der Präsident hier die kritische Kompetenz. Die Friedensbewegung (Freeze) war 1982/83 eine starke soziale Bewegung, jedoch scheint sie zur Zeit wegen einer klugen konservativen Anpassungspolitik abzunehmen. Auf die Außenpolitik wirkt der Schock des Vietnam-Krieges noch lange nach; die amerikanische Bevölkerung besitzt zwar eine grundsätzliche konservative Einstellung hinsichtlich der militärischen Stärke, vertritt aber eine anti-interventionistische Haltung gegenüber der Politik der Regierung in Lateinamerika. Die Demokraten haben in den letzten vier Jahren zwar Anstrengungen unternommen, um das verlorene politisch-ideologische Terrain gegenüber dem Neokonservatismus wettzumachen. Es ist ihnen gelungen, aufzuholen; definitionsmächtig in allen Bereichen der geistigen Auseinandersetzung bleibt aber immer noch der Neokonservatismus.